Die Ost- und Deutschlandpolitik

Vom Wandel durch Annäherung zu einer europäischen Friedensordnung

---

Dokumentation

A 99 - 02571

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
19. - 20. Juni 1998

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berliner Büro

Redaktionelle Bearbeitung: Daniel Küchenmeister

Copyright 1999 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Berlin
Knesebeckstr. 99, 10623 Berlin
Titelfoto: Ullstein Bilderdienst - Joachim G. Jung, dpa, Bundesbildstelle, Stephan Schraps, Jürgen Müller-Schneck
Fotos im Text: Joachim Liebe
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Druck: DBC Druckhaus Berlin-Centrum
Gedruckt auf 100 g/qm chlorfrei matt gestrichen Offset
Printed in Germany 1999

ISBN 3-86077-804-8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5
Axel Schmidt-Gödelitz

Offensive Entspannung 7
Dr. Peter Bender

Wandel durch Annäherung
Die Grundkonzeption und die Umsetzung einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik 17
Prof. Egon Bahr

Podiumsdiskussion zum Vortrag 27

Berlin: Absicherung einer Insel 57
Dr. Klaus Schütz

Podiumsdiskussion zum Vortrag 61

Die Politik der menschlichen Erleichterungen 93
Dr. Hans Otto Bräutigam

Deutsche Einheit:
Ergebnis der Ost- und Deutschlandpolitik 107
Podiumsdiskussion

Die Ost- und Deutschlandpolitik als Fundament einer zukünftigen europäischen Friedensordnung 127
Prof. Egon Bahr

Vortrag und Podiumsdiskussion 128

Referenten und Teilnehmer der Podiumsdiskussion 159

Vorwort

Axel Schmidt-Gödelitz
(Leiter des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Kurz vor der Jahrtausendwende blicken wir zurück auf ein Jahrhundert, das von Kriegen, Völkermord und atomarer Bedrohung geprägt ist. Selten, so scheint es, blitzte menschliche Vernunft auf, wurden Gewalt und Revanchedenken zugunsten kluger, auf langfristige Interessenverknüpfung abzielender Friedenspolitik abgelöst. Erst als sich mit dem atomaren Patt abzeichnete, daß Kriege nicht mehr zu gewinnen waren, weil ein atomarer Schlagabtausch zwischen den Supermächten unweigerlich die Vernichtung der gesamten Menschheit zur Folge gehabt hätte, gewann kühl abwägende Vernunft auf der Ebene des Ost/West-Konflikts die Oberhand.

Die gegenseitige Anerkennung der bestehenden Interessen- und Einflußgebiete führte zu ihrer Zementierung. Ihr sichtbarstes Symbol war die Berliner Mauer. Das politische Leben in Westdeutschland und besonders in West-Berlin war damals beherrscht von Konfrontation und einem tiefverwurzelten Antikommunismus, der sich an dieser Nahtstelle der Systeme oftmals bis zum offenen Hass steigerte. In dieser Atmosphäre über Dialog, Annäherung und Interessenausgleich öffentlich nachzudenken, erschien als reines politisches Abenteurertum - ohne die geringste Chance auf Umsetzung. Und doch: Gerade in Berlin, im Rathaus Schöneberg, dem Tagungsort un-

Tagungsort: Bürgersaal im Rathaus Schöneberg

serer Konferenz, die wir mit dem vorliegenden Band dokumentieren - gerade hier war der Ausgangspunkt einer Politik, die mit der Überlegung begann, wie nach der gescheiterten Politik der Stärke die Überlebensfähigkeit der eingemauerten Halbstadt langfristig gesichert werden kann. Sie ging über in die Erkenntnis, daß erst die Anerkennung des status quo seine Überwindung möglich machen kann und endete in einer der größten Erfolgsgeschichten dieses Jahrhunderts. Willy Brandt und Egon Bahr haben diese Politik entwickelt und schließlich - eingebettet in die Entspannungspolitik der Großmächte - gemeinsam mit der FDP umgesetzt. Und der entspannungswilligen Kräfte in Osteuropa und der DDR. Der Erfolg der Ost- und Deutschlandpolitik und die zunehmende Einsicht, daß diese Politik ohne Alternative war, führte dazu, daß die CDU/CSU mit der Regierungsübernahme 1982 die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition nahtlos übernahm.

Drei Kanzler, Brandt, Schmidt und Kohl haben diese Politik verfolgt, um den Zusammenhalt der Nation zu sichern und ihre Vereinigung zu ermöglichen, falls die Geschichte dafür eine Chance bietet. Warum wird diese Politik heute nach der friedlichen Vereinigung unseres Landes nicht als ein gemeinsames großes Werk von Sozialdemokraten, Liberalen und Christdemokraten gewürdigt? Warum flackert das Bild? Was vor der Wende fraglos als Erfolg galt, erhielt plötzlich Flecken, geriet unter Rechtfertigungsdruck. Liegt es an der heutigen Rück-Sicht, an der Verengung des Blickwinkels auf die DDR als bloßem Stasi-Staat - wodurch allein der notwendige Dialog mit dem ostdeutschen Verhandlungspartner als politisch-moralischer Sündenfall erscheint?

Wir wollten mit dieser Konferenz zurückblicken. Wir wollten versuchen, den Entwurf, die großen Linien und schließlich die Umsetzung der Ost- und Deutschlandpolitik nachzuzeichnen. Wir wollten aber auch die innere Lage in der DDR analysieren, die Schwierigkeiten und Kämpfe beleuchten, die innerhalb der SED, zwischen SED und den Oppositionsgruppen sowie zwischen SED und den osteuropäischen 'Bruderparteien' abliefen. Dabei sollte insbesondere auch die Rolle der evangelischen Kirchen nicht vergessen werden. Ihre Vertreter haben dazu beigetragen, ein Schutzdach zu zimmern, unter dem viele Oppositionelle Unterschlupf finden konnten - und sie haben dieses Gebäude Balken für Balken einem Machthaber abgerungen, dessen Sicherheitsbedürfnis oft genug hysterische Züge annahm. Daß dabei Diplomatie, realpolitische Einsichten und die Fundamentalopposition eines Teils der kirchlichen Basis aufeinanderprallten, war nur zu natürlich.

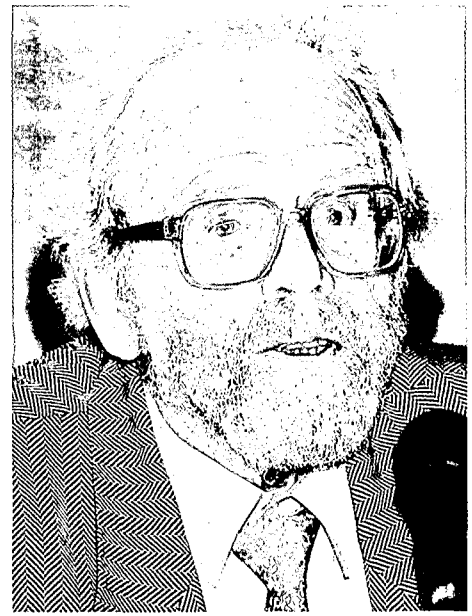
Vieles davon ist bereits in Vergessenheit geraten, vieles ist im Räderwerk von Parteitaktik und Wahlkämpfen bis zur Unkenntlichkeit zerkleinert worden. Und für die Jüngeren ist diese Politik bereits Teil der Geschichte, die im Dunkeln liegt und über die sie wenig wissen.

Und schließlich wollten wir fragen, ob diese Ost- und Deutschlandpolitik mit der deutschen Vereinigung und dem Ende des Ost/West-Konflikts seinen geschichtlichen Abschluß gefunden hat oder ob sie auch eine Grundmauer war, auf der das Gebäude einer europäischen Friedensordnung erst noch zu errichten sein wird.

Wir würden uns freuen, wenn die vorliegende Dokumentation dazu beitragen kann, Vergangenes aufzuhellen und Künftiges zu bedenken.

Offensive Entspannung

Dr. Peter Bender



Peter Bender

Was ich Ihnen jetzt vortrage, ist die überflüssige Einleitung zu einer überflüssigen Konferenz. Vor neun Jahren noch war fast völlig unumstritten, worüber wir jetzt zwei Tage sprechen wollen. Die Ost- und Deutschlandpolitik der Jahre 1969 bis 1989 wurde von allen Parteien getragen, 13 Jahre lang von SPD und FDP, dann 7 Jahre lang von CDU/CSU und FDP. Die Unionsparteien hatten Brandts und Schmidts Ostpolitik erbittert bekämpft; aber als Helmut Kohl 1982 Kanzler wurde, führte er mit etwas anderer Rhetorik fort, was seine Vorgänger betrieben hatten.

Dann kam die Vereinigung. Niemand hatte damit gerechnet, niemand hatte eine operative Politik dafür betrieben oder auch nur vorgeschlagen. Alle glaubten, sich rechtfertigen zu müssen. Kritiker, die vorher nicht zu Wort kamen, wie sie wollten, meldeten sich nun zu Wort. Wichtigtuer, Effekthascher und auflagengeile Redaktionen bemächtigten sich der seriösen Kritik und vergröberten: Die Entspannungspolitik habe die Kommunisten gestärkt, statt sie zu schwächen. Die Ostpolitiker hätten sich zu eng mit den Diktatoren im Osten eingelassen. Ihre Liebedienerei sei oft bis an die Grenzen des Landesverrats gegangen. Die Freiheitskämpfer im Osten aber seien sträflich mißachtet worden. Die Oppositionellen in der DDR, die sich nun vernehmlich äußern konnten, bestätigten den Vorwurf und bestärkten ihn durch ihre Autorität als Widerständler. Damit zerbrach die Einmütigkeit, die bis 1990 zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien bestanden hatte. Statt gemeinsam zu verteidigen, was man gemeinsam gedacht, gesagt und getan hatte, suchte jeder, die eigene Haut zu retten und dem anderen die Schuld zuzuschieben. Bundeskanzler Kohl behauptete, allezeit an eine Wiedervereinigung geglaubt und dafür gearbeitet zu haben. Sozialdemokraten behaupteten, ihre Entspannungspolitik habe den Kommunismus zu Fall gebracht. Und während die einen Bahr und Wehner ins Visier nahmen, fragten die anderen nach Strauß und Schäuble.

Wir haben jetzt Wahlkampf. Deshalb ist es nicht die Zeit zu untersuchen, wer bei diesem Spiel sich weiter von der Wahrheit entfernt und wer dem anderen mehr unterstellt hat. Der Sinn dieser Konferenz kann weder

Beschuldigung noch Rechtfertigung sein. Wir wollen nicht die Schlachten der 60er und 70er Jahre und auch nicht die der 90er noch einmal schlagen, wir sollten lieber versuchen, Brücken zu bauen. Das vereinte Deutschland braucht dringend eine Verständigung über seine Nachkriegsgeschichte, die Ostpolitik ist ein wichtiger Teil davon. Vielleicht können wir uns gemeinsamen Auffassungen darüber annähern, wenn wir uns erinnern: Die Historiker haben es immer leichter als die Politiker, denn sie wissen, wie die Sache ausging. Die Politiker aber müssen etwas tun, ohne zu wissen, ob sie ihren Zweck erreichen oder ob – was oft geschieht – etwas ganz anderes herauskommt. Die Konferenz ist also doch wohl nicht überflüssig.

Doch nun zur Sache. Ich beschränke mich auf drei Fragen: Was war die alte Politik, und warum ging es damit nicht weiter? Was war die neue Politik, und was sollte sie erreichen? Und schließlich: Was ist dabei herausgekommen?

Die Ostpolitik aller Bundesregierungen war ein Kind ihrer Zeit, aber sie entsprang zugleich eigenen Überzeugungen und Überlegungen. Als Bonn erstmals seine Haltung zum Osten und zur DDR bestimmen mußte, herrschte Kalter Krieg. Es schien nur Sieg oder Tod zu geben, die Zukunft der Welt konnte nur demokratisch oder kommunistisch sein, und der Osten schien zu jeder Schandtat bereit, um den Kampf zu gewinnen. In der Bundesrepublik herrschte eine Heidenangst vor den Kommunisten, die man sich allesamt wie Lenins Berufsrevolutionäre vorstellte: fanatische, hemmungslose, exzellent geschulte Gestalten, die ihr Leben dem Bolschewismus geweiht haben. Ein kommunistischer Agent, so glaubte man damals, legt zehn Demokraten aufs Kreuz. Daher überließ man, was politische Aufgabe war, der Polizei und der Justiz. Wo es nur ein Entweder-Oder gab und der Feind lebensgefährlich erschien, da konnte die Antwort nur rigoros sein. Bonns Ostpolitik schloß Kompromisse aus und war ausschließlich an einer Wiedervereinigung orientiert, sie beschränkte sich im wesentlichen auf drei Grundsätze.

Der erste Grundsatz: Die DDR darf nicht anerkannt werden, auch die Verbündeten dürfen sie nicht anerkennen, die übrige Welt wird mit der Hallstein-Doktrin von einer DDR-Anerkennung abgeschreckt. Als Jugoslawien und Kuba mit Ost-Berlin Botschafter austauschten, brach Bonn die Beziehungen zu ihnen ab.

Der zweite Grundsatz: Die Oder-Neiße-Grenze ist nur eine vorläufige Linie. Erst ein Friedensvertrag mit einem vereinten Deutschland kann die Ostgrenze festlegen. Der dritte Grundsatz: Für Deutschland als Ganzes – und damit für eine Wiedervereinigung – sind allein die Amerikaner, Briten, Franzosen und die Sowjetunion zuständig. Die Bundesrepublik kann daher nur zweierlei tun: den Verbündeten ihre Auffassungen nahebringen und sie zu Verhandlungen mit Moskau drängen.

In den Grundsätzen verbanden sich nationale Pflicht und demokratische Überzeugung. Außer der KPD wurden sie von allen Parteien getragen. Aber Grundsätze sind keine Politik, und bald erwies sich, daß sie unhaltbar wurden. Mit dem Ende der Berlin- und Kubakrise ging auch der Kalte Krieg zu Ende. Eine neue Ära in den Ost-West-Beziehungen begann. Amerika und die Sowjetunion hatten am Rande eines Atomkriegs gestanden. Der Schrecken saß tief, und das Wort „Frieden" bekam lebendige Bedeutung. Beide Großmächte hatten gelernt, daß keiner dem anderen seinen Willen aufzwingen kann. Beide hatten mehrfach erfahren, daß man aus lebensgefährlichen Situationen nur herauskommt, wenn man die vitalen Interessen des anderen respektiert. Eine Wiedervereinigung und eine Änderung der Oder-Neiße-Grenze aber hätten vitale Interessen der Sowjetunion verletzt. Die Amerikaner, Briten und Franzosen zogen die Konsequenz, sie legten das Thema „Deutsche Einheit" ab und weigerten

sich seit 1963, darüber mit Moskau zu verhandeln. Erst 1990 mußten sie es dann tun. Von den Bonner Grundsätzen blieb daher nur noch einer übrig: Wenigstens nicht anerkennen, was man nicht ändern kann. Aber auch das ließ sich nicht halten. Die Alliierten rieten zu einer de-facto-Anerkennung der DDR. De Gaulle plädierte öffentlich für die Oder-Neiße-Grenze; das oberschlesische Sabrze, früher Hindenburg, nannte er die polnischste aller polnischen Städte. Und die DDR durchlöcherte die Hallstein-Doktrin mit Konsulaten, Generalkonsulaten in der Dritten Welt; 1965 bekam der Staatschef der DDR, Walter Ulbricht, in Ägypten einen großen Staatsempfang. Im Frühjahr 1969 brach der Damm, fünf arabische Staaten erkannten die DDR an. Die Prinzipien nützten nicht nur nichts, sondern sie schadeten. Mit der DDR kam man auch nicht weiter, weil sie für alles, außer Wirtschaftsfragen, Verhandlungen von Staat zu Staat verlangte. „Wer normale menschliche Beziehungen will, muß auch normale staatliche Beziehungen wollen", erklärte DDR-Staatssekretär Michael Kohl.

Das gleiche im Osten. Handelsmissionen konnten überall eingerichtet werden, aber diplomatische Beziehungen gab es nur, wenn zugleich die DDR und die polnische Westgrenze anerkannt wurden. Nur Rumänien schlüpfte 1967 durch eine Lücke. Die Grundsätze waren zur Fessel geworden. Bonn benahm sich wie ein Deichgraf, der nur darauf sah, wo der Damm der Nichtanerkennung zu brechen drohte. Es herrschte Ratlosigkeit. In der Analyse bestand zwar weitgehend Einigkeit zwischen den Parteien, doch bei den Folgerungen trennten sie sich.

Für alle waren die Grundsätze Wahrheiten gewesen. Alle litten unter ihrem Scheitern. Aber die einen meinten, man dürfe Wahrheiten nicht aufgeben, weil die Umstände ungünstig seien. Die anderen begannen zu prüfen, ob es wirklich noch Wahrheiten seien, denen man anhing. Die einen empfanden es als moralische Bewährungsprobe, daß man die Prinzipien bewahrte, die anderen hielten es für unverantwortlich, der immer tieferen Teilung tatenlos zuzusehen, weil abstrakte Prinzipien die Hände banden. Die einen wurden zu Fundamentalisten, die anderen zu Pragmatikern, und wechselseitig beschuldigten sich beide der Starrheit oder der Anpassung. Je schärfer die Auseinandersetzung wurde, desto weniger blieb erkennbar, daß sich beide um das gleiche sorgten: um die Nation und um deren Zukunft.

Die Pragmatiker in SPD und FDP überlegten, wie man die Grundsätze umgehen oder einschränken könne. Aber die Außerkraftsetzung der Prinzipien war noch keine Politik, sie konnte sogar den Eindruck erwecken, Bonn kapituliere vor den Forderungen des Ostens. Kein Kanzler wollte und konnte sich das leisten. Es mußte also eine neue Politik entworfen werden: Sie mußte zeitgemäß sein; sie mußte erreichbare Ziele setzen; und sie mußte das Einverständnis der Verbündeten finden.

Zeitgemäß hieß, mit dem Strom der Zeit und nicht mehr gegen ihn schwimmen; also die eigene Politik in die westliche Politik einpassen, die auf Entspannung gerichtet war. Zeitgemäß hieß ferner, endlich die Angst vor den Kommunisten ablegen und sich dem Osten mit demokratischem Selbstbewußtsein stellen. Hier tat Brandt schon Anfang der 60er Jahre den entscheidenden Schritt, als er auf Chruschtschows Programm des Ein- und Überholens hinwies. Damit, sagte Brandt, übernahm der oberste Kommunist die Maßstäbe des Westens. Das war nicht mehr Revolution, sondern Imitation, ein Nachlaufen des Ostens auf Gebieten, auf denen der Westen am besten und der Osten am schwächsten war.

Zeitgemäß hieß schließlich, die Politik aus ihrer ideologischen Gefangenschaft befreien. Eigentlich kann man mit den Kommunisten erst verhandeln, wenn sie keine Kommunisten mehr sind – so sagte das keiner, aber so dachten viele. Noch Ende der

60er Jahre habe ich in Warschau Bundestagsabgeordnete getroffen, die überzeugt waren, die polnische Außenpolitik werde von leninistischen Grundsätzen geleitet. De Gaulle behandelte jedes Ostland nach seiner „nationalen Persönlichkeit" und ging mit Russen, Polen oder Rumänen um, als sei deren Regime nur eine vorübergehende Laune der Geschichte. Brandt hat auf den großen Franzosen geachtet, der mit seiner Ideologieverachtung der Zeit weit voraus war.

Zeitgemäß hieß schließlich, der Politik wieder Vorrang geben vor dem Kult von Rechtsstandpunkten. Deutsche Juristen erbrachten Spitzenleistungen an Spitzfindigkeit, um zu erklären, warum rechtlich nicht gehe, was politisch geboten schien. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts war gefürchtet bei allen Praktikern. Die sowjetischen Juristen erwiesen sich allerdings oft als ebenbürtig. Egon Bahr hat mehrfach festgefahrene Verhandlungen wieder in Gang gebracht, indem er empfahl, die unvereinbaren Rechtspositionen beiseite zu lassen und sich auf die konkreten Fragen zu beschränken.

Der Handlungsspielraum der Bundesrepublik war ideologisch und juristisch in einem Maße eingeengt, daß auch das Erreichbare nicht mehr erreichbar war. Die erste Aufgabe einer neuen Politik bestand deshalb darin, Politik erst wieder möglich zu machen.

Das zweite Erfordernis war, erreichbare Ziele zu setzen. Da eine Wiedervereinigung nicht absehbar war, sprach Brandt nicht davon. Auch seine Nachfolger Helmut Schmidt und Helmut Kohl mieden das Wort „Wiedervereinigung" bewußt und konsequent. Was man nicht ändern kann, muß man, soweit es geht, erträglich machen. „Menschliche Erleichterungen" wurden zum ersten Ziel im Verhältnis zur DDR. Zum zweiten Ziel wurde der Zusammenhalt der Nation. Zwar gab es zwei deutsche Staaten, aber es gab auch noch die deutsche Nation. Sie zu bewahren, machten sich Brandt, auch Schmidt und Kohl zur Pflicht. Ihre Äußerungen dazu gleichen sich manchmal fast bis in den Wortlaut.

Im Osten kam alles darauf an, glaubhaft zu machen, daß die Bundesrepublik nicht eine demokratisch getarnte Fortsetzung von Hitler-Deutschland war. Adenauer hatte dem Westen ein verändertes Land gezeigt, Brandt wollte das gleiche im Osten tun, aber das war viel schwerer. Der Ostteil Europas hatte weit mehr unter Krieg und deutscher Besatzung gelitten als der Westteil. Im Osten herrschte ein anderes Regime, und dort war zweierlei aufzuarbeiten, nicht nur die Nazi-Vergangenheit, sondern auch die Mißverständnisse und die Fehlleistungen seit 1949. Bei Brandts Warschau-Besuch im Dezember 1970 kam beides exemplarisch zum Ausdruck. Vor dem Ghetto-Denkmal kniete er, und dem polnischen Ministerpräsidenten erklärte er: „Meine Regierung nimmt die Ergebnisse der Geschichte an". Brandt tat das gleiche wie Adenauer im Westen; er schreckte nicht vor Vorleistungen zurück, denn er wußte, erst wenn Vertrauen entsteht, kann man die gemeinsamen Interessen nutzen, daraus Verträge machen und zu humanitären Regelungen kommen.

Das Einverständnis der Alliierten zu der neuen Politik war zu erwarten, denn die Amerikaner und Franzosen lieferten selbst Vorbilder, besonders Präsident Kennedy wurde zur Berufungsinstanz für westdeutsche Ostpolitiker. Brandt tat, was Washington Bonn schon lange angeraten hatte. Doch er tat es so selbständig und selbstbewußt, daß Zweifel aufkamen, ob die Deutschen zu deutsch würden. Kritiker in der Bundesrepublik meinten, Brandt schreibe die deutsche Einheit ab, Zweifler im Westen fürchteten, er laufe einer Wiedervereinigung zu weit nach Osten nach. Henry Kissinger war erst beruhigt, als er durch die Berlin-Verhandlungen auch Brandts Ostpolitik unter gewisse Kontrolle bekam. Präsident Reagan fürchtete, Helmut Kohl werde sich zu eng mit der DDR einlassen und aus der westlichen Solidarität hinauslocken lassen.

Die Westseite der Ostpolitik war alle Zeit ein größeres Problem, als öffentlich sichtbar wurde, aber die Bindungen waren zu eng und das Interesse beider Seiten aneinander war viel zu groß, als daß es zu einem Bruch kommen konnte. Präsident Bushs Hilfe im Jahre 1990 gab ein Beispiel, was Einsicht und Weitsicht in einem Bündnis leisten können. Bush förderte die Vereinigung Deutschlands und bekam die NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands.

Damit bin ich beim dritten Teil, bei der Frage: Was ist schließlich herausgekommen? Ich folge hier der Themenfolge dieser Konferenz.

Für West-Berlin, die Achillesferse des Westens, hat die neue Ostpolitik zweierlei erreicht: das beste Abkommen, das möglich war, und die Einhaltung des Abkommens. Die Westmächte waren, als sie mit der Sowjetunion über ein Berlin-Abkommen verhandelten, in einer miserablen Lage: Sie hatten wenig zu bieten, und die Sowjetunion hatte den geographischen Vorteil. Doch diese Schwäche wurde ausgeglichen, weil Moskau einen starken Wunsch hatte: Es wollte den Moskauer Vertrag, also die Gesamtregelung mit der Bundesrepublik, in Kraft gesetzt sehen. Aber eine Ratifizierung des Moskauer Vertrages im Bundestag hing an der Bedingung, daß eine „befriedigende" Berlin-Regelung zustande käme. Um den Moskauer Vertrag zu bekommen, gab die Sowjetunion weit mehr, als sie zunächst bereit gewesen war.

Für Brandt war das Wichtigste, „daß es in Zukunft keine Berlin-Krisen mehr geben soll". Es gab auch keine mehr. Sogar in der Hochspannungsphase Anfang der 80er Jahre, als manche einen neuen Kalten Krieg befürchteten, blieb in Berlin alles ruhig. Für die Westberliner zählte an erster Stelle, daß sie ungefährdet und unbehindert ihr „Festland" erreichen konnten: die Bundesrepublik. Der Transitverkehr wurde, was er noch nie gewesen war, berechenbar. Man wußte, wie auf einer westdeutschen Autobahn, daß und wann man ankommen werde, Staus abgerechnet. Das zweite war die Durchlöcherung der Mauer. Erstmals seit dem Ende der Passierscheinregelung 1966 durften die Westberliner wieder in den Ostteil der eigenen Stadt. Erstmals seit 1952 durften sie wieder in die DDR. Und erstmals seit 19 Jahren konnten Ost- und Westberliner wieder miteinander telefonieren. Ohne Brandts Ostpolitik, die Moskau in Zugzwang setzte, wäre bestenfalls die Hälfte herausgekommen.

Henry Kissinger erwartete, das Abkommen werde „wenigstens vorübergehend" die Spannungen um Berlin beenden, doch es hielt 17 Jahre, bis zur Vereinigung. Und auch das war – zu einem Teil – Ergebnis der Bonner Ostpolitik. Für eine Inselstadt gibt es keine wasserdichten Verträge; vielerlei Schikanen, Störungen des Transitverkehrs waren denkbar, ohne einklagbar zu sein. Was man nicht ganz schützen kann, muß man sichern, indem man dem Störer das Interesse nimmt zu stören. Wenn alle Bundesregierungen sich um gute Beziehungen zu Moskau und zur DDR bemühten, war das immer auch Berlin-Politik.

Von den 17 Verträgen, die Günter Gaus mit der DDR aushandelte, galten 15 der Inselstadt. Sie brachten West-Berlin Vorteile, z. B. verbesserte oder neue Autobahnen, sie ermöglichten zugleich, der DDR dringend begehrte Devisen zukommen zu lassen und die DDR an einem guten Verhältnis zur Bundesrepublik zu interessieren. Die D-Mark-Zahlungen wurden bald zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Staatshaushalts der DDR, und West-Berlin erfuhr eine zwiefache politische Metamorphose. Für die DDR-Regierung verwandelte es sich vom „Pfahl im Fleische" in einen ungeliebten, aber unentbehrlichen Goldesel, den sie nur noch zwicken durfte, aber nicht mehr verletzen. Für Deutschland verwandelte sich das westliche Berlin vom „Zankapfel" in eine Klammer. Der Zank hat zwar nie aufgehört, aber die Klammer aus Pauschalen, Projekten und Krediten zwang die

DDR näher zur Bundesrepublik, als sie wollte.

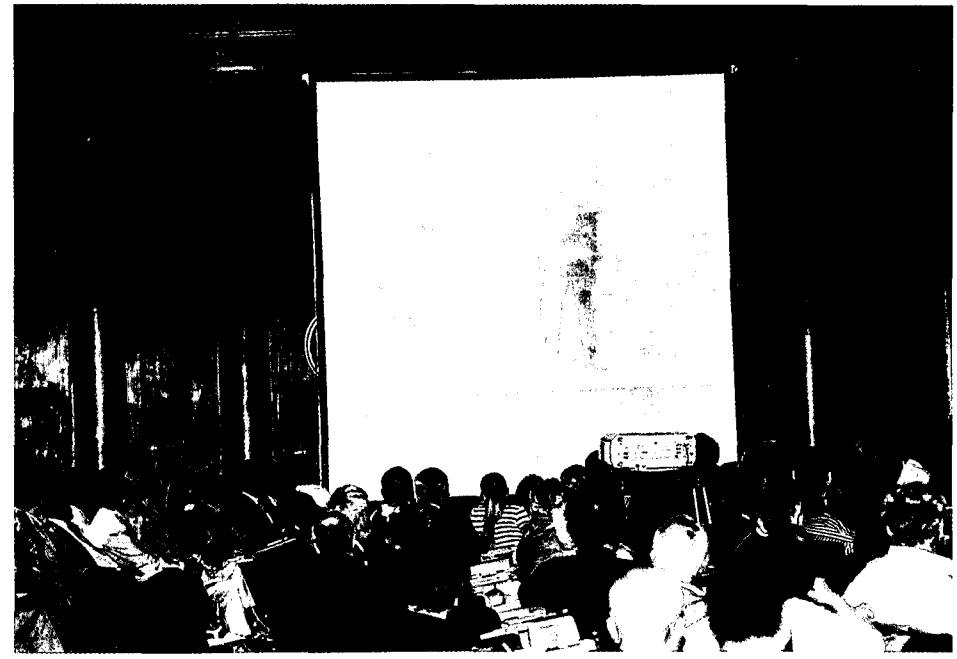
„Menschliche Erleichterungen" – ein schrecklicher Ausdruck, aber ein zwingendes Gebot. Die Ergebnisse lassen sich nur messen, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt. Kommunistische Staaten lebten von geschlossenen Grenzen und vom Informations- und Meinungsmonopol der Parteien. Ihre Bürger nach Westen reisen oder gar ausreisen zu lassen, fremde Meinungen und Meinungsmacher einreisen zu lassen – all das widersprach den Machtvorstellungen der Herrschenden. Und dann ausgerechnet noch Deutschen zu erlauben, was alle gern wollten, das hieß, die Deutschen privilegieren – und das nach dem deutschen Krieg! Die Aussiedlung von Deutschen, vor allem aus der Sowjetunion und aus Polen, blieb daher allezeit ein Problem, das nur Teillösungen erlaubte und auch die meist auf Umwegen. Bonn mußte zahlen, damit die Regenten in Moskau und Warschau über ihren Schatten sprangen und überhaupt erst einmal zugaben, daß bei ihnen noch Deutsche lebten. So funktionierte die Sache je nach dem Stand der Allgemeinbeziehungen und nach der D-Mark-Höhe der Geschäfte. Immerhin kamen mehr Umsiedler aus dem Osten, als viele Westdeutsche glaubten, ertragen zu können. Die Erfolgszahlen der Regierung erschienen keineswegs allen Bundesbürgern als Erfolge.

Für die DDR galt das alles noch mehr. Was für Bonn eine humanitäre und eine nationale Frage war, das war für die DDR eine Sicherheitsfrage. Der SED-Staat war sich seiner Bürger nicht sicher und damit auch seiner selbst nicht. Erich Honecker sagte in Moabit: Die Mauer nicht zu bauen, hätte bedeutet, die DDR schon 1961 aufzugeben.

Die Bilanz war daher lange Zeit sehr einseitig. Die DDR ließ Westdeutsche und vor allem Westberliner herein, ein bis anderthalb Millionen waren es vor Abschluß der Verträge, sechs Millionen schon 1973. Die Zahlen sanken, wenn die DDR die „Eintrittsgebühr" heraufsetzte, aber sie stiegen dann wieder fast bis auf die alte Höhe. In umgekehrter Richtung von Ost nach West hingegen tröpfelte nur ein Rinnsal. Viele Ostdeutsche fühlten sich enttäuscht, für sie sei nichts herausgekommen. Verständlich, aber ein wenig ungerecht, denn auch für sie war es schließlich positiv, wenn die Westverwandten und -freunde zu ihnen kommen konnten. Zehn Jahre lang, bis 1982, durften im Schnitt pro Jahr 40.000 Ostdeutsche, die noch nicht Rentner waren, zu Verwandten in die Bundesrepublik fahren. Seit 1986 sprangen die Zahlen dann hoch: fast 250.000 und dann 1,2 Millionen im Jahr 1987. Das war das Jahr des Honecker-Besuchs in Bonn – der Zusammenhang ist offenkundig.

Kohl erntete, was Brandt gesät hatte. Manchen Sozialdemokraten ärgerte das damals, aber Kohl konnte nur ernten, weil auch er das Feld weiter bestellt hatte. Sozial-, Christ- und Freidemokraten, sie haben alle das gleiche gemacht: Sie haben Menschenhandel getrieben, um Deutsche nach Deutschland und politische Gefangene in Freiheit zu bringen. Die Moralisten sollten im Auge behalten: Verächtlich waren nicht die Käufer, sondern die Verkäufer. Alle Regierenden in Bonn waren in gewissem Maße auch erpreßbar. Aber das war, wie Klaus Bölling bemerkt hat, eine ehrenhafte Erpreßbarkeit. Dazu kann sich auch heute noch jeder bekennen und sollte es auch tun.

Die Ostpolitik war Friedenspolitik auf zweierlei Weise: Sie sollte die Nachbarn im Osten überzeugen, daß die Deutschen „friedliebend" geworden waren, und sie wollte einen Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung leisten, die „den Frieden sicherer" machen sollte. Das zweite wird Egon Bahr morgen erläutern, das erste war ein unendlich mühsames und langwieriges Geschäft. Der erwiesene Antifaschist Willy Brandt war ihr bester Botschafter. Der wachsende Wirtschaftsaustausch und die zunehmende Bekanntschaft korrigierten das Zerrbild vom deutschen Revanchisten und Imperialisten



langsam. Die Bundesrepublik erwies sich für Ostbesucher als ein überraschend ziviles Land – besonders im Vergleich zur DDR, deren äußere Erscheinung weit mehr an das alte Deutschland erinnerte.

Es wurde eine qualitative Veränderung, die sich im Laufe der Jahre im Verhältnis zum politischen Osten vollzog. Der Handel, weitgehend befreit von politischen Vorbehalten, vervielfachte sich und stieß in den 80er Jahren vor allem an seine eigenen, das heißt an wirtschaftliche Grenzen. Zu Moskau hatte Bonn bis 1969 diplomatische Beziehungen, jetzt entstand ein politisches Verhältnis. Die Bundesrepublik wurde, teils neben, teils vor Frankreich, zum wichtigsten westeuropäischen Partner. Breschnew fuhr nach Bonn, bevor er nach Amerika und nach Paris ging. Das gleiche galt für die anderen Oststaaten, von Polen bis Bulgarien. Die Bundesrepublik wurde zur ersten Adresse im Westteil Europas, nicht nur, wenn man Kredite brauchte, auch wenn Rat und Hilfe nötig erschienen. So fern der Rhein dem Osten lag, dort wußte man immer noch etwas besser als sonst im Westen, was not tat für die ausgeschlossenen Europäer.

In den 80er Jahren stockte vieles. Helmut Schmidt verübelte den Moskauern ihre sture Raketenstationierung, die Moskauer verübelten Schmidt, daß er die Amerikaner alarmiert hatte, und Helmut Kohl, daß er die Stationierung in der Bundesrepublik zuließ. Erst 1986/87 öffneten sich beide Seiten wieder zueinander, und 1989 gelang Kohl die Verständigung mit Gorbatschow.

Aus anderen Gründen ging es ähnlich mit Polen. Solidarnosc fühlte sich zu Recht von führenden Sozialdemokraten mißachtet, die nur Beziehungen zu Jaruzelski und Rakowski pflegten, die Kränkung durch peinliche Szenen wirkt bei manchem bis heute nach. Alle Polen fühlten sich, milde gesagt, irritiert, als mit Kohls Regierungsantritt die Vertriebenenverbände wieder das große Wort erhielten, als die Bundesminister Zimmermann und Waigel die Oder-Neiße-Grenze öffentlich in Frage stellten und als der Kanzler das entscheidende klare Wort zur Grenze

standhaft verweigerte, bis er im Juni 1990 sagen konnte: Wir müssen die Grenze anerkennen, sonst bekommen wir die Einheit nicht.

Brandt wollte 1970 den Weg zur Versöhnung mit Polen frei machen, Kohl brauchte einen nationalen Grund für den nationalen Verzicht. Deshalb begann ein neues Verhältnis zu Polen nicht, wie heute fast alle sagen, erst 1990, sondern schon 1970. Bereits Ende der 70er Jahre waren so viele Verbindungen, Verflechtungen und persönliche Beziehungen entstanden, daß die Regierenden in Warschau zu ihrem Leidwesen keinen Überblick mehr hatten. Kohl hat auch in Polen geerntet, was Brandt gesät hatte.

Die Probe aufs Exempel, was die Ostpolitik im Osten bewirkte, gab das Jahr 1990. Deutschland wurde vereint und damit zum mächtigsten Staat in Westeuropa – dem konnte Gorbatschow nur zustimmen und konnte es gegen starke Opposition in Moskau nur durchsetzen, weil sich seit 20 Jahren ein anderes Deutschland gezeigt hatte: nicht militaristisch, faschistisch, revanchistisch, sondern ein Staat, der den Frieden ebenso brauchte und wollte wie man selbst.

Die Ostpolitik hat die Vereinigung Deutschlands nicht bewirkt, doch sie hat sie ermöglicht. Die Vereinigung war nicht das Ziel der Ostpolitik, aber alle, die sie betrieben, waren davon überzeugt: Falls es für spätere Generationen einmal eine Chance gibt, werden sie die Chance nur wahrnehmen können, wenn zwei Voraussetzungen bestehen: Wir müssen ein gutes Verhältnis nicht nur zum Westen, sondern auch zum Osten haben, und wir müssen noch eine Nation sein, die vereinigt werden will.

Die erste Voraussetzung war durch die Friedenspolitik erfüllt. Die zweite Voraussetzung, die Einheit der Nation, wurde durch Politik mit der DDR teils bewahrt und teils geschaffen. Das gelang einmal dadurch, daß diese Politik überhaupt betrieben wurde, ihr Auf und Ab öffentliches Interesse weckte und beiderseits der Elbe wachhielt, daß es Deutschland noch gab, trotz der Zweistaatlichkeit. Es gelang ferner dadurch, daß Bonn den wichtigsten Kampf mit Ost-Berlin erfolgreich führte, den Kampf zwischen Abgrenzung, wie die SED sie brauchte, und Öffnung, wie alle westdeutschen Parteien sie wünschten. Je weiter die DDR sich öffnen mußte, desto mehr konnte die Bundesrepublik ihren stärksten Trumpf ausspielen, nämlich sich selbst. Sie konnte vorführen, wie man die Wirtschaft und die öffentlichen Angelegenheiten anders regeln und das meiste besser machen kann. Damit gelang – unbeabsichtigt – auch das Dritte, das zum Bewußtsein der Zusammengehörigkeit beitrug, die wachsende Entfremdung vieler DDR-Bürger von ihrem Staat.

Indem Bonn sich um Entspannung und Zusammenarbeit bemühte, vermochte es politisch offensiv zu werden. Die DDR befand sich in der letzten Phase des regierenden Kommunismus. Sie war nicht nur ökonomisch, sondern auch ideologisch schwach geworden, sie wurde käuflich. Honecker nahm Kredite, aber mußte auch etwas leisten, was er nicht wollte: mehr Reisen und vor allem mehr Ausreisen erlauben, auch Städtepartnerschaften, und er mußte Vorsicht bei Repressionen walten lassen, weil der Ruf in Gefahr geriet und damit auch die Kredite. So übel das meiste war, was die Stasi tat, sie tat viel weniger, als sie konnte und wahrscheinlich wollte. Der DDR geschah, was Ulbricht immer am meisten gefürchtet hatte: das „Eindringen" des Westens, die ideologische Diversion, die Aggression auf Filzlatschen. Die DDR geriet allmählich auf die schiefe Bahn, vor der Moskau und die Konservativen im SED-Politbüro dringend warnten. Die Verschuldung führte zu Abhängigkeit, die demonstrativen Begegnungen Honeckers mit westdeutschen Politikern jeder Couleur ruinierten das Feindbild. Der Ideologie-Dialog mit der SPD unterminierte den Anspruch der SED auf Unfehlbarkeit und die auf „führende

Rolle". Die Zulassung der D-Mark als halblegales zweites Zahlungsmittel entwertete die eigene Währung. Die Einfuhr westlicher Marken und Moden, die Anerkennung westlicher Standards setzten fremde Maßstäbe und weckten Ansprüche, die im Osten nicht erfüllt werden konnten. Die immer weitere Öffnung für Westreisen jüngerer DDR-Bürger relativierte die Wirkung der Mauer. Erstmals seit 25 Jahren zeigte sich die Möglichkeit, im anderen deutschen Staat ein neues Leben zu beginnen. Die Alternative kam wieder. Der Drang nach Westen wuchs zu einem Problem, mit dem die Führung nicht mehr fertig wurde. Mit dem Massenansturm auf westliche Botschaften begann der Untergang der DDR.

Als Honecker im Herbst 1987 die Bundesrepublik besuchte, wurde die scheinbare Paradoxie der Entspannungspolitik sichtbar. Nie zuvor war die Eigenstaatlichkeit der DDR so demonstrativ bestätigt worden, aber nie zuvor zeigte sich auch die veränderte Position der DDR. Sie war aus dem Machtbereich Moskaus nicht herausgetreten, aber sie hatte sich in den Einflußbereich Bonns teils locken lassen und teils bewußt begeben. Der sowjetische Botschafter in Bonn beschrieb den Vorgang mit einem fatalen Bild: „Die DDR schluckte den goldenen Angelhaken immer tiefer, von dem sie dann nicht mehr los kam."

Im Jahr 1963 sprach ich in Budapest mit einem alten Kommunisten. In Bonn, sagte ich damals, meinen viele, westdeutsche Kredite für die DDR würden Ulbricht stützen. – Stürzen? fragte er. – Nein, im Gegenteil, man meint, eine Wirtschaftshilfe werde Ulbricht stützen. – Nein, stürzen, sagte er entschieden. – Im Osten wußte man besser, was den Osten in Gefahr bringt. Natürlich starb die DDR nicht an westdeutschen Krediten, sondern an sich selbst. Aber die Bonner Politik der Kooperation hat viel dazu beigetragen, daß sie sich zugrunde richtete. Die Bonner Deutschlandpolitik hat die DDR nicht, wie viele Sozialdemokraten hofften, reformiert, denn das System war nicht reformierbar. Sie hat die Opposition in der DDR unterschätzt und nicht unterstützt, aber viel dafür getan, daß Opposition überhaupt möglich wurde. In den 60er Jahren, von den 50ern zu schweigen, wäre es vielen anders ergangen. Diese Politik hat die Staaten nicht vereinigt, aber einander so nahe gebracht, daß sie nicht mehr voneinander loskamen. Sie hat die Teilung nicht überwunden, aber die Trennung der Deutschen gemildert. Nochmals 20 Jahre hermetische Abrieglung – mit der inneren Einheit stünde es noch schlechter als heute.

Die Ostpolitik, die Willy Brandt begründete, ist zu Ende, denn der Osten, auf den sie zugeschnitten war, existiert nicht mehr. Dies ermöglicht einen ersten Versuch zu historischer Einordnung.

Die neue Ostpolitik bildete den deutschen Teil der westlichen Entspannungspolitik. Sie war unentbehrlich für Europa, weil sie den deutschen „Sonderkonflikt" mit dem Osten, die Teilung und die Grenzfrage, löste. Der Weg wurde damit frei für gesamteuropäische Regelungen wie die KSZE. Bonn hat diese Politik später begonnen als die Alliierten, aber konsequenter verfolgt. Sie bewahrte Deutschland in den 80er Jahren vor neuen Spannungen, die zwischen den Großmächten Amerika und Sowjetunion entstanden. Der Milliardenkredit überbrückte das heikle Jahr 1983, als die Pershing-Raketen stationiert wurden. Für die Westdeutschen weitete sich der Horizont. Sie sahen nicht mehr nur nach Westen und erfuhren, daß auch im Osten Europäer leben. Die Bundesrepublik wurde stärker, weil sie sich vom Westen ein Stück emanzipierte und im Osten Einfluß gewann. Und damit veränderte sie sich. Aus einer westeuropäischen Macht wurde eine europäische Macht. Das war nicht nur ein Schritt zur Vereinigung Deutschlands, sondern auch zur Wiederherstellung Europas. Denn alles, was wir jetzt und künftig für die Zusammenführung der getrennten Teile des Kontinents tun müssen, ruht auf dem Fundament, das von 1969 bis 1990 geschaffen wurde.

Wandel durch Annäherung

Die Grundkonzeption und die Umsetzung einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik

Prof. Egon Bahr

Egon Bahr

Meine Damen und Herren, Geschichte ist der kleine Teil der Vergangenheit, den wir nicht vergessen wollen oder können. Ihre Erfolge und Mißerfolge noch einmal in Erinnerung zu rufen, beginnt für einen, der das alles hautnah erlebt hat, langweilig zu werden. Interessant bleibt das alles unter dem Gesichtspunkt, was die deutsche Ost- und Entspannungspolitik uns sagen kann, und zwar für Gegenwart und Zukunft deutscher Politik.

Die Entspannungspolitik ist das höchst interessante Beispiel für vielfachen, erfolgreichen Tabubruch. Zu den wichtigsten Tabus der 60er Jahre gehörte: der Ost-West-Gegensatz ist zementiert und kann nur durch Stärke überwunden werden. In ihm sind die Deutschen Objekt und nicht Subjekt, die Wiedervereinigung wird sich irgendwie als zwangsläufige Folge von Westintegration und Wiederbewaffnung ergeben; sofern mit regierenden Kommunisten in Moskau geredet werden muß, um den Frieden zu sichern, ist das Sache der großen Drei; mit den Satelliten in Ostberlin zu sprechen, ist ganz sinnlos und zerstört den Bonner Anspruch auf Alleinvertretung für Deutschland; das Phänomen des Zonenregimes ist kein Staat und darf DDR gar nicht genannt werden. – Das ist nur eine ganz unvollständige Liste westlicher Glaubenssätze, gegen die anzudenken oder gar zu handeln Mut erforderte, den Mut, auszuhalten, womit jeder Tabubruch bedroht ist, nämlich geächtet zu werden, ausgegrenzt und verdächtigt. So ist das auch geschehen.

Im Rückblick erscheint das selbstverständlich, aber damals tat es weh. Zumal noch gar nicht sicher war, ob sich aus dem neuen Ansatz einmal die Erfahrung gewinnen ließe, wie aus einer Minderheit eine Mehrheit wird. Weder Brandt noch ich haben im Traum den größten Triumph erwartet, daß diejenigen, die erbittert mehr als zwei Jahrzehnte die Entspannungspolitik bekämpft und die ganze Linie für falsch und verderblich erklärt hatten, sie ab 1982 kontinuierlich fortsetzen, keinen Vertrag ergänzen, verändern oder gar kündigen, sogar Milliardenkredite an die DDR geben würden.

Am Anfang war die neue Politik gar nicht populär. Hätten wir uns nach Umfragen gerichtet, hätte sie nicht gemacht werden dür-

fen. Hätten wir vor den Wahlen 1969 angekündigt, daß die DDR „Staat" genannt werden würde, hätte die SPD die Wahlen verloren und Brandt wäre gar nicht in die Lage gekommen, gerade das in seiner ersten Regierungserklärung zu formulieren. Wer durchdacht aus Überzeugung und Mut Tabus bricht, ist klug beraten, wenn er die Mehrheit nicht überfordert und den Lernprozeß dosiert. Das gilt nach der Einheit nicht weniger als auf dem Weg zu ihr.

Nun hat sich der Irrglaube eingestellt, in Berlin sei Anfang der 60er Jahre das neue Konzept deutscher Politik erdacht worden. Oder es sei eine Strategie gewesen, gegen alle tabuisierten Glaubenssätze das Gegenteil, nämlich Wandel durch Annäherung, zu setzen. In Wahrheit ging alles vom Bau der Mauer aus – der Zementierung einer Spaltung der Stadt, dem Unvermögen der Westmächte, sie zu beseitigen; der Bitterkeit, auf Weisung der Alliierten zu ihrem Schutz die eigene Polizei einsetzen zu müssen, und schließlich dem Willen im Senat, zurückgeworfen auf harte Realitäten, sich nicht auf Empörung und hilflose Proteste zu beschränken, sondern den Realitäten ins Auge zu sehen und sie zu verändern. Das verlangte, unter Billigung der Alliierten und unter Duldung der Bundesregierung, Verhandlungen mit der Regierung der DDR, die so nicht bezeichnet werden durfte. Es war, wenn man will, ein kommunales Anliegen, die Mauer ein wenig durchlässig zu machen, damit Verwandte ihre Verwandten im Osten für ein paar Stunden wiedersehen und besuchen konnten.

Kleine Schritte sind besser als große Worte, klang die bescheidene Formulierung eines grundsätzlichen Kurswechsels. Es war ein lokaler Zwang zum Wagnis, wie Brandt wenige Jahre später verallgemeinernd ausdrückte. Und auch Wandel durch Annäherung war noch kein Konzept, sondern die Methode, den Dialog statt Konfrontation zu versuchen, den Status quo zu verändern, indem man ihn anerkennt. Und noch etwas wurde uns klar – nach dem Briefwechsel, in dem der kleine Halbstadtbürgermeister den Präsidenten der großen USA zu Aktionen nach dem Bau der Mauer aufforderte: Kennedy machte in seiner Antwort deutlich, daß an der Teilung nicht zu rütteln sei und daß militärische Stärke zur Gewinnung der deutschen Einheit nicht eingesetzt würde. Der Friede war wichtiger – das war auch Bruch eines Tabus. Allerdings geschah er vertraulich, denn öffentlich wurde gebetsmühlenähnlich das Ziel der deutschen Wiedervereinigung betont, was um so weniger kostete, als man sich im Kern einig war, operativ nichts zu tun. Konsequenz: Man mußte sich auf eine lange Periode der friedlichen Koexistenz einstellen, auf einen langen Umweg. Also machten wir uns auf den Weg.

Als ich nach Beginn der großen Koalition den Planungsstab des Auswärtigen Amtes übernahm, war festzustellen, daß es 20 Jahre nach Kriegsende und fast 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik zur Lösung der deutschen Frage keinerlei Pläne und kein Konzept gab. Die Schubladen waren leer. Ich stellte als Zielvorgabe: Wie ist die deutsche Einheit erreichbar? Im Ergebnis wurden zwei Papiere entwickelt. Das eine umfaßte den Komplex der bilateralen Verträge, es wurde gewissermaßen 1970 bis 1972 in Moskau, Warschau, Prag und Ostberlin abgearbeitet. Das zweite befaßte sich mit Abrüstung und europäischer Sicherheit. Wir waren der Auffassung, daß alle Nachbarn Deutschland nur dann in die Freiheit seiner Einheit entlassen würden, wenn sie weder territoriale Ansprüche zu befürchten noch reale Sicherheitssorgen vor Deutschland haben müßten. Dieses Papier ist nicht abgearbeitet worden.

Der Planungsstab nahm also eine bedeutende strategische Gewichtsverlagerung vor – die Einheit kann nur das Ergebnis europäischer Sicherheit sein, die bilateralen Verträge haben lediglich die Funktion, das Gelände zu planieren und die Voraussetzungen für das eigentliche Ziel zu schaffen. Das Gelände für das, was dann kommen sollte, konnte nur in Moskau geebnet werden; nur dort konnten die bis dahin vertretenen Positionen der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages verändert werden, nur dort konnte das Interesse der Sowjetunion an verbesserten Beziehungen zur Bundesrepublik so weit aktiviert werden, daß die Führungsmacht ihre Verbündeten korrigierte. So ist es auch geschehen.

Heute wissen wir, daß direkte Verhandlungen mit der DDR und Polen gescheitert wären, denn beide waren an der rigiden Erhaltung des Status quo interessiert. Unsere Politik hat insbesondere bei Polen unvermeidbar den Alptraum belebt, daß die Deutschen sich wieder einmal mit den Russen über ihre Köpfe hinweg verständigen. Dieser Eindruck wurde auch nicht wesentlich durch die Tatsache gemildert, daß die Bundesdeutschen sich schließlich auch über die DDR-Deutschen mit den Russen verständigten. Dies bleibt ein Schönheitsfehler. – Aber auch im Rückblick würde ich in gleicher Situation noch einmal gleich entscheiden.

Im Hintergrund der Verhandlungen in Moskau stand die Überzeugung, daß alle Vorstellungen von der Befreiung unterdrückter Völker in das Reich der Träume zu verbannen seien, das geboten die schmerzhaften Erfahrungen, die beim Juni-Aufstand 1953, 1956 in Polen und Ungarn und gerade erst 1968 gemacht worden waren, als der Prager Frühling erstickt wurde. Nachdem sich Hilfe von außen als unmöglich erwiesen hatte, wäre es unverantwortlich gewesen, neue Versuche in diesen Ländern zu ermutigen, um nach neuem Fehlschlag wieder – berechtigt – empört, aber hilflos, zu protestieren. Diese Haltung führte zur Unterschätzung der Möglichkeiten, die die Solidarnosc 1980 mutig eröffnete, aber Polen blieb die Ausnahme. Bis zum Fall der Mauer und sogar darüber hinaus folgten alle Bundesregierungen der Maxime, keine direkte Destabilisierung der östlichen Nachbarn zu betreiben, den Prozeß unter Kontrolle zu halten und die Transformation so zu dosieren, daß kein revolutionärer Umschlag eintrat. Natürlich hätte Helmut Kohl, wohl auch

Egon Bahr und Valentin Falin:
Die ehemaligen Verhandlungspartner fast drei Jahrzehnte später

die SPD, das SED-Regime im Herbst 1989 stürzen können, doch es wäre falsch gewesen. Ohne die verantwortungsbewußte Zurückhaltung in jenen Monaten wäre die Einheit 1990 unmöglich geworden. Wir wären statt dessen mit Krisenmanagement beschäftigt gewesen, um ein Kriegsrisiko zu verhindern.

Unausweichlich mußte in Moskau das ganze Konzept unserer bilateralen Vorstellungen erörtert und fixiert werden, wie es sich dann in den zehn Punkten des sogenannten Bahr-Papiers niedergeschlagen hat, welches Vertrauen schuf. Wir konnten es ungeschmälert durchsetzen und insbesondere die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR abweisen. Das durchschlagende Argument, das Moskau zu einer Änderung seiner Politik bewegte, lautete, daß damit die Rechte der vier Mächte über Deutschland als Ganzes nicht erlöschen würden, und zwar im Sinne der Teilung Deutschlands, denn dazu seien wir weder willens noch kompetent. Selbst unsere Bereitschaft, alle Grenzen in Europa, auch die zwischen beiden deutschen Staaten, unter das Gebot des Gewaltverzichts zu stellen, durfte nicht als Aufgabe unseres Anspruchs auf Selbstbestimmung mißverstanden werden. So kam es zu der Idee und Formulierung des „Briefes zur deutschen Einheit", den ich zusammen mit meinem engsten Mitarbeiter entwickelt habe, der später bei der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau akzeptiert und Ende 1972 dann auch von der DDR entgegengenommen wurde. Dieser Brief war keine Pflichtübung, vom Grundgesetz geboten, sondern Überzeugung.

Man kann die deutsche Nachkriegsgeschichte auch als Entwicklung zwischen den beiden Daten 8. Mai 1945 – bedingungslose Kapitulation – und 15. März 1991 – Wiedergewinnung der Souveränität Deutschlands – schreiben, das vereint noch nie so klein war. Während dieser Periode haben alle Bundesregierungen versucht, Kompetenz zu gewinnen und ihren Handlungsspielraum zu erweitern – natürlich waren die Gegebenheiten unterschiedlich. Wir haben es jedenfalls als einen Markstein empfunden, als zum ersten Mal nach dem Krieg beim Vier-Mächte-Abkommen über Berlin der Punkt erreicht war, an dem die vier Mächte die Mitwirkung der beiden deutschen Regierungen brauchten, um ihr Abkommen in Kraft zu setzen. Allein konnten sie diese Art der Verfügung über Deutschland nicht mehr treffen. Es war das Modell Vier-plus-Zwei, das geschichtlich l ogisch, später zu dem Modell Zwei-plus-Vier wurde. Es darf nicht verschwiegen werden, daß das Vier-Mächte-Abkommen mit sechs Beteiligten ungeheuer kompliziert, im Grunde zwischen Bonn, Washington und Moskau erarbeitet worden ist. Das ist nun unter keinem Gesichtspunkt von Souveränität oder Gleichheit zu rubrizieren, sondern war allein Ausdruck der bei diesem Thema existierenden Machtfaktoren und Gewichte. Es war aber Tatsache, daß wir in Bonn diese Berlin-Regelung nicht nur brauchten, sondern auch wußten, was wir wollten, und imstande waren, die Mitspieler am Potomac und an der Moskwa davon zu überzeugen.

Ich unterstreiche das als ein Beispiel dafür, wie starke und entscheidende Veränderungen der Lage in Europa erreichbar sind, wenn sie aus der europäischen Mitte heraus betrieben werden. Ich unterstreiche den Gesichtspunkt des Stabilitätsinteresses; wenn die Mitte weiß, was sie will, und fähig ist, die dafür notwendigen Verbündeten zu gewinnen, ist sie erfolgreich – der Hintergrund ist die Einsicht, allein zu schwach zu sein.

Der Vertrag von Warschau hatte schon die deutsche Einheit im Auge, wenn er formulierte, daß Bonn auch künftig keine territorialen Ansprüche erheben würde. Ohne die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die gar nicht unsere Grenze war, wären die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen später nicht relativ reibungslos verlaufen. Wie schwer und mutig dieser Schritt innenpolitisch am Anfang war, wird deutlich, wenn man sich erinnert,

wie zögerlich Bundeskanzler Kohl zwanzig Jahre später für Gesamtdeutschland eine Grenze anerkannte, die keinen Millimeter mehr geändert werden mußte und wurde.

Die Begegnungen in Erfurt und Kassel dürfen in ihren psychologischen Wirkungen nicht übersehen werden, auch wenn sie politisch nichts brachten und gar nichts entscheiden konnten. Solange die Entscheidungen in Moskau nicht getroffen waren, war doch die Symbolik angetan, die Phantasie zu beflügeln – feindliche deutsche, amtliche Brüder reichten sich erstmals wieder die Hand, seit ihre im Reich politischer Schatten verschwundenen Vorgänger, die Ministerpräsidenten, das 1947 folgenlos versucht hatten. Wohin sollte das noch führen?! Vorsicht war geboten; und daß ausgerechnet der Westdeutsche Brandt ostdeutsche Massen mit der Geste seiner Hand beruhigte, beunruhigte viele außerhalb unserer Grenzen.

Bisher hatten wir keine Beziehungen, nun werden wir schlechte haben, das ist der Fortschritt – dieser Kommentar nach Abschluß des Grundlagenvertrages spiegelte meine Erwartung, daß es knirschen würde, wenn sich das verrostete Räderwerk in Bewegung setzen würde. Rückschläge hielt ich für möglich, Abgrenzung wurde erwartet, um der Phantasie der Landsleute keinen Raum zu lassen, übertriebene Hoffnungen wollte Bonn nicht wecken. Bis zum Schluß der Verhandlungen war umstritten, ob die nationale Frage, in der wir nun unüberbrückbare verschiedene Meinungen hatten, als solche in die Präambel kommen sollte oder nicht. Ich habe für meine Hartnäckigkeit nicht bei allen Entscheidungsträgern in Bonn Unterstützung gefunden und mich ziemlich freischwebend in Ostberlin durchgesetzt.

Fast unbeachtet blieb der Artikel 5 des Grundlagenvertrages. Darin verpflichteten sich beide Staaten, die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa zu unterstützen, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen. Bei der Unterzeichnung verkündeten die Unterhändler förmlich, daß ihre Regierungen Konsultationen in Fragen der europäischen Sicherheit vereinbart haben. Daß dies kein großes Aufsehen erregte, wundert mich noch heute. Immerhin hatten sich die beiden Staaten eine formelle Grundlage geschaffen, um sich in Fragen abzustimmen, in denen sie bisher kaum gefragt waren, und noch dazu die Möglichkeit gemeinsamer Haltung eröffnet – unerhörterweise über die Blockgrenzen hinweg. Es fand die Formulierung Eingang, die wörtlich der entsprach, die Brandt und Breschnew ein Jahr vorher bei ihrem Treffen in Oreanda gefunden hatten. Ich habe mit diesem Artikel strategische Erwartungen verbunden, die sich jedenfalls so nicht erfüllt haben, ich komme auf diesen Punkt später zurück.

Zu den Grundideen der Ostpolitik gehörte die Einschätzung, daß die Sowjetunion und ihr Reich im wesentlichen auf zwei Pfeilern ruhten: der Ideologie und der realen militärischen Macht. Vor den Panzern hatten wir Respekt, vor der Ideologie nicht mehr, seit Chruschtschow den Westen ein- und überholen wollte. Die reale Macht sollte reduziert werden durch Rüstungsreduktion, Streitkräfteverringerung, Verminderung der bedrohlichen Potentiale. Dabei traf man sich mit den Interessen der beiden Großen, die das ungehemmte Wettrüsten interkontinentaler Waffen begrenzen und reduzieren wollten. Dieser Prozeß hat konventionell ungeheure, nicht geahnte Erfolge erzielt und ist auf dem Sektor der interkontinentalen Waffen noch im Gange. Der Druck der Ideologie konnte nur gelockert werden, indem man die ideologischen Fragen degradierte, also nachordnete unter das überragende Interesse an der Erhaltung des Friedens. Es war einsichtig, daß es besser ist, zusammen zu leben, als zusammen zu sterben. Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung, also der beiderseitigen Zweitschlagsfähigkeit, war die Erhaltung des Friedens wirklich prioritär.

Unsere Friedenspolitik schwächte das ideologische Gebäude des sowjetischen Imperiums. Der Prozeß der ideologischen Aufweichung erfolgte, ohne daß ich das jetzt im einzelnen darlegen will, bis hin zu dem Ausspruch Gorbatschows: „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen." – Das war nun wirklich, ideologisch gesehen, reiner Sozialdemokratismus und hatte mit der Diktatur des Proletariats nichts mehr zu tun. Es ging weiter, als Brandt Gorbatschow die Überschriften des neuen Parteiprogrammentwurfs der SPD vorlegte, erklärte dieser: „Das sind meine Themen." – Es ist aus der Geschichte verständlich, daß eben nur Sozialdemokraten und nicht Konservative derartige ideologische Wirkungen bei Kommunisten erzielen konnten. Parallel dazu gab es ein Papier zwischen SPD und SED über die Kultur des Streits, das die Erhaltung des Friedens den ideologischen Auseinandersetzungen überordnete und – wie wir inzwischen wissen – tiefgehende Wirkungen in der DDR ausgelöst hat. Ich halte es für denkbar, daß die Entideologisierung entscheidend dazu beigetragen hat, daß der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten, von der Ausnahme Rumänien abgesehen, gewaltfrei und unblutig erfolgt ist; wer nicht mehr an seine eigenen Werte glaubt, setzt auch nicht die Waffen ein, über die das Regime damals noch immer verfügte, um sie zu verteidigen. Die kampflose Aufgabe, mit der sich der Kommunismus aus der Geschichte verabschiedet hat, ist ein nicht genügend gewürdigter Teilerfolg der Ostpolitik.

Gewissermaßen zur Selbstkontrolle füge ich jetzt sinngemäß eigene Aussagen aus dem Jahre 1973 ein, also ein Jahr nach Abschluß des Grundlagenvertrages, und ergänze sie mit Überlegungen aus meinem Buch „Zu meiner Zeit": Wir werden sehen, ob die neue Phase der Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten hält, was sie verspricht. Vor Provokation ist zu warnen. Schüsse und Selbstschüsse waren immer zu verurteilen. Im Zuge der Normalisierung muß sich auch der Zustand an der Grenze ändern. Bisher ist die Wendung zum Besseren nur noch von Böswilligen zu leugnen. Noch nie seit 1945 ist in beiden Teilen so viel übereinander gesprochen, gedruckt und gesendet worden. Und das gilt auch für Nachbarn und entferntere Staaten. Millionen Bürger beider Staaten sehen einander. Während die einen fragen, ob mit alledem die Einheit begraben wurde, fragen andere – und, soweit es ausländische Freunde sind – besorgt, ob dies der Anfang der Einheit sei. Es ist keins von beiden. Es ist Koexistenz auf deutsch. Diese Art der abnormen Normalisierung entspricht wirklich den Gegebenheiten im Zentrum Europas, von der Geschichte dieses geteilten Volkes angefangen bis zu den noch immer bestehenden Rechten von Vier Mächten. Diese abnorme Normalisierung zwischen den Brüdern, die keine feindlichen mehr sein wollen, aber auf Abstand be-dacht sind, ist wahrhaftig eine Voraussetzung dafür, daß europäische Zusammenarbeit Aussicht auf Erfolg hat. Es sollte niemanden überraschen, wenn diese beiden Staaten bei grundsätzlich weiterbestehenden schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten partiell auch gemeinsame Interessen entwickeln – Deutsch als Konferenzsprache war hoffentlich nur ein Anfang.

Die Zwischenbilanz: Nach dem größten Wahlerfolg in der Geschichte der SPD 1972 gab es den unbehinderten Verkehr von und nach Berlin, erstmals nach dem Krieg auf gesicherter Rechtsbasis, neue Grenzübergänge, grenznahen Verkehr und einen Vertrag, der halten sollte, solange die beiden Staaten existierten. Zum Erfolg unserer Entspannungspolitik gehörte auch die praktische Bestätigung der Sowjetunion mit dem Vier-Mächte-Abkommen, daß Amerika in der Mitte Europas ohne zeitliche Begrenzung bleiben wird. Und die Konferenz in Helsinki anerkannte, daß Amerika eine Macht in Europa ist, ohne die Sicherheitsfragen nicht zu lösen sind. Der Ruf „Ami go home" war seither verstummt. Die Sowjetunion hat danach keinen Versuch mehr unternommen, die USA aus Europa herauszudrängen, auch nicht verbal.

Niemand darf bei der Betrachtung der Ostpolitik übersehen, daß sie die Politik eines Schwachen war, der nicht souveränen Republik eines geteilten Landes, das dennoch etwas bewegen wollte. Wir haben alle Beteiligten dafür gewinnen können, weil jeder sich dabei Vorteile versprach. Der größte Vorteil, den sich alle erhofften, war die Anerkennung der Teilung, die Erwartung, damit das leidige deutsche Problem oder die deutschen Querelen für unabsehbare Zeit loszuwerden und die Lage in Europa zu entspannen und den Frieden unanfälliger zu machen. Die DDR erhoffte sich internationale Anerkennung, die sie auch erreichte; wir spekulierten in Bonn auf den ziemlich langen Prozeß der Veränderung, wie er dann auch einsetzte. Alle waren zufrieden, daß man sich 1975 in Helsinki treffen konnte – ohne deutsche Querschüsse, um das Prinzip des Gewaltverzichts zur Veränderung bestehender Grenzen, gleichgültig, wie sie zustande gekommen waren, zum Grundgesetz der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu machen. Die Schlußakte von Helsinki war die Multilateralisierung der Ostpolitik.

Helsinki mit seinen drei Körben über Sicherheit, Menschenrechte und wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Grundsätze formuliert, die nach unserer Erwartung ein bißchen mehr Luft und Liberalität in die Staaten Osteuropas bringen sollten. In der Tat haben sich dann Regimekritiker und Bürgerrechtler darauf berufen. Das Wort „Dissident", bis dahin im wesentlichen aus der Religionsgeschichte bekannt, wurde zu einem politischen Begriff. Nicht zufällig datiert die Charta 77 zwei Jahre später. Und ohne Helsinki wäre auch Solidarnosc schwerer erklärbar. Wir haben an die Völker Ost- und Mitteleuropas nicht nur gedacht, sondern haben versucht, ihnen praktisch zu helfen – soweit das einem letztlich eben doch nicht souveränen, geteilten und insoweit schwachen Land möglich war. Ich kann nicht unterdrücken, die Peinlichkeit in Erinnerung zu rufen, daß die CDU/CSU die einzige politische Partei von Gewicht in Europa gewesen ist, die 1975 gegen die Schlußakte von Helsinki Position bezog, neben Albanien.

Die Phase der deutschen Ostpolitik von 1969-1982 ist praktisch in Deutschland nicht mehr umstritten. Ihre nahtlose Fortsetzung, an der auch der kontinuierliche Außenminister Genscher interessiert war, hatte ihre Erfolge.

Nach dem Abschluß des bilateralen Teils der Ostpolitik und nach der Konferenz von Helsinki war es logisch und notwendig, die Sicherheitsfragen zu systematisieren und voranzutreiben. Das geschah nicht nur im Kontext der Gesamtvorstellung, daß ohne die internationale Sicherheit die Lösung der deutschen Frage nicht denkbar wäre. Das geschah auch aus der Sorge vor der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen Ost und West insgesamt. Ronald Reagan war amerikanischer Präsident geworden und setzte ein gewaltiges Rüstungsprogramm in Kraft. Es war das Konzept, die Sowjetunion niederzurüsten. Diese Politik konnte sich eine Weltmacht leisten, während ein kleines und schwaches Land dies eben mit Sorge sah. Die möglichen offenen Konflikte würden letztlich und ernstlich auf deutschem Boden ausgetragen werden. Eine Antwort in dieser Situation war die Palme-Kommission, zusammengesetzt aus Menschen mit unterschiedlicher Erfahrung und von unterschiedlicher Hautfarbe. Als sie ihre Arbeit Ende 1980 begann, war sie sich bewußt, daß ihre Überlegungen der fortgesetzten Entspannung gegen den von Washington ausgelösten neuen Trend entwickelt werden müssen. Ich war froh, daß Olof Palme mich zur Mitarbeit einlud – schon im Laufe des Jahres 1973 hatte ich die operativen DDR-Geschäfte Günter Gaus übergeben, um mich auf die Sicherheitsfragen zu konzentrieren. Zur Vervollständigung des Bisherigen wollte ich noch die Lufthansa nach Berlin bringen und hoffte, bis Ende 1975 das

erste Truppenentflechtungsabkommen erreichen zu können. Der Rücktritt Brandts 1974 beendete meine Tätigkeit im Kanzleramt mit Ausnahme des vertraulichen Kontaktes zum Kreml, den ich auch für Helmut Schmidt weiterhin wahrnahm, solange er Kanzler war, und den ich dann Helmut Kohl übergab, der die Verbindungen nutzte. Nachdem ich die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers planmäßig nach dem knappen Wahlerfolg 1980 abgegeben hatte, suchte und fand ich – in der logischen Fortsetzung des Schwerpunkts Sicherheit – auf der parlamentarischen Ebene die Aufgabe des Vorsitzenden des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Dort konnte an Oreanda angeknüpft werden; Brandt und Breschnew hatten 1971 am Schwarzen Meer, zu einer Zeit, als die Vier-Mächte-Verhandlungen noch liefen und die Ratifizierung des Moskauer Vertrages noch ausstand, bereits begonnen, über die Fortsetzung der Entspannungspolitik zu beraten, als ob die Vollendung des Begonnenen schon unbezweifelbar wäre. Ich habe mit Breschnews Sicherheitsberater Alexandrow und einem Beamten des Auswärtigen Amtes viele Stunden gebraucht, ehe wir jene Formel von der Reduktion ohne Nachteile für die Beteiligten erarbeitet hatten. Daraus wurde dann später die gegenseitig ausgewogene Streitkräftereduktion: MBFR.

Die Leidensgeschichte dieser jahrelangen Verhandlungen in Wien gehören zur Ostpolitik. Sie haben zuletzt erst durch Gorbatschow zu dem gewünschten Erfolg geführt, die Überlegenheit des Warschauer Pakts auf dem Gebiet der konventionellen Waffen abzubauen. Der Vertrag darüber wurde gerade noch unterschrieben, ehe der Warschauer Pakt sich auflöste. Alle Staaten haben sich daran gehalten, und die konventionelle Bedrohung des Westens ist beseitigt. Doch zurück zur Palme-Kommission.

Die ehemaligen Außenminister Cyrus Vance und David Owen gehörten ihr ebenso an wie der sowjetische Leiter des Amerika-Kanada-Instituts Juri Abatow und General Milstein. Das Ergebnis der Kommission wurde in dem Begriff der Gemeinsamen Sicherheit zusammengefaßt. Auch die Vertreter der Länder der sogenannten Dritten Welt akzeptierten und stimmten zu, daß es für sie keine Hoffnung auf Zukunft gäbe, wenn es nicht gelänge, den Dritten Weltkrieg zu vermeiden.

Gemeinsame Sicherheit hieß praktisch Unteilbarkeit der Sicherheit. Im Interesse des Friedens wurden unveränderte Systemgegner zu Partnern der Stabilität. Die Palme-Kommission hat sich in ihren praktischen Vorschlägen nicht zufällig auf Zentraleuropa konzentriert und einen atomwaffenfreien Korridor und die Chemiewaffenfreiheit für Zentraleuropa als Ziel formuliert. Wichtiger war, daß ein damals im Westen noch völlig Unbekannter, für Landwirtschaft verantwortlich, mit Namen Gorbatschow, regelmäßig von diesen Überlegungen unterrichtet wurde und diese sich so weit zu eigen machte, daß er sie später, in den Kreml gekommen, zu Grundsätzen sowjetischer Politik gemacht hat. Neues Denken, gemeinsame Sicherheit, wer mehr hat, muß mehr abrüsten, global und konventionell. Ich will hier keinen großen Streit entfachen, aber die Wahrscheinlichkeit, daß Gorbatschow trotz der Nachrüstung und nicht wegen ihr zum bewegenden Faktor der Weltpolitik geworden ist, erscheint mir sehr groß. Denn schließlich hat die Nachrüstung die Militärs in Moskau gestärkt, die alten Strukturen stabilisiert und Gorbatschows Reformen geschwächt.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn 1982 begann die sozialdemokratische Opposition auf Anregung von Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel eine neue Phase ihrer Ostpolitik, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß in kommunistisch regierten Ländern die Parteien wichtiger sind als die Regierungen. Parteikontakte schienen geeignet, operativ Einfluß nehmen zu können – auch auf die inzwischen versprochene Kontinuität der neuen Bundesregierung. Es war selbstverständlich, daß die SPD auf der Parteiebene gerade die beiden Punkte der Palme-Kommission aufgegriffen, also Atom- und Chemiewaffenfreiheit, und sie fast in die Form vertraglicher Grundstrukturen gebracht hat. Das hat sich auch auf die staatliche Ebene ausgewirkt.

Natürlich waren die beiden Deutschlands an der Aufrechterhaltung der Entspannungserfolge aus der ersten Phase der Ostpolitik interessiert. Sie waren beiderseits bemüht, neue Gefährdungen für ihre Länder zu vermeiden. Kohl und Honecker begannen, von der Verantwortungsgemeinschaft zu reden; es gab sogar einen Streit, wer das Wort erfunden hatte. Es war völlig selbstverständlich, daß beide nicht an die staatliche deutsche Einheit dachten; im Mittelpunkt der Überlegung stand die Sicherheit und nicht die Einheit.

Ostpolitik ist auch so zu definieren: Sie hatte ein Ziel, ohne zu wissen, wann und wie es erreichbar war. Sie produzierte zwei fruchtbare Ideen, die des Gewaltverzichts und die der gemeinsamen Sicherheit. Beide Vorstellungen waren von der Mitte Europas her gedacht und standen in einer gewissen Spannung gegenüber den auf Westeuropa konzentrierten Konzepten. Diese Spannungen sind bis in die Gegenwart hinein spürbar. Es ist schwer zu sagen, welche der beiden Ideen wichtiger war und noch ist. Beide haben sich auf Sicherheitsfragen bezogen, nicht primär auf Deutschland, so sehr sie auch im Interesse des eigenen Landes lagen. Und da Sicherheitsfragen immer Machtfragen sind, handelt es sich um Produkte von Realpolitik. Ostpolitik war das Konzept eines Schwachen, um das Element der militärischen Stärke zu zivilisieren und zu relativieren. Die Ostpolitik bis 1989 ist überschaubar, in sich geschlossen, hat ihren Zweck erfüllt und ist dennoch unvollendet geblieben, solange ihr zweiter Teil, nämlich die gesicherte Stabilität unseres Kontinents noch nicht erreicht ist.

Die deutsche Einheit ist ohne die Ostpolitik nicht denkbar. Valentin Falin hat es auf die kürzeste Formel gebracht: Ohne die Entspannungspolitik wäre Gorbatschow nicht Nr. 1 im Kreml geworden, und ohne den wäre es auch nicht gegangen. Wir haben die Einheit, nicht die europäische Sicherheit. Die ungelösten Fragen der europäischen Stabilität liegen noch immer im Osten. Wir brauchen also eine europäische Ostpolitik – wie immer sie genannt wird. Das europäische Haus muß gebaut werden. Die Aufgabe ist geblieben, die sicherheitspolitische Stabilität auf unserem Kontinent zu erreichen, das Unvollendete zu vollenden. Aber darüber reden wir morgen.
Schönen Dank.

PODIUMSDISKUSSION ZUM VORTRAG

Egon Bahr, Peter Bender, Valentin Falin, Gerald Livingston Adam Krzeminski, Lothar de Maizière, Henri Menudier, Hans Voß Moderation: Thomas Meyer

Thomas Meyer

Ich möchte jetzt mit der Podiumsdiskussion über die beiden Vorträge von Peter Bender und Egon Bahr beginnen. Ich möchte Sie zunächst daran erinnern, daß es eine gewisse Arbeitsteilung im Rahmen des Gesamtprogramms gibt. Wir haben heute zunächst die Deutschland- und Ostpolitik im großen Entwurf präsentiert bekommen – von den Anfängen der Konzeption bis in die Gegenwart hinein – und wir werden in den folgenden Vorträgen und Diskussionsrunden Schwerpunkte bilden, um einzelne Fragen vertieft und konkret behandeln zu können. Jetzt geht es also um die gesamte Konzeption und ihre Realisierung; am Ende soll es dann darum gehen, in welcher Weise eine Fortsetzung der Ost- und Entspannungspolitik für die Entwicklung eines stabilen Europas von Bedeutung sein kann. Die Linien sollen in die Zukunft gezogen werden.

Wir haben zwei sehr eindrucksvolle, informations- und reflexionsreiche Vorträge gehört und Bilddokumente gesehen, die vielen von uns, die die Ereignisse bewußt erlebt haben, unter die Haut gegangen sind und uns auch zugleich noch einmal daran erinnert haben, daß es eine ganz andere Zeit war, als das Ganze begann. Der Veranstalter hat am Anfang in seiner Begrüßung gesagt, daß es zwei Anlässe für eine solche Tagung gibt: Zum einen ist die Ost- und Deutschlandpolitik bei einem Teil der Menschen in Vergessenheit geraten, ist nicht mehr bekannt, welche Situation sie vorfand, wie sie verlief und zu welchen Ergebnissen sie führte. Zum anderen wurde sie bewußt und gezielt, mit politischer Absicht instrumentalisiert; der Konsens, der lange Zeit über sie bestand, wurde in Frage gestellt und zerbrochen, um einen bestimmten tagespolitischen Nutzen in der gegenwärtigen Auseinandersetzung zu erreichen.

Deswegen sollte diese Runde im wesentlichen folgenden Fragen gewidmet sein: Was waren die Konzeptionen? Was sind die Ergebnisse? Wir wollen Kommentare dazu aus verschiedener Sicht und unterschiedlicher Perspektive hören. Wir wollen gewissermaßen eine Evaluierung vornehmen; im Mittelpunkt soll stehen, ob die Urteile, die wir bisher gehört haben, in den Augen der anderen, die an dieser Podiumsdiskussion teilnehmen, Bestand haben.

Ich möchte, bevor ich die einzelnen Podiumsteilnehmer vorstelle und ihnen dann das Wort gebe, eine kleine Betrachtung voranstellen. Es entsteht doch eine eigenartige Spannung, wenn man ein Buch eines kundigen Analytikers wie Timothy Garton Ash liest, der sagt: Die Ost- und Deutschlandpolitik war eigentlich die Quadratur mehrerer Kreise. Sie versuchte so viel Unterschiedliches zusammenzubringen, zu verbinden und zu versöhnen, daß im Grunde die Aufgabe der Quadratur nicht nur eines, sondern mehrerer Kreise glich – Vertrauen im Osten neu gewinnen, ohne Vertrauen im Westen zu verlieren; den Status quo anerkennen, um ihn zu verändern; Stabilität akzeptieren und fördern, um Liberalisierung möglich zu machen. Und doch war das Urteil der beiden Referenten sehr eindeutig: Die Ost- und Deutschlandpolitik war ein Erfolg. Eine Quadratur des Kreises, die gleichwohl gelungen zu sein scheint. Jedenfalls denke ich, daß das noch eine ganze Reihe von Fragen aufwirft.

Ich möchte Ihnen zunächst sehr kurz die Teilnehmer dieser Podiumsdiskussion vorstellen. Von mir aus gesehen ganz links außen sitzt Herr Dr. Hans Voß, der 1964 bis 1970 Leiter der Abteilung Westdeutschland im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und anschließend Botschafter seines Landes in mehreren Staaten war. Neben ihm hat der Ihnen in seiner Funktion als Vorsitzender der Ost-CDU (ab Herbst 1989) und letzter Ministerpräsident der DDR bekannte Lothar de Maizière Platz genommen. Daneben auf dem Podium Dr. Peter Bender, der sich vorhin durch sein Referat Ihnen vorgestellt hat; er ist ein Publizist, der, wie die meisten von Ihnen wissen, die Ostpolitik während der gesamten Zeit publizistisch vorbereitet, begleitet, erleichtert hat. Es folgt Herr Henri Menudier aus Paris, Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Deutschland- und Europapolitik, der ebenfalls als Kommentator der Ost- und Deutschlandpolitik in den deutschen Medien hervorgetreten ist. Rechts außen: Adam Krzeminski, Redakteur und Leitartikler der polnischen Wochenzeitschrift „Polityka", der gleichfalls durch seine zahlreichen Artikel und Essays über die Bundesrepublik bekannt wurde. Neben unserem polnischen Gast sitzt Herr Dr. Gerald Livingston, von 1964 bis 1968 US-Diplomat in Berlin, von 1968 bis 1971 Leiter der politischen Sektion der US-Botschaft in Bonn und danach in verschiedenen anderen Funktionen ein Akteur dieser Epoche. Gerald Livingston folgt auf dem Podium Egon Bahr, den ich nicht zusätzlich vorstellen muß. Die Runde wird vervollständigt durch Dr. Valentin Falin, der drei Jahrzehnte lang die sowjetische Außenpolitik mit geprägt hat – 1968/69 Mitgestalter der sowjetischen Deutschlandpolitik, danach 1971 bis 1978 Botschafter in Bonn, Berater Gorbatschows und seit einigen Jahren wissenschaftliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Livingston, ich möchte mit einer Frage an Sie beginnen: Wir haben gehört, daß die deutsche Ostpolitik im Laufe der 60er Jahre von einem Nachzügler der westlichen Entspannungspolitik zu einem ihrer Vorreiter wurde; und wir haben die These von Egon Bahr gehört, daß die hauptsächliche Lehre, die wir aus der Ost- und Deutschlandpolitik ziehen können, darin besteht, daß es eine Politik erfolgreicher Tabubrüche war. Wie hat sich das aus der Sicht der USA ausgenommen?

Gerald Livingston

Ich möchte in meiner Antwort auf Ihre Frage vier ganz kurze Überlegungen darlegen und dann eine abschließende Bemerkung machen.

Erstens würde ich behaupten, daß der Anstoß zur Ostpolitik aus Washington gekommen ist, und zwar in Form eines Briefes, den Egon Bahr in seinem Referat kurz erwähnte. Es war ein vertraulicher Brief mit dem Datum 18. August 1961, ein Schreiben von John Kennedy an den Regierenden Bürgermeister von Berlin. In diesem Brief hat John F. Kennedy die Deutschen, vor allem die Berliner, ermuntert, Politik auf Basis der Anerkennung des Status quo zu machen, und er hat auch die Deutschen und Berliner ermuntert, eigene Initiativen zu entwickeln. Also schon vor der Wahl Kennedys war die amerikanische Regierung mit der Rigidität der Adenauer-Regierung unzufrieden. Man kann aus den Dokumenten jetzt sehen, wie oft sich auch Präsident Eisenhower über die – wie er sich ausdrückte – zunehmende Sturheit des deutschen Bundeskanzlers beschwerte.

Gerald Livingston

Zweitens: Ohne Rückendeckung der USA, ganz egal, wer Nachzügler und Vorreiter war, wäre die Ostpolitik nicht möglich, auf keinen Fall erfolgreich gewesen. Kennedy und nach ihm Johnson haben die Ostpolitik als Anpassung an die Strategie des Friedens verstanden, wie sie John F. Kennedy dann in seiner öffentlichen Rede an der Freien Universität Berlin formulierte. An der Universität hob er zwei Punkte klar hervor: Anerkennung des Status quo und eigene Initiative der Deutschen. Und nach anfänglichem Argwohn – das ist vielleicht das Wort für „suspicion" – seitens Henry Kissingers und Richard Nixons, ich werde noch ein Wort darüber sagen, hat natürlich das Junktim, von dem Egon Bahr in seinem Referat sprach, zwischen den Berliner Verhandlungen, an denen Botschafter Falin maßgeblich beteiligt war, und den Verträgen der Ostpolitik dafür gesorgt, daß die amerikanische Entspannungspolitik und die deutsche Ostpolitik auf einem Gleis waren.

Drittens: Die Synchronisierung der deutschen Ostpolitik und der amerikanischen Politik war natürlich nicht immer möglich, weil die Amerikaner auf sowjetische Vorstöße außerhalb Europas immer wieder reagieren mußten. Ich denke hier natürlich an zwei Ereignisse: an die Kuba-Raketen-Krise 1962 – die sehr eng, wie die Dokumente bezeugen, mit Berlin verbunden war – und an Afghanistan 1979. An jedem Tag, an dem das exekutive Komitee im Oktober 1962 getagt hat, war manchmal öfter über Berlin als über Kuba die Rede. Man rätselte um die Motive Chruschtschows, man ist immer wieder auf den Punkt zurückgekommen, er will die Amerikaner aus Berlin vertreiben. Natürlich war auch Afghanistan ein Ereignis, worauf die Carter-Regierung reagierte, ein Grund, warum die nahtlose Synchronisierung der amerikanischen Entspannungspolitik und der deutschen Ostpolitik nicht immer möglich war. Aber, und das hat Egon Bahr ganz deutlich in seinem Referat zum Ausdruck gebracht, eine grundlegende Synchronisierung war immer dadurch möglich, weil die Ostpolitik in Abrüstungs- und Sicherheitspolitik eingebettet war, für die die Amerikaner sich natürlich verantwortlich fühlten.

Viertens: Man darf keinesfalls übersehen, daß die ganze Zeit, deutlich in den ersten Jahren der Nixon-Kissinger-Regierung, also 1969 und 1970, Washington die Ostpolitik argwöhnisch und mit Skepsis begleitete. Ich glaube, Kissinger fürchtete, daß die Ostpolitik nicht den Osten destabilisieren würde, sondern die Bundesrepublik. Seine Haltung

entstand, weil er wie alle Regierungen vor 1961 und unmittelbar danach hauptsächlich auf die Worte der CDU/CSU-Politiker hörte. Vor allem im Herbst 1970, durch den Besuch von Rainer Barzel in Amerika, der mit der alten Garde der Ostküsten-Elite sprach, überschätzte er den Widerstand gegen die Ostpolitik und meinte, daß sie die Bundesrepublik destabilisieren und eventuell spalten würde. Natürlich war da auch eine gewisse Rapallo-Furcht, eine Sorge über die Annäherung von Deutschland und der Sowjetunion. Diese Befürchtung war nicht nur im Hinterkopf, sondern in den Gedanken der amerikanischen politischen Führung deutlich präsent; vor allem fürchtete man, daß die militärische Macht der Amerikaner in Europa stark reduziert werden könnte, daß die Eigeninitiative der Deutschen und der sozialliberalen Koalition die überragende Entspannungs- und Abrüstungspolitik der amerikanischen Regierung vereiteln oder unterminieren könnten. – All diese Überlegungen spielten natürlich am Beginn der Ost- und Deutschlandpolitik eine größere Rolle als zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich möchte eine Schlußbemerkung machen: In dieser ganzen Diskussion muß man das wirtschaftliche Element und die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik unbedingt in Betracht ziehen und ihr besonderes Gewicht verleihen. Peter Bender hat das gestreift, Egon Bahr hat es ganz kurz erwähnt, als er von einem Kredit der bayerischen Regierung sprach. Ich glaube, in der ganzen Ostpolitik bis zum Einigungsjahr hat die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik immer wieder eine herausragende Rolle gespielt, eine Rolle, die in Amerika unterschätzt worden ist.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Herr Falin, diese These von der entscheidenden Rolle der wirtschaftlichen Stärke, welche Herr Livingston vertreten hat, die spielt sicherlich eine große Rolle bei der Akzeptanz der Wiedervereinigung durch die Sowjetunion. Ich möchte aber zunächst das Folgende fragen: Es ist vorhin von Egon Bahr der Gedanke formuliert worden, daß die gemeinsamen Interessen nur durch Vertrauen genutzt werden und zur Grundlage einer gemeinsamen Politik gemacht werden konnten; ein Vertrauen, das sich die Bundesrepublik durch ihre Politik neu geschaffen hatte. Wodurch ist dieses Vertrauen in den Augen der sowjetischen Politiker entstanden? Durch die Konzepte? Durch die handelnden Personen? Durch die Realitäten in der sich entwickelnden Bundesrepublik? Was hat diesen Prozeß der Vertrauensbildung, aus Ihrer Sicht, maßgeblich ermöglicht?

Valentin Falin

Zuerst eine Bemerkung zu dem, was eben mein amerikanischer Kollege gesagt hat. Kennedy versuchte im August 1961 Berlin-West zu motivieren, sich mit dem Status quo abzufinden und eigene Initiative zu entwickeln. Aber es gab auch den Oktober 1961. In diesem Oktober waren wir und die Amerikaner, mit uns die ganze Welt, einer Katastrophe näher als wahrscheinlich in allen anderen Tagen des Kalten Krieges – 200 Meter entfernten uns von einem Zusammenstoß, der zu einem Ende des Friedens in Europa und der Welt hätte führen können. Das war geschehen, nachdem unsere Regierung unter Chruschtschow Informationen bekommen hatte, die Amerikaner planten eine militärische Aktion gegen die Grenzeinrichtungen in Berlin, sie wollten sie umkippen. In meiner Anwesenheit hat Chruschtschow den Befehl erteilt, daß bei amerikanischen Übergriffen unsere Panzer, mit allen Konsequenzen, die daraus folgen, scharf schießen müssen. Dieser Befehl hatte eine grausame Perspektive eröffnet; hätten die Amerikaner, ebenso wie die sowjetische Seite, nicht Vernunft gezeigt, so würden Sie hier aller Wahrscheinlichkeit nach nicht sitzen können.

Es gab in der Entwicklung amerikanischer wie auch russischer Politik, von deutscher nicht zu sprechen, verschiedene Auf und Ab. Daß dürfen wir nicht vergessen, weil diese Lehre aus dem Jahre 1961 wesentlich mitgeholfen hat, später die Kuba-Krise friedlich zu lösen. Die Ereignisse dieses Jahres hatten gezeigt, wie man sich bei solchen verhängnisvollen Konfrontationen vernünftig auseinanderzieht und dann die Lösung findet, die beiden Seiten mehr oder weniger Zufriedenheit bringt.

Jetzt zum Problem des Vertrauens. Sehen Sie, die Situation Ende der 60er Jahre – den Amerikanern wie auch uns war klar, wir sind in einer Sackgasse, wir sind überrüstet. Wir zwei Nationen waren imstande, die ganze Welt etwa 40- bis 50mal total zu zerstören – wozu? Reichte nicht die Zerstörungskraft ein oder zwei Mal, um das biologische Leben auszulöschen? Die Frage war gestellt, für die Amerikaner wie auch für uns – wie weiter? Dann gab es den Prager Frühling. Nach diesem Prager Frühling war alles zunichte gemacht, was an Brückenbau zwischen Ost und West bisher versucht wurde. Und man suchte nun fieberhaft nach Möglichkeiten, wo neue Ersatzbrücken gebaut werden konnten. Die Frage in unserer internen Diskussion war: Mit wem sollen wir beginnen – mit den Franzosen? Wir sprachen immer wieder über besondere privilegierte Beziehungen mit Frankreich. Aber es war klar, wenigstens haben wir es versucht, Breschnew und den anderen im Politbüro klarzumachen, ohne die Normalisierung unserer Beziehungen zu Deutschland wird es keine Wende zum Besseren in der europäischen Politik geben.

Damals wurde ich Leiter der Deutschen Abteilung im Außenministerium und versuchte, Analysen für unsere politische Führung vorzubereiten, in denen ich zeigte, daß es unvernünftig für die sowjetische Seite, kontraproduktiv für uns ist, die Politik der Zuspitzung fortzusetzen. Jede polemische Äußerung vom damaligen Bundeskanzler Kiesinger oder von den Vertriebenenverbänden war auf entsprechende Weise von der sowjetischen Seite beantwortet worden – wozu? Wir haben manchen Wink, Schritte, Ideen und Überlegungen, die die Große Koalition, vor allem aus dem Munde von Willy Brandt als Außenminister, uns nahezubringen versuchte, nicht zur Kenntnis genommen; es wurde alles ignoriert. Mein erster Vorschlag war: Wollen wir unsere Ohren öffnen? Wollen wir versuchen, mit neuen Augen zu sehen, was möglich ist? Gibt es Angebote? Es hängt von uns ab, ob wir nach vorne gehen oder auf der Stelle treten.

Dann haben wir eine Analyse gefertigt, aus der hervorging, daß es eine Möglichkeit gibt, die Kräfte in Bonn in den Hintergrund zu drängen, die auf eine Politik der Stärke und Gewalt setzen. Es gibt vernünftige Köpfe in Bonn, die zwar eigene Ziele verfolgen, eigene Interessen vertreten und verteidigen, die aber unseren Interessen, strategischen Interessen, langfristigen Interessen, vitalen Interessen, nicht widersprechen. Wollen wir versuchen, mit denen in Dialog zu treten? Wollen wir eine Situation schaffen, daß bei den nächsten Wahlen diese vernünftigeren Kräfte an die Macht kommen, damit ein Dialog möglich wird? Es war eine historische Konstellation entstanden: Breschnew auf unserer Seite – er war offen für manche Ideen, obwohl das nicht immer nach außen und für alle klar und zu nutzen war – war es gelungen, auch Gromyko zu überreden und eine Wende in unserer westlichen Politik herbeizuführen. Es gab, wie gesagt, manche Person in Deutschland, die zum Dialog und zu Verhandlungen statt Notenwechsel bereit war. Das war als ein Vorschlag unserer Seite in New York beim Treffen mit Außenminister Brandt formuliert worden. In diesem Dialog wollten wir klären, was politisch geht und was nicht geht, was heute möglich ist und was in einigen Jahren. Mit diesen Überlegungen und Schritten stifteten wir die Voraussetzungen für Vertrauen in die Bundesrepublik im Inneren unseres Landes und bei unserer Spitze. Aus dieser Bereitschaft zum offenen Gespräch

entstand später eine kooperative Bereitschaft auf westlicher Seite zu einem Dialog, der produktiv war, obwohl gar nicht einfach, in mancher Hinsicht sehr, sehr kompliziert, weil wir es nicht nur mit der Bundesrepublik zu tun hatten, sondern auch mit Amerikanern, die am Anfang sehr gegen die Abwechslung einer traditionellen CDU-Koalition durch eine neue, sozialliberale Koalition waren. Die Amerikaner begrüßten diese Abwechslung nicht, sagen wir es besser so.

Ich möchte nicht die Rolle von Personen überschätzen, dennoch sage ich, alles, was auf dieser Erde politisch geschieht, schaffen die konkreten Personen. Wenn solche vorhanden sind, dann ist etwas möglich, in diesem Fall: Ostpolitik für Deutschland, Westpolitik für die Sowjetunion, der Moskau-Vertrag und die Schlußakte von Helsinki – Entspannungspolitik

Die letzte Bemerkung, wiederum zu dem, was mein amerikanischer Kollege gesagt hat. Die Amerikaner reagierten auf sowjetische Vorstöße, Kuba und Afghanistan nannte er. Wir leben jetzt aber in einer neuen Zeit, wir brauchen alte Stereotypen nicht zu wiederholen. Ich möchte einen Spruch Salomos zitieren: „Wiegen wir alles mit gleichem Gewicht, messen wir alles mit gleichem Maß, sonst zweierlei Maß, zweierlei Gewicht. Beide sind dem Herrn ein Greuel."

Thomas Meyer

Vielen Dank, Herr Falin. Wir haben mehrfach gehört, daß die Kunst der Ostpolitik, der Entspannungspolitik und der Ostpolitiker eben darin bestand, Vertrauen im Osten neu zu schaffen, ohne Vertrauen im Westen zu verspielen. Egon Bahr sagte vorhin, daß Willy Brandts Geste in Erfurt, als er dort die Deutschen, die ihm zujubelten, beruhigte, viele unter unseren Nachbarn und anderswo beunruhigt hat. – Herr Menudier, gehörten Sie in Frankreich zu jenen Kräften, Politikern und Beobachtern, die beunruhigt waren, oder hatten Sie die ganze Zeit das Gefühl, daß von deutscher Seite eine Politik im Interesse Europas geführt wird?

Henri Menudier

Es ist klar, daß die Ostpolitik von Egon Bahr und Willy Brandt mit großem Interesse, aber auch mit einem bestimmtem Mißtrauen, in Frankreich verfolgt wurde, weil durch sie bisherige Denkschemata und Gewohnheiten in Frage gestellt wurden. Und das Interesse erklärt sich auch daraus, daß unsere Deutschlandpolitik immer relativ zweideutig war. Einerseits war sie von der Furcht geprägt, daß Deutschland zu stark wird. – Wenn es stark ist, ist es gefährlich für unsere Sicherheit, das haben wir dreimal in kurzer Zeit erlebt: 1870/71, Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, drei große Auseinandersetzungen in etwa 70 Jahren, wobei die Franzosen gerne das Thema Ludwig XIV. oder Napoleon verdrängen. Also, das Mißtrauen war da, doch Frankreich hat seine Position zu Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verändern müssen, obwohl am Anfang der Grundsatz war, damals von

Henri Menudier

de Gaulle ausgegeben, es darf keine deutsche Einheit mehr geben, weil ein vereintes Deutschland für Frankreich zu gefährlich ist.

Wir haben diese negative Position ändern müssen, erstens auf Druck der Amerikaner – keine amerikanische Hilfe im Zuge des Marshallplans, wenn wir keine positive Deutschlandpolitik betreiben – und zweitens, weil es doch auch Franzosen gegeben hat, die verstanden, daß man mit Deutschland eine andere Politik machen muß, da wir sonst in die Isolierung kommen. Und das erklärt die wesentlichen Zusammenhänge, das ist die Triebkraft der Europapolitik Frankreichs und der Zusammenarbeit mit Deutschland, von Robert Schumann bis heute.

Als die Ostpolitik begann, war man natürlich sehr an ihr interessiert, aber man war natürlich auch mißtrauisch. Warum mißtrauisch? Ende der 60er Jahre, besonders nach 1968, war es klar, daß die Bundesrepublik Deutschland zu einer wichtigen Wirtschaftsmacht in Europa und in der Welt werden würde. Es gab immer die große Befürchtung in Frankreich, daß es zu einem Geheimabkommen zwischen Bonn und Moskau kommen könnte, um die deutsche Einheit bei gleichzeitiger Neutralisierung zu erreichen. Trotzdem wurde diese Ostpolitik von Frankreich mitgetragen, und de Gaulle selber hat sich dafür sehr interessiert. Ich bin der Meinung, daß de Gaulle der einzige Staatsmann und der einzige Politiker in Frankreich gewesen ist, der wirklich über das deutsche Problem nachgedacht hat, denn er wollte aus dieser Ost-West-Teilung heraus. Er wußte, das konnte er nicht alleine erreichen. Er brauchte dafür unbedingt die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, und er hoffte, dadurch zu einer neuen Bewegung der Politik in Europa zu kommen.

Willy Brandt war ihm sehr sympathisch, weil er aus dem Widerstand, aus dem Exil kam, nicht mit den Machthabern im Dritten Reich paktiert hatte. Brandt kam de Gaulle als ein undoktrinärer Sozialdemokrat entgegen, er war kein doktrinärer Sozialist, er war jemand, mit dem man reden konnte. Was de Gaulle auch gefiel, war, daß Willy Brandt eine bestimmte Vision der europäischen Beziehungen hatte, was man heute bei vielen Politikern nicht mehr findet. Und da de Gaulle das Ost-West-Verhältnis ändern wollte, war für ihn Brandt ein sehr wichtiger Partner. Das sind die Gründe, warum de Gaulle die Ostpolitik von Willy Brandt sehr gern gesehen hat.

Der Nachfolger von de Gaulle als Staatspräsident, George Pompidou, hatte eine andere Haltung. Er war viel mißtrauischer als de Gaulle, er kannte auch Deutschland viel weniger – aber trotzdem hat er die Ostpolitik mitgetragen. Es war natürlich die große Klugheit von Bahr und von Brandt, daß es auch Verhandlungen über Berlin gab. Und durch die Verhandlungen über das Vier-Mächte-Abkommen war Frankreich indirekt an den ganzen Verhandlungen der Ostpolitik beteiligt. Deswegen hat Pompidou diese Politik mitgetragen, wobei bei ihm das Mißtrauen, nach dem Sie gefragt haben, sehr groß war. Ich brauche nur an die französischen Reaktionen nach dem Treffen von Oreanda zu erinnern, welches heute bereits erwähnt wurde.

Nach Pompidou kam Giscard d'Estaing. Er hat sich mit Deutschland, mit deutschen Problemen, nie ernsthaft auseinandergesetzt. Für ihn war Deutschland die Bundesrepublik Deutschland. Das Thema deutsche Einheit tauchte genaugenommen bei ihm gar nicht auf.

Ein Wort zu meiner eigenen Haltung zur Ostpolitik: Ich habe sie immer als eine der größten politischen und diplomatischen Leistungen der Nachkriegszeit betrachtet. Es gibt einen Punkt, den wir bis heute gar nicht erwähnt haben. Ich meine, wir konzentrieren uns auf die Ostpolitik, in der Zeit der SPD/FDP-Koalition, der Brandt-Regierung, wurden jedoch auch wesentliche Anstöße für den Aufbau von Westeuropa gegeben, für die westeuropäische Integration. Durch

den Gipfel von Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969 haben sich die Perspektiven für die Erweiterung der Europäischen Union konkretisiert. Damals wurde beschlossen, eine Europäische Union einzuführen, das heißt für die westeuropäische Integration wurden auch durch Willy Brandt sehr wichtige Anstöße gegeben.

Was ich also an der Ostpolitik, an der gesamten Architektur wirklich großartig finde, ist, daß es Verhandlungen auf verschiedenen Gebieten waren: die direkten Verhandlungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, mit Polen und der Tschechoslowakei – jenen drei Staaten, mit denen Deutschland am schlimmsten im Zweiten Weltkrieg umgegangen war; dann die zentrale Bedeutung von Berlin und das Vier-Mächte-Abkommen, womit die Alliierten eingebunden waren; schließlich die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, besonders der Grundlagenvertrag. Und ich muß sagen, daß der „Brief zur deutschen Einheit" wirklich eine Meisterleistung war, man darf dies nie vergessen. Darüber hinaus die Abrüstungsdiskussionen und Abrüstungsverhandlungen sowie die Schlußakte von Helsinki, welche einen sehr großen Beitrag zu Veränderungen in Europa geleistet hat.

Wenn man heute mit Distanz urteilt, kann man sagen, daß es wirklich eine überragende Leistung war, eine enorme Herausforderung für die Westeuropäer, denn sie mußten etwas Neues machen. Letzten Endes würde ich sagen, die Ostpolitik hat viele wichtige Ergebnisse gebracht: erstens die Anerkennung der territorialen Gegebenheiten in Europa und besonders die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie – ich habe nie verstanden, warum Helmut Kohl in seinen zehn Punkten im Jahre 1989 dieses Thema nicht richtig angesprochen hat, weil die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie schon unter Willy Brandt stattgefunden hatte; zweitens die Gewaltverzichtserklärungen; drittens die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Ost und West, zwischen der Bundesrepublik und der DDR; und viertens die Offenhaltung der deutschen Frage. Natürlich haben damals wenige Leute daran gedacht, daß die Ostpolitik die deutsche Einheit eines Tages vorbereiten würde, aber sie hat diese deutsche Einheit ermöglicht, ohne Ostpolitik hätte es keine deutsche Wiedervereinigung gegeben.

Wir Franzosen haben vielleicht Angst gespürt, weil wir ahnten und wußten, daß es zu großen politischen Veränderungen kommt. Aber diese Angst wurde letzten Endes abgebaut, und das ist für mich auch – und damit werde ich schließen – eines der großen Ergebnisse der Ostpolitik. Die Nachbarn Deutschlands haben so diese Ostpolitik mitgetragen, was in seiner Bedeutung kaum zu unterschätzen ist. Egon Bahr hat erklärt, wie die Politik gemacht wurde. Er hat nicht nur für Deutschland gearbeitet, für die Lösung des deutschen Problems, sondern auch für die Europäer, die Westmächte – eine sehr große Leistung.

Thomas Meyer

Vielen Dank, Herr Menudier. Herr Krzeminski, Ihr Vorredner hat gesagt, daß diese Ostpolitik eine der größten politischen und diplomatischen Leistungen in der Nachkriegsgeschichte gewesen ist; er hat gesagt, die Nachbarn Deutschlands haben diese Politik mitgetragen. Gab es nach Ihrer Wahrnehmung in Polen immer das Gefühl, daß durch diese Ostpolitik Löcher in die Mauer geschlagen werden? Oder hatten Sie zeitweilig auch das Gefühl, daß Zement auf diese Mauer gelegt wird?

Adam Krzeminski

Erstens muß man die polnische Perspektive kurz skizzieren, sie ist natürlich anders, als die der beiden halbeuropäischen Supermächte, auch anders als, die des Intim- und Erbfeindes Frankreich, der jahrhundertelang ein ebenbürtiger Nachbar war. Polen

Adam Krzeminski

ist ein Nachbar, der im deutschen Bewußtsein 100 Jahre lang nicht existierte. Die Logik der Polen ist deshalb im 20. Jahrhundert, im deutschen politischen Bewußtsein diese Nachbarschaft in den Köpfen zu erzwingen. Es fing 1918 mit dem Wiederentstehen des polnischen Staates an; damals gab es in Deutschland dafür kein Einverständnis. Es gab auch nach dem Ersten Weltkrieg das Bewußtsein, daß etwas irreversibles geschehen ist; dieses Polen ist da, aber die gezogene Grenze kann man nicht anerkennen. Die Anerkennung der Grenze war dann auch in den folgenden Jahrzehnten ein Problem. So hatte die Ostpolitik Willy Brandts auch vier Stufen: Entdeckung des unmittelbaren Nachbarn, seine stufenweise Anerkennung, die Versöhnung und spätere Formulierung einer Partnerschaft.

Polen war 300 Jahre zwischen Deutschland – oder Preußen – und Rußland eingeklemmt und Objekt einer negativen Polenpolitik, die mal schwächer, mal stärker war, die zur Teilungen führte und sogar zur Komplizenschaft mit Hitler. Und letztendlich in den Momenten einer deutsch-russischen Feindschaft hatte Polen immer wieder kurze Phasen einer kleinen Chance. Die Chance ist zu einem Dasein in Europa infolge des Zweiten Weltkriegs geworden, aber auf Kosten einer russischen bzw. sowjetischen Hegemonie über Polen. Der Komplize von 1939, der vierten oder fünften Teilung Polens, wurde zum Garanten einer neuen Grenze im Westen. Und die polnische Logik, egal ob der kommunistischen Regierung, der politisch denkenden Intellektuellen oder der Politiker des katholischen Lager, war existentiell.

Wie weiter mit Deutschland? Ist Deutschland der Hauptfeind infolge dieser Westverschiebung Polens? Polen muß sich dann an Rußland anlehnen, wie das die Nationaldemokraten vor dem Ersten Weltkrieg oder in den 20er Jahren formulierten. Ist Deutschland eine Chance der Zukunft, um sich diesem russischen Zugriff zu entziehen und als Nachbar der Deutschen, der deutschen Politik anerkannt zu werden?

Die Anerkennung fand durch die Politik Brandts statt. Die Partnerschaft hat man partiell anerkannt; zum Teil wurde sie in der Partei als nicht möglich anerkannt, das heißt, man akzeptierte, über Moskau bestimmte Zugeständnisse zu bekommen. Die Tatsache, daß man zuerst in Moskau die Ostverträge aushandelte, bestätigte die Zustände und die Hackordnung des Warschauer Paktes. Diese Vorgehen entsprach der damaligen politischen Logik.

Die grundsätzliche Frage ist: Wollte man mit der positiven Aufnahme der Ostpolitik Willy Brandts die Spaltung Deutschlands zementieren, oder wollte man die Mauer passierbar machen? Es war beides. In Polen hat man die Spaltung Deutschlands nie als etwas Endgültiges angesehen. Das hat selbst Gomulka nicht getan. Man hatte das als eine Faustregel der damaligen polnischen Politik gesehen, diese Spaltung zu stützen und festzumauern. Dennoch glaubte man nicht, daß es wirklich dauerhaft möglich ist, denn man hatte Erfahrungen mit

der Teilung Polens im 19. Jahrhundert, und man hatte auch Erfahrungen mit der nationalen Frage in Ostmitteleuropa. Das ist ein Thema, worüber wir morgen diskutieren können: Inwiefern wurde die nationale Frage Deutschlands in Ostmitteleuropa und in der Sowjetunion bzw. in Rußland überhaupt wahrgenommen, analysiert. Aber das ist nur eine Randbemerkung.

Also, die Spaltung Deutschlands, die Existenz beider deutscher Staaten, der DDR und der Bundesrepublik, sollte solange gestützt werden, wie es ging, aber man war sich in Polen immer klar darüber, daß sie nie ewig sein würde. Die Polen sind in ihrer politischen Erfahrung daran gewöhnt, daß sich in Europa von Donnerstag auf Freitag – August 1939 – die europäische Lage ändern kann, darauf wollte man sich einstellen.

Die Fähigkeit, vorauszudenken und Gegenmodelle zu entwickeln, sich auf verschiedene politische Varianten vorzubereiten, war in Polen in den 70er Jahren und 80ern viel stärker ausgeprägt als in der DDR und auch der Bundesrepublik. Das heißt, die Fähigkeit, alternative Modelle zu diskutieren, war in Polen immer vorhanden.

Thomas Meyer

Herr Voß, wir haben in der Mitte der 60er Jahre aus der DDR das vorhin zitierte Wort gehört, daß die neue Deutschland- und Ostpolitik, wie sie damals von der SPD vorbereitet wurde, eine Aggression auf Filzlatschen sei. Im Verlaufe der Entwicklung hat die SED ihre Position in diesen Fragen erheblich revidiert und weiterentwickelt. In welchem Maße war eigentlich in der SED das Bewußtsein gegenwärtig, daß diese Dialektik von Stabilisierung und Liberalisierung existiert, daß also im Inneren ein Liberalisierungsprozeß wahrscheinlicher wird, wenn die Stabilität des Staates von außen nicht mehr in Frage gestellt ist? Wie hat man geglaubt, langfristig mit dieser Dialektik umgehen und fertigwerden zu können?

Hans Voß

Meine Damen und Herren, es war mein damaliger Chef, Außenminister Winzer, der den Begriff von der Konterrevolution auf Filzlatschen prägte, und das war eine Meinung, die über einen längeren Zeitraum in der Führung der DDR fest verwurzelt war. Die Tatsache, daß die Politik des Wandels durch Annäherung die DDR-Führung vor schwierige Entscheidungen stellte, die diese in der Tat zögernd traf, ist heute Allgemeingut, aber eigentlich handelt es sich doch um einen normalen Vorgang. Die neue Lage erforderte nun einmal eine grundlegende Neubestimmung der eigenen Politik, und das ging naturgemäß nicht ohne Reibungen ab. Bis dahin waren die Fronten klar gezogen, alle Bundesregierungen sprachen der DDR die Staatsqualität ab, verweigerten ihr die gleichberechtigte Behandlung und organisierten eine internationale Blockade gegen sie. Nunmehr zeigte sich die Regierung unter Willy Brandt bereit, die DDR als zweiten Staat in Deuschland und, wie Willy Brandt immer wieder betonte, nicht als Ausland anzuerkennen und ihr den Weg aus der inter-

Hans Voß

nationalen Isolierung zu ermöglichen. Angesichts der Bedeutung jedweder Entscheidung gab es innerhalb der DDR-Führung und zwischen den Spitzen der DDR und der UdSSR verständlicherweise intensive und teils kontroverse Aussprachen. Sollte man an der bisherigen Maximalposition festhalten, an der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung, völlig gleich den Beziehungen mit allen anderen Staaten? Wofür zum Beispiel Erich Honecker und Paul Verner eintraten, in der Hoffnung, diese letztlich doch noch durchsetzen zu können. War man so weit gekommen, könnte man auch noch weiter gelangen. Oder sollte man auf das Angebot Willy Brandts eingehen – wofür sich die sowjetische Seite stark machte und wofür sich schließlich auch Walter Ulbricht und Willi Stoph aussprachen, ein beschränktes Verhandlungsergebnis als eine Zwischenetappe betrachtend. Als sofortiges Ergebnis lockte die Öffnung der internationalen Arena für die DDR.

Der Grundlagenvertrag ist eine Widerspiegelung der zweiten Option. Die Bundesrepublik anerkannte die Staatlichkeit der DDR und vereinbarte mit ihr, gleichberechtigte Beziehungen auf der Grundlage völkerrechtlicher Prinzipien aufzunehmen. Die internationale Blockade gegen die DDR wurde aufgehoben, die DDR verhinderte, daß die Teilfragen der Zusammenarbeit, auch solche, die menschliche Erleichterungen zur Folge haben könnten, im Grundlagenvertrag im Detail geregelt wurden. Das wurde späteren Verhandlungen überlassen, lag somit weiterhin im Ermessen der DDR-Führung. Andererseits mußte die DDR zur Kenntnis nehmen, daß die bundesdeutsche Seite eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht vornahm, den Sondercharakter der deutsch-deutschen Beziehungen festschreiben ließ und das auch durch praktische Schritte untermauerte. Ich sage als Stichwort hier nur: Staatsbürgerschaft. Die Erklärung der Bundesregierung, am Ziel der deutschen Einheit festzuhalten, wurde widerspruchslos entgegengenommen. Aber ich sage auch, in Ostberlin vertraute man auf die normative Kraft des Faktischen, darauf, daß über kurz oder lang an die Stelle des Besonderen das allgemein Übliche treten würde. Alles in allem betrachtete die DDR-Führung den Grundlagenvertrag als einen tragfähigen Kompromiß, der ihr die Möglichkeit beließ, die eigenen politischen Vorstellungen weiter zu verfolgen. Sie fühlte sich keineswegs als unterlegen. Sie war überzeugt, den eigenen Besitzstand dauerhaft gesichert zu haben. Die raschen Erfolge bei der Aufwertung der internationalen Position schienen ihr dabei recht zu geben. Und was die Ausgestaltung der praktischen Zusammenarbeit betrifft, war die DDR-Führung sicher, die Steuerungselemente auch weiterhin in der Hand zu haben.

Es versteht sich, daß man in Bonn die Dinge anders sah. Dort war man zuversichtlich, am längeren Hebel zu sitzen und die DDR Schritt für Schritt von ihrer Politik der nationalen Abgrenzung abbringen zu können. Aber ich meine, man muß zugestehen, in welchem Maße die erzielte Übereinkunft zur Festigung oder zur Überwindung des Status quo beitragen würde, war in dieser historischen Periode tatsächlich offen. Die CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag jedenfalls fürchtete, und, wie ich finde, nicht ganz ohne Grund, daß der Vertrag zur Verewigung, zumindest zur Verlängerung der deutschen Spaltung führen könnte. Eine Garantie für die Politik des Wandels durch Annäherung gab es nicht. Die DDR hatte eine beträchtliche Aufwertung ihrer Position erreicht, die Bundesregierung hingegen mußte sich mit einem Wechsel auf die Zukunft begnügen.

Die Geschichte hat gezeigt, ich will darüber jetzt eigens nicht reden, wer tatsächlich am längeren Hebel saß. Die DDR-Führung verspielte das Pfund, das ihr mit dem Grundlagenvertrag in die Hand gegeben war, mit der Verweigerung, der zwischenstaatlichen Normalität auch die Normalität des freien Reiseverkehrs folgen zu lassen. Mit der Reformunfähigkeit und dem Unwillen, Refor-

men einzuleiten, vergrößerte sich die Kluft zwischen Führung und Bevölkerung der DDR stetig. Der Zusammenbruch der DDR erfolgte schließlich schneller, als alle Beteiligten es sich vorstellen konnten. Man kann verstehen, und das sei meine abschließende Bemerkung, daß danach die Politik des Wandels durch Annäherung als Erfolg hingestellt wurde. Die DDR unterlag im Wettbewerb beider Systeme, ihre Existenz wurde ausgelöscht und die staatliche Spaltung Deutschlands überwunden. Wenn das kein Erfolg ist?

Danach halte ich es für angebracht, mit dem Begriff „Erfolg" ein wenig vorsichtiger umzugehen. Das Ziel Willy Brandts war es, die staatliche Trennung Deutschlands zu überwinden und damit allen Deutschen die Chance für ein freies und gleichberechtigtes Miteinander zu verschaffen. Dieses Ziel wurde nur zum Teil erreicht. Die Politik des Wandels durch Annäherung hätte in eine Politik des Ausgleichs, des Respekts und gleicher sozialer Standards münden müssen. Das aber erfolgte nicht. Und so wächst eben keineswegs reibungslos zusammen, was zusammengehört. Die staatliche Einheit ist zwar wiederhergestellt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West jedoch noch nicht in ausreichendem Maße geweckt. Daß dafür die Urheber der Politik des Wandels durch Annäherung die geringste Verantwortung tragen, halte ich für gegeben. Aber für die Bewertung des Ergebnisses ist das letztlich unerheblich. Vielen Dank.

Thomas Meyer

Vielen Dank, Herr Voß. Herr de Maizière, Sie waren ein politischer Bürger in der DDR; Sie waren der Ministerpräsident in der schon demokratisierten DDR; Sie waren einer der wesentlichen Akteure im Prozeß der deutschen Vereinigung; Sie sind CDU-Politiker. Wir haben zwei Thesen im Verlaufe der Vorträge und der Diskussion gehört. Ganz am Anfang wurde gesagt, von Herrn Bender, die Ostpolitik, wie sie im wesentlichen von der SPD initiiert, aber dann auch von CDU-Regierungen fortgesetzt worden ist, ist wieder umstritten. Und wir haben die These gehört, die von denen, die sich hier zu Wort gemeldet haben, bisher im Grunde bestätigt worden ist, diese Ostpolitik war eine wesentliche Voraussetzung der deutschen Einigung. Wie sehen Sie es aus heutiger Sicht?

Lothar de Maizière

Ich darf vielleicht ein paar Dinge vorab sagen: Ich gehöre ja nicht zu den Akteuren dieser Ostpolitik und auch nicht zu denen, die sie professionell zu beurteilen hätten, sondern, wenn Sie so wollen, zu denen, die Herr Bender vorhin jene nannte, welche die Ernte einbringen konnten. Ich will darüber sprechen, wie ich die Entwicklung dieser Ostpolitik auf der anderen Seite erlebte.

1961, Bau der Mauer – dies traf uns wie ein Schock, uns Ostberliner. Die Ärzte diagnostizierten ein psychosomatisches Syn-

Lothar de Maizière

drom, die sogenannte Mauerkrankheit; Menschen wurden krank, weil sie nicht mehr Familie sein konnten. Und wir erlebten die relativ lendenlahme Reaktion des Westens; es wurde heftig protestiert, aber man hatte relativ schnell den Eindruck, man hat sich abgefunden.

Und den gleichen Schock erlebten wir noch einmal 1968. Wir haben mit einer brennenden Begeisterung verfolgt, was Alexander Dubcek sagte. Ich bin morgens 6.00 Uhr zum Bahnhof Friedrichstraße, zum tschechischen Pavillon, gefahren, um mir die Prager Volkszeitung zu holen, in der Ota Šik seine Gedanken zur Wirtschaftsreform entwickelte. Nach diesem 21. August war wieder eine ähnliche Situation wie 1961.

Dann begann diese Ostpolitik. Ich weiß, daß ich damals zunächst sagte, das ist eine Politik, die den Westberlinern und vielleicht den Westdeutschen Erleichterungen verschafft. Aber meint die uns in der DDR überhaupt noch? Ich weiß, daß ich damals mit meinem Vater, der auch Anwalt war, sprach. Er sagte zu mir: „Nee, guck mal lieber genau hin. Alter Juristenspruch: Der magerste Vergleich ist besser als der fetteste Prozeß. Und im übrigen, mit dem Vergleich kann man besser leben als mit einem Urteil. Weil den Vergleich die Parteien im Wege gegenseitigen Nachgebens schließen, keiner ist richtiger Sieger geworden. Beim Urteil ist immer einer der Unterlegene, und der muß sich danach richten." Ich glaube, daß ich über diese Art, die Dinge zu sehen, eigentlich erst erkannte, was wirklich politisch ablief – für mich war die Ostpolitik nicht Ziel, sondern Weg.

Wandel durch Annäherung war für mich so etwas wie ein positiver Stilgedanke, der der jeweiligen Situation angepaßt, inhaltlich gefüllt werden konnte, sich zu einer Methode entwickelte. Dies ging bis in die Semantik hinein: Es war das Ende der „Sowjetzone" und von „Pankow". Dazu muß man deutlich sagen, wir Ostdeutschen fühlten uns mit diesen Begriffen auch nicht voll angenommen; sie gingen uns eigentlich nichts an, und wir wurden ausnahmslos alle in die gleiche Tüte gesteckt – das ist so ähnlich wie bei den unzutreffenden Vergleichen, die man in jüngster Zeit hört. Ich glaube, daß das eine ganz wesentliche Geschichte war, diese ästhetische Komponente, dieser Stilgedanke und daraus abgeleitet die Plausibilität. Es ist sehr schwer, zu einer Sache, die plausibel ist und ästhetisch vorgetragen wird, nein zu sagen, jedenfalls sehr viel schwerer, nein zu sagen, als zu „Sowjetzone" und „Pankow".

Ich glaube auch, daß in der Art, in der Arbeitsweise, ein wesentlicher Sprung war. Zum Teil noch 1990 habe ich es nacherlebt: es war die staatsrechtliche und nicht die völkerrechtliche Anerkennung, die Vertretungen hießen Ständige Vertretung und nicht Botschaft, man war nicht dem Außenministerium unterstellt, sondern dem Kanzleramt, und ähnliches mehr. Die Angst, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu vollziehen, habe ich noch 1990 erlebt. Ein Beamter des Bundesinnenministeriums fragte mich, als wir den Einigungsvertrag aushandelten, ob dies nun ein staatsrechtlicher Vertrag oder gar ein völkerrechtlicher Vertrag sei; er hatte mächtige Angst, auf den letzten Metern die DDR doch noch völkerrechtlich anzuerkennen. Ich habe ihm damals gesagt: „Wissen Sie, das ist ein Vertrag sui generis." – Damit war er zufrieden.

Ich frage mich manchmal, ob nicht die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages in Moskau letztendlich doch noch die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der DDR gewesen ist. Denn ohne die sechs wäre es eben nicht zu diesem Vertrag gekommen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Situation Polens sagen, denn ich habe, als Herr Krzeminski sprach, ein Kneifen im Herzen gespürt. Wie tief dieses Trauma der Geschichte auch bei den Deutschen saß und sitzt, haben wir 1990 noch erlebt. Walter Romberg, den ich hier im Saal sehe, rufe ich

als Zeugen an. Wir haben in der zweiten Sitzung der frei gewählten Volkskammer gesagt, unsere polnischen Nachbarn sollen wissen, daß sie in sicheren Grenzen leben. Und wir haben gelitten wie die Hunde, weil es so lange gedauert hat, bis es zu dieser gemeinsamen Erklärung beider deutscher Parlamente am 21. Juni 1990 kam, die die polnische Westgrenze als endgültig anerkannte. Ich versichere Ihnen noch einmal, an der Volkskammer hat der späte Zeitpunkt nicht gelegen.

Wichtig ist mir ein weiterer, besonderer Gedanke, der noch nicht angesprochen wurde: Ich glaube, daß Wandel durch Annäherung seine Entsprechung in der Innenpolitik der Evangelischen Kirchen innerhalb der DDR gefunden hat, ohne dabei europäische Politik und Friedensverantwortung provinzialistisch zu verengen. Die selbsternannten Zensoren der ostdeutschen Kirchengeschichte, die Besserwisser oder die „Besierwisser", die glauben, uns das Wort von der Kirche im Sozialismus um die Ohren hauen zu können, haben offensichtlich nicht richtig gelesen. Das Wort von Albrecht Schönherr – auf der Eisenacher Bundessynode von 1971 geprägt – lautete: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus" sein. Dies bedeutete die Absage an eine Ghetto-Existenz und Diaspora-Mentalität; es bedeutete aber auch die Absage an eine dem Anspruch Gottes auf unser ganzes Leben zuwiderlaufende Inanspruchnahme durch das System. Wir wollten nicht neben, nicht gegen, sondern bewußt und reflektierend auf den Ort eingehen, an dem wir lebten; wir formulierten unseren Anspruch, diesen Ort mitzugestalten. Ich glaube, daß dieses Bekenntnis zum Status quo uns unsere grundsätzliche Eigenständigkeit und unsere geistige Unabhängigkeit bewahrt hat, es war ein ganz wichtiger Prozeß.

Nur vor dem eben skizzierten Hintergrund konnten wir dann auch das 1982 in Dresden geborene und auf den Weg gebrachte, 1987 in Görlitz beschlossene Wort von der Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung aussprechen. Ich glaube, ohne dieses Wort wäre der konziliare Prozeß nicht denkbar gewesen, wie wir ihn damals gegangen sind.

Dies war aber auch ein Weg im Zwielicht. Es wurde schon gesagt, bei solchen beschrittenen Wegen gerät man heute schnell unter Rechtfertigungsdruck – die Parallelen in dieser Frage zur Ostpolitik seit Willy Brandt sind offensichtlich. Dieser Rechtfertigungsdruck herrschte in der Auseinandersetzung mit den Bürgerrechtlern der DDR – sicherlich, sie waren unabhängig, sie sagten ihre Meinung, aber wenn die Luft bleihaltig und es eng wurde, dann hatten sie ein Dach, unter das sie wieder verschwinden konnten. Ich glaube, das ist der alte Widerstreit zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, der sich im Disput widerspiegelt. Das Zusammenwirken der beiden war bedeutsam. Ich behaupte, die Bürgerrechtler waren für die politische Wende in der DDR und die Wiedervereinigung sehr wichtig, aber die DDR wäre so nicht zusammengebrochen, wenn nicht die eigentlichen Systemträger am Schluß nicht mehr bereit gewesen wären, das System zu tragen. Wären die Träger des Systems noch bereit gewesen, dann hätte die Entwicklung wahrscheinlich einen ganz anderen Verlauf genommen.

Ich möchte noch einen Gedanken zu Überlegungen von Herrn Bender sagen, der zweimal von Ernten sprach und formulierte, einer habe geerntet, was andere gesät hätten – ich hatte den Eindruck, daß Bitterkeit aus seinen Worten sprach. Ich bin der Meinung, daß man ernten muß, wenn die Frucht reif ist. Und wenn die Kinder und Enkel des Jemands damals gerade nicht zur Ernte bereit waren, dann mußte es ein anderer tun.

Und eine letzte Bemerkung: Die Schublade in Bonn, die so leer war, als Egon Bahr im Planungsstab des Auswärtigen Amtes anfing, die muß bis 1990 extra für uns aufbewahrt worden sein, denn ich glaube, ich habe in die gleiche hineingeguckt. Als es darum ging, einen Plan zu finden, wie man die staatliche Einigung herstellen könnte, da gab es keine Vorbereitung. Klar war allen Beteiligten nur, daß wir in Zwei-plus-Vier-Verhandlungen relativ schnell zu einem Ziel kommen können – die Ursache hierfür liegt in dem begründet, worüber wir heute bereits sprachen, der Ostpolitik seit Brandt. Ich glaube, daß die ganze Frage der Bestimmung dessen, was zum zukünftig geeinten Deutschland gehörte, letztendlich durch den Vorgang vorprogrammiert war, der hier in Rede steht. Dankeschön.

Thomas Meyer

Egon Bahr, ich glaube, Du möchtest sicherlich auf das eine oder andere reagieren, was hier gesagt worden ist. Ich denke, Herr Bender auch. Wir wollen ja auch noch Sie alle in die Diskussion mit einbeziehen.

Egon Bahr, Du hattest relativ bescheiden formuliert, daß die Ostpolitik ihren Zweck erfüllt hat. Herr Menudier hat gesagt, es war eine der größten politischen und diplomatischen Leistungen in der Nachkriegsgeschichte. Ich würde gerne noch eine Frage anschließen: In der Öffentlichkeit, weniger in diesem Kreise hier, hat es häufig die Kritik gegeben, daß in der zweiten Phase der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik die SPD zu wenig Rücksicht genommen hat, sich zu wenig orientiert hat an der Existenz von Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen in osteuropäischen Ländern und zum Teil auch in der DDR. Daß diese Politik der Öffnung den Raum überhaupt erst geschaffen hat, in dem diese Gruppen wirksam werden konnten, war ja kaum umstritten. War das im Nachhinein, mit dem heutigen Blick gesehen, ein Fehler oder ein Problem? Oder würdest Du sagen, das ist auch im Nachhinein eigentlich die richtige Politik gewesen?

Egon Bahr

Ich glaube, auch im Nachhinein komme ich zu dem Ergebnis, es war methodisch gar nicht anders möglich. Und man muß zuweilen Schritte unternehmen, von denen man weiß, sie haben nicht nur positive und

schöne und hinreißende Folgen. Schwarz oder weiß kann ich nicht wählen, sondern ich kann nur unter verschiedenen Grautönen wählen. Also ich würde das alles noch mal machen, habe ich vorhin gesagt, in der gegebenen Situation, das gilt dann auch für diesen Sektor.

Im übrigen will ich nur ein paar kleine Anmerkungen zu den Schwierigkeiten der Synchronisierung zwischen Deutschland oder Europa und den USA machen. Sie lagen natürlich auch daran, daß die USA sich als starke Macht im Grunde alles leisten konnten und eine ganz andere Politik betreiben konnten als dieses kleine, schwache Deutschland. Es war die Synchronisationsschwierigkeit zwischen uns, und das Mißtrauen ergab sich auch daraus. Mißtrauen, will ich nur noch ergänzen, war in Amerika auch durch die richtige Erkenntnis von Henry Kissinger entstanden, daß Moskau die einzige Stadt war, die Deutschland etwas anzubieten habe, nämlich die Einheit. Die drei Westmächte konnten dies nicht.

Was die DDR angeht, will ich nur noch einen Punkt anmerken zu dem, was Herr de Maizière gesagt hat. Es ist richtig, daß 1990 die Schubladen wieder leer waren, und zwar deshalb, weil man nicht mehr geglaubt hat, Einheit in übersehbarer Zeit denken und geschweige denn vorbereiten zu können. Die Realität 1990 war die, daß man nun endlich dieses Provisorium beenden und dem Deutschen Bundestag ein festes Haus bauen wollte. Das ist auch gebaut worden, es ist zwei Jahre nach der Einheit fertig geworden. Es gab keine Vorbereitung auf die deutsche Einheit.

Und so sehr, aus meiner Sicht, die außenpolitische Seite der Einheit fehlerfrei gemacht worden ist – Glück, Mut, alles kam dazu -, so sehr ist die innenpolitische Seite der Sache in den Sand gesetzt worden. Und darüber haben wir gar nicht gesprochen, weil es auch nicht Thema dieses Tages ist; ich will es nur sagen, in Ergänzung dessen, was de Maizière gesagt hat. Es ist zuzugeben, daß auch in Westdeutschland die Mentalitätsschwierigkeiten und die Spaltung Deutschlands längst nicht überwunden sind. Wenn ich mich nur an dieses BGH-Urteil zum Thema Stolpe erinnere, dann kann ich nur sagen, diese Richter sind geschichtslose Ignoranten. Damit möchte ich die Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen, nämlich, ich habe diesen Eindruck, ohne damit eine Tatsachenbehauptung aufstellen zu wollen. Schönen Dank.

Thomas Meyer

Herr Bender, Sie sind angesprochen worden, wollen Sie etwas dazu sagen?

Peter Bender

Ich habe lange genug gesprochen, nur eine Bemerkung zu meinem Nachbarn, Lothar de Maizière, über das Säen und Ernten. Daß Helmut Kohl die Erleichterungen, die Reiseerleichterungen der 80er Jahre geerntet hat, habe ich ausdrücklich gesagt. Er hat sie geerntet und ernten können, weil auch er das Feld bestellt hat, ich habe es ausdrücklich unterstrichen. Daß er in Polen geerntet hat, das erfüllt mich durchaus mit Ärger, weil er dieses Feld nämlich nicht bestellt hat im Jahre 1990.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß Sie sich jetzt an der Diskussion mit Fragen oder Statements beteiligen. Ich würde Sie bitten, wenn ich Sie aufrufe, sich kurz vorzustellen, soweit das informativ ist, vielleicht auch ein Hinweis auf Ihre Tätigkeit oder auf ihre Herkunft.

Gerhard Heimann

Mein Name ist Gerhard Heimann. Ich bin jetzt Hochschullehrer an der Technischen Universität, war aber vorher acht Jahre im Bundestag, auch im innerdeutschen Ausschuß und eine Zeitlang als Chef der Senatskanzlei und als Senator für Bundesangelegenheiten speziell für die Beziehung zu den drei Alliierten hier in Westberlin verantwortlich. Ich kenne den inneren Mechanismus dieser Nachkriegsordnung, die vor allen Dingen hier in Berlin ihren völkerrechtlichen, aber auch ihren politischen Niederschlag gefunden hatte. Ich möchte deshalb den Zusammenhang von Nachkriegsordnung und ihrem Aufbrechen ansprechen.

Wenn man diese Nachkriegsordnung charakterisieren will, dann muß man sagen, es war ein Kondominium der Siegermächte über Deutschland, im wesentlichen ein Kondominium der Hauptsiegermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Meine Behauptung ist, dieser Zustand war Ausdruck der Weltordnung, die 1990 zu Ende gegangen ist, nämlich einer bipolaren antagonistischen Weltordnung. Die Hand der beiden Hauptsiegermächte lastete nicht nur auf Berlin stark, auf Deutschland sowieso, sondern im Grunde auf ganz Europa. Es war bis zu einem gewissen Grade eine Entmündigung Europas durch eine ganz und gar nichteuropäische Macht, die russische, und eine halbeuropäische Macht, Amerika. Für mich hat die Entspannungs- und Ostpolitik auch die Funktion gehabt, ein Stück Souveränität nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas, aus der Mitte heraus wieder zurückzubekommen – es war ein außerordentlich gelungener Versuch.

Wir reden immer von menschlichen Erleichterungen, wir reden von dem Erhalt der Nation – aber dieser Umstand, daß Europa heute wieder in der Lage ist, weitgehend über sich selbst zu befinden, ist ein Hauptergebnis der Entspannungspolitik, das meines Erachtens viel zu wenig betrachtet wird. Allein schon die Methode der Entspannungspolitik, die Tatsache, daß Deutsche mit der Sowjetunion sprachen, daß Deutsche und Deutsche miteinander sprachen, war im Grunde schon ein Bruch mit der Nachkriegsordnung. Es wäre wichtig, wenn dazu noch mal Stellung genommen werden würde.

Joyce Mushaben

Ich heiße Joyce Mushaben, bin Professorin für Vergleichende Politik an der University St. Louis, aber sonst ein ganz normaler Mensch. Da Sie die innenpolitische Dimension angesprochen haben, Herr Bahr, möchte ich daran anknüpfen. Es wird manchmal übersehen: Daß die Einheit es heutzutage so schwer hat, liegt auch daran, daß die Ostpolitik eine bestimmte Generationsbasis hatte. Es hat seit dem Ende der 60er Jahre in beiden deutschen Staaten ein erheblicher Generationswechsel stattgefunden. Zwei Drittel aller Bürger und Bürgerinnen dieses Landes sind tatsächlich nach dem Kriege in einem geteilten Deutschland geboren und haben so nur zwei Staaten erlebt, deshalb fällt es heutzutage vielen Menschen nicht leicht, ein einheitliches Land zu akzeptieren.

Dieser Generationswechsel hat auch er-

heblich dazu beigetragen, daß die Ostpolitik immer mehr an Unterstützung in der Öffentlichkeit gewonnen hat. Ich glaube, wir haben es zum Teil der jüngeren Generation zu verdanken, daß man jetzt die zweite, unvollendete Komponente der Ostpolitik noch weiter vorantreiben kann, weil diese neue Generation nicht mehr bereit war, Frieden als die Abwesenheit eines realen Krieges zu akzeptieren. Deswegen haben sie sich dann während der 80er Jahre so stark für die Abrüstung eingesetzt.

Und zum letzten möchte ich sagen, daß noch ein Erfolg der Ostpolitik aus meiner Sicht ist, daß sie eine große diplomatische Leistung war, worauf man als Deutscher – speziell die jüngere Generation – historisch stolz sein kann. Ich glaube, das hat dazu beigetragen, daß man heutzutage mit Stolz darüber redet. Dadurch findet auch ein neuer Tabubruch statt: Die Bevölkerung fühlt sich jetzt berechtigt, an bestimmten sicherheitspolitischen Debatten teilzunehmen, und zwar aktiv und wenn es sein muß, auf der Straße.

Paul Werner

Mein Name ist Paul Werner. Ich bin Kulturwissenschaftler, Jahrgang 48. Ich freue mich, daß im Podium auch die Sicht der DDR vertreten ist, denn auch ich war Bürger dieses Landes, habe mit der deutschen Teilung von Kind an gelebt und unter ihr gelitten.

Es wird bei dem Thema Ost- und Deutschlandpolitik für mich sichtbar, daß die Folgen des Hitlerfaschismus von beiden deutschen Staaten unterschiedlich getragen worden sind. Die Folgen für die DDR waren Schwierigkeiten, vor allem ökonomischer Natur, und ab 1961 der Verlust der Möglichkeit, dieses Land offiziell zu verlassen. Ich habe mich früher oft gefragt: Warum war die Mauer überhaupt möglich? Wäre es 1961 unter einer SPD-geführten Regierung möglich gewesen, den Dialog früher, vor dem Mauerbau zu beginnen? Gab es Verhandlungsangebote und Möglichkeiten, die Mauer zu verhindern, oder waren diese Angebote bloße Ideologie?

Die Kosten dieser Entwicklung haben DDR-Bürger getragen. Wir haben – ich war in der Bürgerbewegung – uns nach Freiheit gesehnt, und ich habe mich wahnsinnig über den Mauerfall gefreut. Ich kenne heute aber sehr viele Menschen – gerade meiner Altersgruppe, die sich vor 1961 aufgrund ihrer Jugend noch nicht frei für einen Teil Deutschlands entscheiden konnten –, die kaum noch eine Chance im Leben haben. Und es werden von westlicher Seite oft Gedanken geäußert, das unlängst gefällte Stolpe-Urteil wurde hier angesprochen, es gibt zahlreiche andere Aussagen, die derart verletzend für uns sind. Als hätten wir in der DDR nichts geleistet. Wir waren gegen das System, aber wir haben trotzdem ordentliche Arbeit im Rahmen unserer Möglichkeiten geleistet.

Was mir an Willy Brandt gefallen hat, ist, daß er eine Politikkultur in Deutschland eingeführt hat. Die Kultur des Gesprächs, die Kultur des ehrlichen, offenen Wortes. Diese Kultur ist mir im Vereinigungsprozeß abhanden gekommen, ich sehne mich danach und hoffe im kommenden Herbst auf einen politischen Wechsel, vielleicht kann dann eine SPD-geführte Bundesregierung wieder an diese Politikkultur anknüpfen.

Reinhard Hildebrandt

Herr Bahr, ein Wort von Ihnen hat mich sehr irritiert, Sie haben gesagt: Der Unterschied zwischen der amerikanischen und der deutschen Politik Anfang der 70er Jahre sei gewesen, daß die USA sich jede Politik leisten konnten und die deutsche Politik sehr vorsichtig sein mußte. Ich wundere mich, daß Sie das sagen, weil zum damaligen Zeitpunkt ja die USA den Vietnamkrieg zu bewältigen hatte und die Position der Sowjetunion relativ stark war. Ich denke, die USA konnten sich nicht jede Politik leisten. Ist in den Verhandlungen in Moskau sorgfältig zwischen den deutschen Problemen, also der Entspannungspolitik in Europa, und der Bewältigung des Vietnamkonflikts unterschieden worden, Herr Falin?

Egon Bahr

Vielleicht ist das ein Mißverständnis. Erstens: die USA waren auch Anfang der 70er Jahre viel stärker, als sie sich gemacht haben; es war Propaganda zu sagen, daß die Sowjetunion überlegen war. Die wichtigsten Leute in Washington wußten, wie die Lage wirklich war. Zweitens: Ich wollte nur sagen, daß selbstverständlich aus einer Politik der Stärke heraus, und die USA waren stark, eine Politik anders zu entwickeln ist, als eine Politik aus der Schwäche heraus. Und die Bundesrepublik war schwach. Also, noch deutlicher gesagt: Den USA war möglich, einen Ringkampf mit der Sowjetunion aufzunehmen und auszuführen; die Bundesrepublik war höchstens imstande, Jiu-Jitsu zu machen, das heißt, den Schwung des Gegners auszunutzen, damit er auf die Matte fiel – das ist der Unterschied.

Janos Manoloudakis

Mein Name ist Janos Manoloudakis, ich bin Politologe griechischer Herkunft und im November 1961 nach Berlin gekommen. Und wenn ich das gewußt hätte, was Herr Dr. Falin vorhin angedeutet hat, wäre ich vielleicht gar nicht gekommen.

Ich möchte Herrn Livingston fragen, wie das damals im Oktober 1961 gewesen ist mit dieser Konfrontation. Wollen Sie das aus amerikanischer Sicht kommentieren?
Herr de Maizière, wie darf ich Ihre Bemerkung verstehen, daß die Machthaber in der DDR sich zum System hätten bekennen müssen, um es zu retten?

Herr Bahr, wie stark ist die wirtschafts- und finanzpolitische Dimension bei der Konzipierung dieser Strategie zugrunde gelegt worden? Wir wissen natürlich im Nachhinein sehr wohl, daß die Mauer aus wirtschaftlichen Gründen gebaut wurde; und wir wissen sehr wohl, daß Gorbatschow seine Perestroika nicht im luftleeren Raum entwickelte, sondern auch auf der Basis der angespannten wirtschaftspolitischen Situation. Die Sowjetunion wollte auch diesem Wettrüsten entfliehen, zu welchem sie durch Reagan gedrängt wurde.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen registriert. Fassen Sie sich bitte kurz, damit wir noch die Chance haben, die Angesprochenen hier zu Wort kommen zu lassen.

Herr Bartels

Bartels ist mein Name; ich bin kein Soziologe, kein Politologe, ich bin Unternehmer. Ich bin hier, weil mich diese Zusammensetzung der Redner fasziniert, eine Zusammensetzung, die wir in den nächsten zehn Jahren in dieser Qualität nicht wieder sehen werden.

Herr Falin, große Unternehmen merken ein Jahr oder zwei Jahre, bevor sie in den Konkurs gehen, die ersten Anzeichen – große Unternehmen sind oft wie Staaten. In welchem Jahr bekamen Sie das Gefühl, daß es mit dieser Sowjetunion nichts mehr wird?

Walter Kinzel

Mein Name ist Walter Kinzel, ich bin Bildungsreferent der IG Metall, Schwerpunkt Geschichte, war vormals Schulleiter der Bildungsstätte in Pichelswerder.

Ich gehe davon aus, daß es ein Axiom sowjetischer Außenpolitik war, daß die Sicherheit der UdSSR vorrangig zu wahren ist.

Nun hing die Stabilität des sozialistischen Lagers auch von der Stabilität der Einzelstaaten ab. Nach dem Mauerbau, nach dem Mauersyndrom, wie es geschildert wurde, kam – aus meiner Sicht – eine gewisse Stabilisierung. Das läßt sich auch an den Wirtschaftszuwachsraten ablesen. Ich gehe davon aus, daß in der DDR sich ein unausgesprochener Gesellschafts- und Sozialvertrag entwickelt hat, ein Vertrag, der seine politische Ausformung in der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" fand.

Diese Ostpolitik führte dazu, daß der Reiseverkehr anwuchs und menschlichen Erleichterungen erreicht wurden, wodurch in der DDR die Begehrlichkeit und die Ansprüche der eigenen Bevölkerung stiegen. Sind diese Zusammenhänge vorher in der UdSSR und der DDR nicht durchdacht worden? War nicht klar, welche Instabilität entsteht?

Wortmeldung aus dem Publikum

Mich interessiert der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Stärke und Bilateralismus, denn er ist hier bisher eklatant unterbewertet worden.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Wir haben jetzt direkte Fragen praktisch an alle Teilnehmer des Podiums. Ich bitte Sie im Interesse des Gesamtprogramms um sehr kurze und präzise Antworten. Herr de Maizière, wenn Sie bitte den Anfang machen.

Lothar de Maizière

Ich glaube, ich bin in einem Punkt gründlich mißverstanden worden. Ich habe gesagt, die DDR ist zusammengebrochen, weil die Systemträger selbst nicht mehr bereit waren, das System zu tragen, weil sie erkannt hatten, es funktioniert nicht mehr,

deswegen haben sie losgelassen. Die Generale der Volksarmee hätten sich nicht gegen ihr Volk stellen lassen, die Staatssicherheit hat sich relativ widerstandslos entwaffnen lassen – sie wollten eigentlich nicht mehr, weil sie merkten, es geht nicht mehr.

Eine Bemerkung zu den Ausführungen der amerikanischen Professorin: Ich glaube, es ist richtig, was Sie über den Generationswechsel sagen. Ich halte es für ein großes Glück, daß die deutsche Einheit noch zu einem Zeitpunkt kam, als die Generation der Politiker, denen das Wort Einheit noch etwas bedeutete, am Wirken oder noch am Leben war, mit der Autorität ihrer Person und ihres Wortes etwas bewirken konnten. Dazu gehört Helmut Kohl ebenso wie Willy Brandt. Wenn ich das Bild noch sehe, 3. Oktober 1990 am Reichstag, wie ihm die Tränen über die Wangen liefen. Ich glaube, daß es ein Problem ist, daß die Folgegeneration diesen Einigungsprozeß ein wenig als technokratischen Prozeß behandelt hat, als Sache der Buchhalter, nicht erkannt hat, daß es eine Frage des praktizierten Gemeinsinns ist, daß die deutsche Einheit nicht nur bezahlt, sondern mit dem Herzen gewollt sein will. Ich glaube, da liegt eine der Pannen.

Den unausgesprochenen Sozialvertrag hat es sicherlich gegeben. Ich glaube, nach dem VIII. Parteitag der SED und der „Erfüllung der Hauptaufgabe" – oder wie die Vokabeln hießen – war das Streben nach einem Dach über dem Kopf, nach relativem Wohlstand und Sicherheit vorhanden. Es ist ja auch immer suggeriert worden, daß die Sicherheit der Preis für die Freiheit wäre, sie wurden als Tauschobjekt behandelt. Ich glaube auch, daß eine Art von Bequemlichkeit eine Art Menschenrecht ist. Diese Bequemlichkeit ist bedient worden, dies muß man auch sagen dürfen, ohne gleich auf die Häftlinge in Bautzen, auf die Mauer u.s.w. hinweisen zu müssen und in den Verdacht zu geraten, die DDR schön zu finden. Es gab eine spießige, kleinbürgerliche Behaglichkeit. Und erst als diese wirklich ins Wanken geriet und man merkte, dies hat auch wirtschaftlich keine Perspektive, da zerbröselte auch dieser Konsens. Wenngleich ich ganz deutlich sage, daß die Mehrheit der Bürger immer mit einer gewissen ironischen Distanziertheit zu diesem System stand. Aber ich glaube, daß gerade einer unserer Hauptverluste darin besteht, daß es keine anständigen politischen Witze mehr gibt.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Vielleicht kann Herr Voß direkt anschließen.

Hans Voß

Vielen Dank. Zunächst eine Bemerkung, ob man aus heutiger Sicht die Mauer hätte verhindern können: Ich könnte mir vorstellen, daß man sie hätte verhindern können, wenn eine Politik der Respektierung der Staatlichkeit der DDR früher eingeleitet worden wäre. Aber diese Politik wurde ja erst durch die Mauer eingeleitet, wie Egon Bahr gesagt hat.

Was auf jeden Fall, und das ist die zweite Bemerkung, durch die Mauer eintrat, war eine gewisse wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der DDR. Natürlich wuchsen im Laufe der Zeit die Ansprüche der Bevölkerung gegenüber der eigenen Führung. Und diese wachsenden Ansprüche der Bevölkerung konnten auf Dauer nicht befriedigt werden. Es wuchs die Diskrepanz zwischen dem Wollen und Können. Und diese Diskrepanz hat letztlich eben auch dazu beigetragen, daß die DDR auf Dauer nicht existieren konnte.

Thomas Meyer:

Vielen Dank. Herr Menudier, bitte.

Henri Menudier

Das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Stärke und Bilateralismus – natürlich gibt es einen direkten Zusammenhang. Besonders nach der Krise von 1968 wurde Frankreich gezwungen, den Franc abzuwerten. Das wollte de Gaulle, Pompidou hat es ein Jahr später gemacht, und damit war das deutsch-französische Verhältnis etwas gestört. Ich erinnere bloß an diese Schlagzeile in der „Bild": Wir sind wieder wer. Also wir Deutschen haben wieder etwas zu sagen. – Das deutsch-französische Verhältnis wurde also damals ein bißchen gestört, und das war einer der Gründe, warum das Mißtrauen in Frankreich mit dem Beginn der Ostpolitik relativ stark war. Man könnte die Reaktion etwa so beschreiben: die Deutschen werden wieder stärker, und nun wollen sie praktisch eigenständig mit dem Osten verhandeln. Aber dieses Mißtrauen wurde im Laufe der Verhandlungen abgebaut, und es kam zu diesem bekannten Ergebnis der Ostpolitik, die von Frankreich letzten Endes mitgetragen wurde.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Herr Krzeminski bitte.

Adam Krzeminski

Die Bilanz der Ostpolitik ist aus polnischer Perspektive eindeutig positiv und erstens mit einer Öffnung des Landes in den 70er und 80er Jahren verbunden. Millionen von Polen haben 20 Jahre lang – noch vor 1989 – den Westen kennengelernt. Wir durften reisen, und das war das Ergebnis der Ostpolitik. Zweitens war die psychologische Entkrampfung im Hinblick auf den deutschen, westdeutschen Nachbarn wichtig, die innerhalb von zehn Jahren ein Paradigmenwechsel in den polnischen strategischen Visionen und im politischen Denken ermöglichte. Ende der 70er Jahre begann die Idee zu keimen, daß die Vereinigung Deutschlands eine Chance für Polen sein wird und nicht eine Bedrohung. Zuerst dachte man derart in der Opposition der 80er Jahre, ab Mitte der 80er Jahre, auf jeden Fall am Ende der 80er Jahre, zum Teil in der offiziellen Publizistik meines Landes. Ich habe selbst 1987 in einem Artikel für die „Polityka", der zensiert wurde, aber erschien, geschrieben, daß eine deutsch-deutsch-polnische Konföderation für uns eine Chance wäre. Das ist im „Merkur" dank Peter Bender erschienen. Doch die Ereignisse überrollten dann alle Spekulationen!

Dann ist die Sozialdemokratisierung eines Teils der kommunistischen Partei schon am Ende der 70er Jahre ein positives Ergebnis der Ostpolitik. Die Überlegungen des reformerischen Flügels der PVAP wären dafür ein Beispiel, Rakowskis Buch, das nach der Gründung der Solidarnosc in Polen legal erschien, ist ein Beweis dafür. Diese Sozialdemokratisierung kann kritisiert werden als eine ziemlich zynische Ummantelung der Ex-Kommunisten, dennoch hat sie im polnischen Falle eine sehr positive Funktion gehabt – ich denke an die Vorbereitung des Runden Tisches in den 80er Jahren.

Und jetzt zur Bürgerbewegung. Es ist ein tragischer Fall, daß Willy Brandt, die Person, die mit dem Kniefall in Warschau ein Symbol schuf, mit der Öffnung der Politik für die Entkrampfung und Versöhnung der 70er Jahre sorgte, in den 80er Jahren für einen Teil der polnischen Opposition zum Inbegriff dieses starren Denkens und Handelns wurde. Er machte einen Fehler, einen groben taktischen Fehlers im Jahre 1985, als er Walesa nicht treffen wollte.

Natürlich kann man beweisen, daß die SPD genauso wie die CDU die Solidarnosc im Untergrund, auch in den Internierungslagern, unterstützt hat. Und nach der formellen Aufhebung des Kriegszustandes habe ich selbst den ersten Runden Tisch in der Deutschen Botschaft gesehen. Es waren auch sozialdemokratische Beamte, die das ermöglicht hatten, denn die ersten informellen Begegnungen gab es in der Deutschen Botschaft.

Wie schwierig die Geschichte ist, zeigt auch folgendes: Die SPD war die einzige, die der Regierung Jaruzelski den Strohhalm der Hoffnung gegeben hat, daß ihr Regime hoffähig werden könnte, falls sie möglichst schnell den Kriegszustand aufhebt. Ich glaube, diese Rechnung ist aufgegangen. Warum? Ich erinnere an die massive Kritik aus Moskau, daß das, was ein Teil der Regierung von Jaruzelski macht, ein Verrat am Sozialismus wäre. Möglicherweise hat diese sozialdemokratische Politik im Jahre 1982/1983, diese Anbiederung, wie sie kritisiert wird, einen Flügel in dieser Mannschaft ermutigt, den Reformprozeß nicht zurückzudrehen, sondern weiter zu entwickeln.

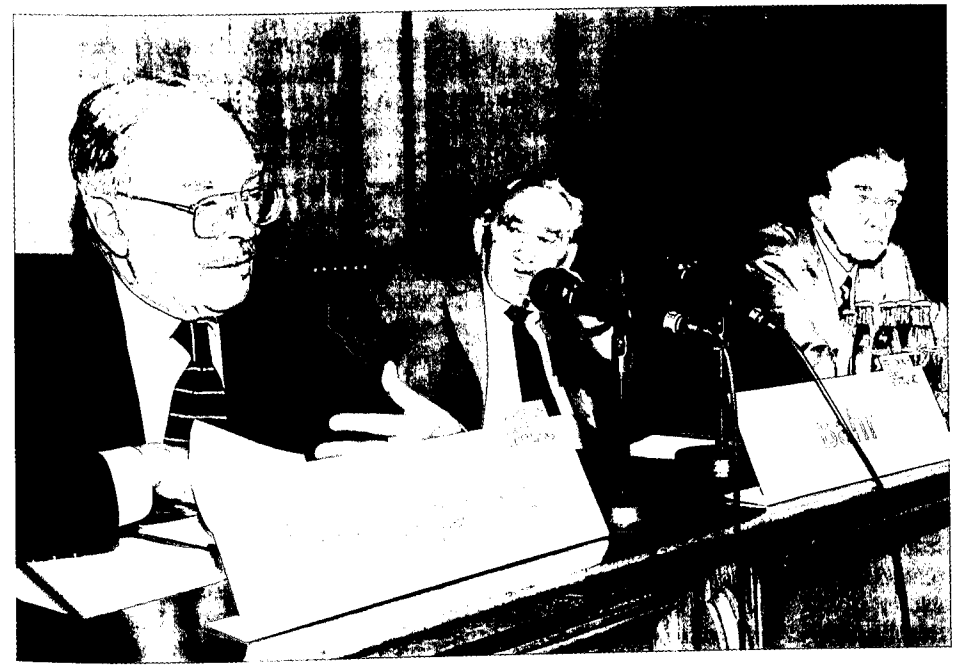
Das Negative dieser 80er Jahre ist auch nicht unerheblich und mit Folgen verbunden. Wir haben jetzt ein Vakuum in Polen und in Deutschland. Falls es im September zum Machtwechsel in Bonn kommt, dann haben wir in der SPD und in der Regierung eine Situation, wo vieles – nicht von Null – erst neu aufgearbeitet werden muß, damit diese deutsch-polnische Partnerschaft gut funktioniert. Aber das sind die Folgen dieser verzwickten Lage in den 80er Jahren.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Herr Livingston bitte.

Gerald Livingston

Ich bin gefragt worden, was ich zu der Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie im Oktober 1961 zu sagen habe. Herr Falin, wenn ich Sie richtig verstanden habe, hatte die sowjetische Regierung damals Informationen, daß die Amerikaner vorstoßen und die Mauer niederreißen wollen. Das klingt mir nicht sehr glaubwürdig, denn seit dem erwähnten Brief von Kennedy und der Politik der Amerikaner seit dem August 1961 war es ganz klar, daß wir uns nur, nur um



Westberlin kümmern würden, auf Ostberlin erstreckte sich unsere Verantwortung nicht. Diese Politik, diese Status-quo-Politik, war natürlich am Anfang ein Schock für Herrn Bahr, Herrn Brandt und alle Berliner. Aber sie war ein fester Grundsatz, der auch teilweise tragische Folgen hatte. Ich erinnere an den Fall Peter Fechter, der an der Mauer verblutete, ohne daß von Westberliner Seite geholfen werden konnte. Für Ostberlin, also über den Checkpoint Charlie hinaus, wollten wir keine Verantwortung tragen.

Antwort Nummer zwei: Bahr hat einen Kontrast zwischen der Stärke Amerikas und der angeblichen Schwäche der Bundesrepublik dargestellt. Ich würde es ein bißchen anders sehen. Vor 1961 spielte sich die Konfrontation mit der Sowjetunion hauptsächlich oder vor allem hier in Deutschland und in Berlin ab. Zunehmend – nach 1961 – verlagerte sich diese Konfrontation auf andere Teile der Welt. Vor allem denke ich natürlich an den Vietnamkrieg, der das Hauptproblem für die Nixon-Regierung war. Und der Standpunkt der Amerikaner gegenüber der deutschen Ostpolitik mußte dies in Betracht ziehen.

Drittens: Es wurde gefragt, ob die Mauer zu verhindern gewesen wäre. Ich möchte natürlich meinen Kollegen hier das Wort überlassen. Ich glaube aber, Peter Bender hat die Frage in seinem Referat beantwortet. Er zitierte, wenn ich mich nicht irre, Erich Honecker, der in Moabit schrieb, daß es ohne die Mauer dauerhaft keine DDR gegeben hätte. Die Massenflucht 1961 war so gewaltig, daß die Mauer vom Standpunkt der DDR aus unerläßlich war. Deswegen glaube ich, daß sie nicht zu verhindern war.

Vierter und letzter Punkt: Für die Amerikaner ist die Eigenständigkeit der deutschen Ostpolitik das Merkmal. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit hat ein europäischer Staat etwas aus eigener Initiative heraus gemacht. Da war einerseits eine große Überraschung, auf der anderen Seite wurde es begrüßt. Und ich würde sagen, heutzutage ist der Standpunkt der amerikanischen Regierung nach wie vor, daß mehr Eigenständigkeit der Europäer, etwa auf dem Balkan, zu begrüßen ist.

Thomas Meyer

Herr Falin bitte.

Valentin Falin

Zum Oktober 1961: Chruschtschows Informationen waren authentisch, darüber werden die Dokumente das letzte Wort sagen können. Chruschtschow hat vieles gelesen, was nicht alle in der amerikanischen Administration in Washington gelesen haben. Deswegen bin ich auch nicht so sicher, daß manches, was in Briefen stand, der Wirklichkeit in vollem Maße entsprach. Die laufenden Motoren der Bulldozer, die am Checkpoint Charlie standen und auf den endgültigen Befehl warteten, diese Grenzeinrichtung zu beseitigen, sprechen für sich selbst.

Es wurde aus dem Auditorium gefragt, wie es zu dieser Mauer in Berlin und zwischen der DDR und der Bundesrepublik kam; ich möchte folgendes feststellen: Für die Sowjetunion war es in erster Linie keine Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, Westberlin und Ostberlin, sondern eine Grenze zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag. Und nachdem die Mauer gebaut war, so die letzten Geständnisse amerikanischer Geheimdienstler, vor drei Jahren zum ersten Mal veröffentlicht, waren für zwei Jahre alle amerikanischen Infrastrukturen für den Tag X durcheinander, die aus Berlin geleitet wurden, zwei Jahre mußte man dies alles neu aufbauen. Jetzt gab es Alternativen für die Entwicklung.

Es gab mehrere Vorschläge – ich spreche nicht über die Vorschläge Stalins, der mit allen Kräften versuchte, einer Spaltung vorzubeugen. Ich spreche von Vorschlägen

Grotewohls an Adenauer. Ich zum Beispiel habe den Auftrag gehabt, mit Heinemann im Herbst 1950 in Berlin zusammenzukommen, um zu klären, ob es Chancen gibt für eine Verhinderung der Spaltung. Ich möchte dieses Thema nicht weiter entwickeln, ich wollte nur einige Fakten nennen.

Es gab einen Krieg, Kalter Krieg genannt, von Truman wurde er so charakterisiert – das war Krieg mit anderen Mitteln. Und man muß fragen: Wer ist für den Krieg verantwortlich? Und wer ist verantwortlich für alle Folgen des Krieges? Diese Fragen sind bis heute ohne Antwort.
Wann haben wir Experten zum ersten Mal bemerkt, daß die Sowjetunion vor der Pleite steht? Diese Frage haben wir, ich persönlich wenigstens, mit Chruschtschow besprochen. Wir Experten waren uns einig, daß wir nicht imstande waren, beliebig lange das Wettrüsten fortzusetzen, denn unsere ökonomische Basis war siebenmal schmäler als die amerikanische, die westeuropäische und die japanische zusammengenommen. Jeder Dollar, ausgegeben für die Rüstung, war für uns siebenmal gewichtiger, schwerer als für die Amerikaner. Wir stellten fest, daß es nur eine Frage der Zeit sein wird. Chruschtschow war mit der Einschätzung mehr oder weniger einverstanden und antwortete: „Ich bin bereit. Totale Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle." Diese hat er übrigens im Herbst 1956 angeboten, von der westlicher Seite kam keine Antwort. Gromyko aber hat anders reagiert: „Sozialismus kann alles ertragen." Welchen Sozialismus Gromyko im Kopf gehabt hat, weiß ich nicht. Ich glaube, das war gerade die Art von Sozialismus, über die man heute so gerne spricht, die aber mit Sozialismus nichts zu tun hat, denn es war ein Antisozialismus, das war Kriegskommunismus.

Unter Gorbatschow wurden die Fragen, ob wir weiter existieren oder nicht, sehr scharf und klar gestellt. Als Gorbatschow mit Schewardnadse die Mühe unternahm, mich für die Mannschaft Gorbatschows zu gewinnen, argumentierten sie, daß das Schicksal des Sozialismus auf dem Spiel steht. Aber gerade Gorbatschow hat alles andere getan, als das, was hätte getan werden müssen, um das Land zu reformieren. Er wollte das stalinistische System ohne stalinistische Methoden fortsetzen – das geht nicht. Man hätte das System vom Grunde auf reformieren müssen. Aber das hätte bedeutet, das Ein-Mann-System abzubauen, das unter Gorbatschow fortentwickelt wurde. Und so war es unmöglich, politische Entscheidungen zu treffen – unter anderem in der Deutschlandfrage -, ohne irgendwelchen Rat einzuholen im Sicherheitsrat, im Parlament oder in der Regierung. Es war ein Alleingang von Gorbatschow, Gorbatschow betrieb Demokratie auf seine Weise, sprach jedoch von einem Sozialismus mit menschlichem Anlitz. Darüber können wir noch sprechen.

Und jetzt zu der Frage, ob der Sowjetunion die Sicherheit wichtiger als Ideologie war, eine abschließende Bemerkung: In der Nachkriegsperiode war die militärisch-technologische Entwicklung viel wichtiger für die reale Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als irgendwelche Ideologien – die Ideologien selbst entwickelten als Produkt diese neuen militärischen Technologien. Mit den neuen militärischen Technologien entstanden neue politische Ziele, neue Staatsinteressen. Bei der Definition, was in der Politik von primärer oder sekundärer Bedeutung war, muß man sehr vorsichtig sein. Für Stalin war nach dem Kriege Sicherheit das Wichtigste, ebenso für Breschnew, ebenso für Gorbatschow. Und alle waren bereit, einen hohen Preis dafür zu zahlen; und Gorbatschow war bereit, einen überhöhten Preis zu zahlen, er war in dem Glauben, er erreicht Sicherheit für das Land, wahrscheinlich auch für sich persönlich. Was am Ende geschah, wissen wir.

Wir müssen feststellen, und damit ende ich, daß in allen Jahren nach dem Kriege die Sowjetunion keine offensive, sondern eine defensive Politik führte, denn die Sowjet-

union war immer schwächer. Schwächer, weil die Amerikaner nach dem Kriege unverbrauchte Kräfte hatten, dann besaßen die Amerikaner das Atomwaffenmonopol, in dreiundzwanzig von fünfundzwanzig bedeutsamen militärischen Technologien waren die USA überlegen. Und weil wir die amerikanische Strategie bedienten, haben wir unser Schicksal besiegelt. Das war eine falsche Strategie, die am Ende zu einer Katastrophe geführt hat.

Thomas Meyer

Vielen Dank. Herr Bender, Sie sind auch angesprochen worden. Wollen Sie kurz auf die Fragen, die Ihnen gestellt wurden, antworten? – Nein? Gut, dann ist das in Ordnung. Ich gebe Egon Bahr das Wort.

Egon Bahr

Erstens: Ich erinnere mich, daß Michael Kohl bei Gesprächen gesagt hat, daß die DDR selbstverständlich „Deutsche an einen Tisch" immer nur verlangte, solange sie sicher war, Bonn würde es ablehnen. Also insofern ist die Frage, ob man unter einer früheren SPD-Regierung etwas früher geschafft hätte, immer noch mit einem Fragezeichen zu versehen. Man muß das Umfeld sehen.

Zweitens: Hat wirtschaftliche Stärke als Überlegung der Ostpolitik zugrunde gelegen? Antwort: Nein, mit Sicherheit nein. Auch Brandt hat zu einem ganz frühen Zeitpunkt formuliert, daß die Bundesrepublik seltsamerweise ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg sei. Und damit hat er gemeint, daß wir unter den Machtgesichtspunkten militärischer Stärke im Grunde nichts zu sagen haben, obwohl wir wirtschaftlich, schon damals, ein Riese waren. Und ich will daran erinnern, daß auch die Sowjetunion natürlich nicht gesagt hat, erst kommt die Wirtschaft, dann kommt die Politik, sondern genau umgekehrt. Es war klar, wenn die politischen Fragen positiv gelöst sind, wird sich das auch auf das Gebiet der Wirtschaft auswirken. Und es war tatsächlich so, wir haben ungeheure Zuwächse des wirtschaftlichen Austausches nach dem Moskauer Vertrag gehabt, nicht vorher.

Ich unterschätze das Gewicht der Wirtschaft überhaupt nicht, bin aber der Auffassung, daß es ja geradezu im Interesse der Bundesrepublik – auch mit dem Blick nach vorne – liegt, dafür zu sorgen, daß nicht das militärische Gewicht ausschlaggebend ist, sondern das politische und wirtschaftliche Gewicht. Wir können ja nur ein Interesse daran haben, das Gewicht des Militärischen zu verringern. Darüber werden wir dann aber morgen reden.

Was die Generationenfrage angeht, unterstreiche ich das, was Lothar de Maizière gesagt hat, in der Hoffnung, daß ich ihm damit nicht schade.

Einen Punkt muß ich noch hinzufügen zu dem, was Krzeminski gesagt hat: Wenn Sie glauben, es muß viel aufgearbeitet werden in dem Verhältnis Deutschland – Polen, wenn es nach dem September zu einem Regierungswechsel kommt, dann sage ich Ihnen in voller Kenntnis aller beteiligten Menschen, daß Sie zu Ihrem Erstaunen feststellen werden, wie wenig da aufgearbeitet werden muß. Wir haben in der Spitze der SPD keine Meinungsverschiedenheiten in unserem Verhältnis zu Polen. Ich hoffe nur, daß es nicht zu schwer sein wird für die polnische Seite. In aller Offenheit muß ich hinzufügen, bei dem letzten Besuch des scheidenden Bundespräsidenten von Weizsäcker, den hat er in Warschau abgestattet, habe ich das Erlebnis gehabt, daß ich dort von Herrn Mazowiecki ein unglaubliches Lob über Kohl gehört habe. Er wurde gelobt für das deutsch-polnische Jugendwerk, die Position zur Oder-Neiße-Linie – der Name Brandt kam überhaupt nicht vor. Und ich erlaubte mir, daran zu erinnern, daß die polnische Oder-Neiße-Linie doch von

Brandt mit ziemlichem Aufwand durchgesetzt worden ist, daß er das deutsch-polnische Jugendwerk vorgeschlagen hat und daß die Polen damals glaubten, es ablehnen zu müssen oder zu sollen. Unser Verhältnis zu Polen muß die gleiche Qualität bekommen wie das zu Frankreich. Also, ich bin ganz sicher, von sozialdemokratischer Seite gibt es keine Schwierigkeiten – hoffentlich auch nicht von polnischer.

Thomas Meyer

Ich denke, daß die Diskussion fortgesetzt wird, über diese und andere Fragen. Deswegen erübrigt es sich auch, zum jetzigen Zeitpunkt der Tagung eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Themen, die heute angesprochen worden sind, werden zum großen Teil am Nachmittag und morgen weiter verfolgt.

Ich denke, es ist deutlich geworden, was die deutsche Ost- und Entspannungspolitik war. Wir haben viel darüber gelernt, wie sie im einzelnen umgesetzt und durchgesetzt worden ist. Wir hatten einen Konsens, daß sie im wesentlichen ein Erfolg war. Und ich glaube, es ist auch klar geworden, daß sie eine der wesentlichen Voraussetzungen sowohl für die deutsche Vereinigung wie auch für die Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse in Europa nach 1989/90 gewesen ist.

Ich danke Ihnen allen für die rege Teilnahme und Aufmerksamkeit; ich danke den Podiumsteilnehmern für ihre spannenden Beiträge. Ich bin mir sicher, die Konferenz wird sich weiteren wichtigen Fragen stellen und das Interesse aller Anwesenden hervorrufen. Vielen Dank.

Berlin: Absicherung einer Insel

Dr. Klaus Schütz

Klaus Schütz

Meine Damen und Herren – erinnern wir uns! Ein Krieg, schrecklicher als alle früheren Konflikte, war zu Ende. Ein Gewaltsystem, totalitär und menschenverachtend wie kein anderes sonst, hatte kapituliert, und die Sieger nahmen sich nun vor, eine Friedensordnung zu schaffen. Dazu teilten sie Deutschland in vier Besatzungszonen auf, ein Alliierter Kontrollrat sollte das Nötige regeln, die Hauptstadt des zerschlagenen Reiches aber wollten sie gemeinsam verwalten. So war es in den Jahren des Krieges bei spektakulären Gipfeltreffen zwischen den führenden Mächten vereinbart worden. Als es dann in die Praxis umgesetzt werden sollte, wurde bald deutlich, daß dieser Vier-Mächte-Mechanismus, so ausgeklügelt er schien, nicht funktionierte. Es brauchte allerdings Zeit und Erfahrung, bis dies von allen Beteiligten auf westlicher Seite erkannt wurde. Tatsächlich brauchte es drei Jahre und das Beispiel Berlin.

In ihrer Besatzungszone hatte die jeweilige Macht kein Problem. Sie konnte ihren Willen uneingeschränkt durchsetzen. Schwieriger war es schon, als sie dann Gemeinsames, etwa über Deutschland als Ganzes, beschließen wollten. Unmöglich aber war es, eine Vier-Mächte-Besatzung in Berlin zu verwirklichen – an dem einzigen Ort also, für den sie direkt und unmittelbar vorgesehen war. Heute weiß jeder, warum es so gekommen ist. Das System insgesamt beruhte nämlich auf der Vorstellung, der Konsens der Mächte, der zum Sieg über das nationalsozialistische Deutschland geführt hatte, würde auch die Nachkriegsordnung bestimmen. Aber tatsächlich brach die Allianz schon bald auseinander, nicht spektakulär und auf einmal, sondern stückweise und zeitversetzt. Der Vorgang ist an mehreren Punkten zu studieren – in Europa und darüber hinaus. Das klingt im Rückblick und mit den Erfahrungen von mehr als 50 Jahren einleuchtend und verständlich. Aber dieser Prozeß war in sich widerspruchsvoll, er war nicht so geradlinig, wie er im nachhinein erscheinen mag. Ein Blick in die Geschichtsbücher und die Memoirenliteratur macht das klar. Aus Angst vor einem Bruch im Bündnis wurden auf westlicher Seite Entscheidungen hinausgezögert, die an und für sich wohl schon eher zwingend waren. Aber dann war der Bruch unvermeidlich geworden.

An zwei Persönlichkeiten ist in diesem Rahmen zu erinnern. Sie haben mehr als andere die Auseinandersetzung in und um Berlin geprägt. Ihr Anteil daran, daß und wie sich der Westteil der Stadt letztendlich behaupten konnte, ist außerordentlich hoch einzuordnen. Ich spreche von Lucius D. Clay und von Ernst Reuter. Der eine war von 1947 bis 1949 der US-Militärgouverneur in Deutschland; und der andere seit 1947 der Oberbürgermeister und später der Regierende Bürgermeister von Berlin. Die Dinge waren übrigens in Washington auch nicht so abgeklärt, wie es Jahrzehnte später den Anschein hat. Denn im ersten Halbjahr 1948 war die Grundsatzentscheidung über das westliche Vorgehen immer noch in der Schwebe. So wurde beispielsweise noch am 27. Juni in Ausarbeitungen von Beratern des Präsidenten der Rückzug aus Berlin als eine ernsthafte Alternative erwähnt. Aber dann entschied Präsident Truman, wie vorgegangen werden sollte. Und zwei Tage später beschloß auch die britische Regierung, bereit für eine zum äußersten entschlossene Politik zu sein. Lucius D. Clay wollte, das vergessen manche, die Blockade durch ein bewaffnetes Geleit durchbrechen, von der Zonengrenze aus und direkt nach Berlin. Aber die westlichen Regierungen waren dazu nicht bereit. Washington hatte gegenüber jeder Politik Bedenken, die, wie es hieß, das letzte Risiko einschloß. General Clay selbst war sich übrigens auch Jahre später noch sicher, daß dieses bewaffnete Geleit Berlin erreicht haben würde, unversehrt und ohne Kampfeinsatz. Und es ist auch bezeichnend, daß Ernst Reuter ihm in dieser Sicht der Dinge zugestimmt hat. Ich sage das deshalb gerade, weil beide in ihren Auffassungen sonst, nach ihrem Herkommen und Lebensweg, unterschiedlich waren. Da ist es schon bemerkenswert, wie eng beieinander sie in den Grundfragen waren, um die es in diesen kritischen Monaten ging.

Und damit sind wir, meine Damen und Herren, bei einer Besonderheit, die den Gang der Dinge in Berlin geprägt hat, denn dort übernahm ein Faktor im politischen Ablauf eine Rolle, der von Monat zu Monat bestimmender wurde. Es war ein Moment, mit dem wohl alle Siegermächte bei ihren Planungen nicht gerechnet hatten, denn in Berlin wurden die direkt Betroffenen, sie und ihre politischen Repräsentanten, ein bedeutungsvoller Teil im Gesamtprozeß. Die Berlinerinnen und Berliner nahmen Partei, klar und uneingeschränkt, und sie wurden so zu Partnern mit eigenem Gewicht. Es ist nicht genau zu bestimmen, meine ich, wann und wo und aus welchem Anlaß dies zuerst deutlich geworden ist. Etwa als die Berliner Sozialdemokraten sich mit Franz Neumann an der Spitze der Zwangsvereinigung mit den Kommunisten widersetzten oder als die sowjetischen Behörden den Vorstand der CDU in ihrer Besatzungszone, erst Andreas Hermes und Walter Schreiber, dann Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, aus ihren Ämtern jagten oder als Ernst Reuter zwar ordnungsgemäß zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt, auf Einspruch der sowjetischen Kommandantur aber nicht bestätigt wurde. Das waren damals übrigens nicht Angelegenheiten nur einer Partei. Das betraf die Stadt insgesamt, und die Berlinerinnen und Berliner verstanden dies auch so. Das galt für andere Bereiche ebenfalls. So war beispielsweise der Kampf der Studenten an der Ostberliner Universität gegen Zwangsmaßnahmen der Zentralverwaltung der Sowjetzone eine Sache nicht nur der akademischen Jugend, sondern er ging alle an; der Protest war allgemein, und alle forderten eine freie Universität.

Wer heute aus der Geborgenheit und dem Wohlstand unserer Zeit heraus die Situation von vor fünf Jahrzehnten betrachtet, der mag sich wundern, was das vielzitierte Volk von Berlin wohl so gedacht haben mag. Er sollte dabei allerdings nicht vergessen, in welcher Lage wir wirklich gelebt haben. Unvergleichbar mit heute und deshalb so schwer, einer späteren Generation verständlich zu machen. Es ist nicht einfach, die Stimmungslage zu beschreiben. Trotzdem wage ich es an diesem Punkt, den Bericht zu zitieren, den Hannah Arendt über ihren Besuch in Deutschland im Jahre 1950 im gleichnamigen Artikel veröffentlich hat. Sie beschreibt die Nachwirkungen des Nazi-Regimes bei den Deutschen allgemein. Sie spricht von deren Flucht aus der Wirklichkeit und somit vor der Verantwortung – einen Zustand, den sie meint, allgemein feststellen zu können, und sie schildert dies im Detail. Aber dann schreibt sie: „Es gibt natürlich auch viele Deutsche, auf die diese Beschreibung nicht zutrifft. Vor allem gibt es da Berlin, dessen Bevölkerung mitten in der schrecklichsten physischen Vernichtung intakt geblieben ist. Ich weiß nicht, warum das gerade so ist, aber Sitten und Gebräuche und die Art zu sprechen und auf Menschen zuzugehen, sind bis in die kleinsten Details so anders als alles, was man sonst im übrigen Deutschland sieht und mit dem man sich auseinandersetzen muß, daß Berlin schon fast wie ein anderes Land wirkt. Es gibt in Berlin kaum ein Ressentiment gegen die Sieger, und es war auch offensichtlich nie vorhanden. ... Es gibt keine Verlegenheit und kein Schuldgefühl, sondern offene und detaillierte Berichte darüber, was zu Kriegsbeginn mit den Berliner Juden passierte. Am bedeutendsten ist dabei, daß die Menschen in Berlin Hitler noch aktiv hassen und obwohl sie mehr Veranlassung als andere haben, sich als Bauern im Schachspiel der internationalen Politik zu begreifen, fühlen sie sich doch nicht ohnmächtig, sondern sind überzeugt, daß sie mit ihrer Haltung etwas anfangen können. Wenn sie auch nur halbwegs eine Chance sehen, dann sind sie bereit, ihr Leben teuer zu verteidigen."

Die Berlinerinnen und Berliner lebten in den Jahren, von denen hier die Rede ist, in Lebenssituationen, die weit unter dem heutigen Standard lagen. Das sogenannte Existenzminimum wurde selten, wenn überhaupt erreicht. Der Bombenkrieg und die Periode der direkten Besetzung durch die sowjetischen Truppen waren zwar überstanden, die staatlichen Institutionen funktionierten – wenn auch selten normal. Eine Versorgung mit dem Allernotwendigsten gab es zwar, aber bei weitem nicht ausrei-

chend. Sehr bald wurden auch die Unterschiede deutlich zwischen den vier Sektoren, in die die Stadt nach Besatzungsstatut aufgeteilt war. Es dauerte nicht lange, da wußte jeder, ob er im Westteil lebte oder im Sowjetsektor. Und diese Erkenntnis war ohne langes Hinterfragen für viele nicht nur eine Sache der augenblicklichen Existenz, sie war die Antwort darauf, welche Zukunft die Stadt und jede ihrer Bürgerinnen und jeder ihrer Bürger haben wird. Ist es da verwunderlich, daß die Entscheidung darüber, ob in Berlin die Deutsche Mark oder die Ostmark gültiges Zahlungsmittel wird, von allen ganz direkt und ganz persönlich verstanden worden ist? Denn im Juni 1948 stellte die Währung in Berlin die Frage nach der Macht, und jeder wußte, daß damit über jede einzelne Berlinerin und über jeden einzelnen Berliner entschieden wird, aber jeder wußte wohl auch, daß es dabei gleichzeitig um die Einheit der Stadt ging.

Die DM-West wurde am 23. Juni 1948 bekanntlich in den Westsektoren gültiges Zahlungsmittel, und die Dinge nahmen ihren Lauf. Die sowjetischen Vertreter verließen die alliierte Kommandantur, die Stadt wurde gespalten, und die Blockade begann. Eine Luftbrücke wurde eingerichtet. Sie war ein Erfolg trotz mancher Warnung und wegen viele Zweifel. Bei all diesen Auseinandersetzungen war bald klar, daß sie nicht nur die Stadt und die Menschen, die dort leben, interessierten, die Völker der Welt – wir hören diese Stimme ja oft, ich jedenfalls habe dafür immer noch ein besonderes Ohr –, schauten auf diese Stadt. Und die drei Westmächte nahmen nicht nur Anteil, sie nahmen Partei. Das Volk von Berlin wurde nicht allein gelassen. Denn die Erkenntnis war allgemein: Es gibt keine Möglichkeit mehr, die Stadt preiszugeben. Wer sie preisgeben würde, der gäbe sich wohl selber auf.

Mit Ernst Reuter, ich sagte es schon, hatte Berlin eine Persönlichkeit an der Spitze, wie es diese Zeit und die besondere Lage erforderten. Als der amerikanische Oberkommandierende ihn über die Pläne für eine alliierte Luftbrücke als Antwort auf die Blockade unterrichtete, sagte Clay ihm, daß diese Aktion voller Risiken und daß ihr Erfolg nicht unbedingt gewährleistet sei. Die Antwort von Ernst Reuter war einfach, und sie war frei von falschem Pathos: „Herr General, es kann überhaupt keine Frage sein, wo die Berliner stehen. Die Berliner werden für ihre Freiheit eintreten und werden jede Hilfe, die ihnen geboten wird – jede Hilfe, die ihnen geboten wird –, dankbar annehmen." – Dies ist übrigens auf die knappe Formel gebracht, die Leitlinie, in der sich die Stadt und ihre Führung orientiert haben, damals und viele Jahre später noch. Denn in der besonderen Atmosphäre dieser Auseinandersetzung und angesichts von Blockade und Luftbrücke hatte sich ein neues Verhältnis entwickelt zwischen dem Volk von Berlin und den drei Westmächten. Der damalige Stadtkommandant, Frank Howley, hat später das Resultat der Blockade darin gesehen, daß die Sowjets aufhörten, Verbündete zu sein, und daß die Deutschen es wurden. So also sind in Berlin die drei Westmächte zu Schutzmächten geworden, aus Besatzern und Besetzten wurden Freunde. Und das hat gehalten.

Allerdings gehört dazu auch ein Zweites: Bei dem Festakt zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier von Berlin im Jahre 1987 hat Willy Brandt sich an ein Gespräch zu viert erinnert, das im Jahre 1948 in seiner Wohnung in Halensee stattgefunden hat. Jetzt nehme ich seinen Bericht wörtlich: „Gustav Klingelhöfer, der liebenswerte aus Metz stammende Stadtrat für Wirtschaft entwickelte seine freiheitliche Vision von dem, was er europäische Revolution nannte. Paul Löbe, der ehrwürdige Reichstagspräsident, dann väterlicher Freund im Bundestag, meinte, das wolle wohl alles bedacht sein. Ernst Reuter, noch Verkehrsstadtrat, da als Oberbürgermeister am sowjetischen Veto gescheitert, meinte: mein Beitrag zu Berlin müsse sich einstweilen darauf konzentrieren, nach und nach für viele Fenster in den Straßenbahnwagen zu sorgen." – Das Zitat zeigt, wie der Rahmen für die Berliner Politik zu diesem Zeitpunkt gesteckt war. Es galt einerseits, der sowjetischen Bedrohung durch eine klare und feste Position nach außen zu widerstehen; das war zuerst und vor allem der Part, den die drei Schutzmächte auszuführen hatten. Und gleichzeitig mußte eine große Stadt aus Trümmern aufgebaut und in ihrer Existenz gesichert werden. Hier waren die politischen Kräfte der Stadt gefragt.

In diesem Rahmen also will ich auf drei Gesichtspunkte hinweisen. Sie betreffen die drei Schutzmächte, die innere Politik der Stadt und die Bundesrepublik: Die drei Schutzmächte haben das Chruschtschow-Ultimatum von 1958 in Ruhe und mit Klarheit überstanden. Nach Ablauf der Frist sind sie gestärkt aus dem Schlagabtausch über ihre Rechte und Pflichten in Berlin hervorgegangen. Von dem Bau der Mauer am 13. August 1961 sind sie allerdings ebenso überrascht worden wie die deutsche Politik. Kein Nachrichtendienst hat dies vorab gemeldet, zumindest nicht die Art der Absperrung und auch nicht deren Zeitpunkt. Die Überraschung war allgemein. Aber bei ruhiger Prüfung wurde bald deutlich, daß die drei Mächte in ihren Rechten, soweit sie Westberlin betrafen, eigentlich nicht tangiert waren. Wenn man so will, die Sowjets hatten sich streng an jene drei Essentials gehalten, die der amerikanische Präsident kurz zuvor zu Berlin verkündet hatte. John F. Kennedy hatte nämlich klargestellt: die Anwesenheit der Westmächte in Berlin ist unverzichtbar, die Zugangswege von und nach Berlin müssen den drei Mächten uneingeschränkt offen bleiben, und die drei werden ihrer Verpflichtung nachkommen, in Westberlin den mehr als 2 Millionen Menschen die Möglichkeit zur Wahl einer eigenen Lebensweise zu erhalten.

Seit dem Beginn einer demokratisch legitimierten Stadtverwaltung gab es in Berlin eine Allparteien-Regierung. Das war lediglich nach dem Tod von Ernst Reuter unterbrochen worden. Damals gab es einen CDU/FDP-Senat mit Walter Schreiber an der Spitze; der hatte aber nur eine kurze Lebensdauer. Als dann die FDP nach der Wahl im Jahre 1954 in Opposition gegangen war, haben die CDU und die Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung gebildet – und dies, obwohl die sozialdemokratische Mehrheit eindeutig war und es über Wahlen hinweg auch blieb. Es steht, wie ich meine, außer Zweifel, daß gerade in Berlin die Regierungen der großen Koalition, damals zumindest, Beachtliches geleistet haben. Der Aufbau Westberlins, praktisch aus dem Nichts, und sein zügiger Ausbau zu einer beachtlichen Metropole, die mitten im kommunistischen Umfeld ihrer Bürgerschaft ein hohes Maß an Lebensqualität ermöglichte, ist das Gesamtergebnis dieser parteiübergreifenden Zusammenarbeit – ein Ergebnis, auf das alle Beteiligten von damals, wie ich meine, stolz sein können. Auch heute noch.

Mein dritter Hinweis richtet sich auf die Bundesrepublik und ihre Rolle in dieser Zeit. Dabei steht außer Zweifel, daß der Kampf Berlins um seine Freiheit, vor allem aber um seine Lebensfähigkeit, nur erfolgreich geführt werden konnte, weil sich die Stadt auf die uneingeschränkte Solidarität der politischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland stützen konnte. Wenn ich allerdings heute die politischen Debatten verfolge, so hat sich bei einigen darüber ein Urteil verfestigt, das ich bewußt verfälscht nennen will – so als ob in jenen Jahren, in denen die Stadt um ihre Existenz ringen mußte, die Finanzhilfen aus Bonn nach Berlin nur so gesprudelt seien, unkontrolliert und ungehemmt, das ist natürlich völliger Unsinn. Gerade, wenn ich sehr wohl anerkenne, daß Bundesregierung und Bundestag, übrigens unabhängig von der jeweiligen Parteienmehrheit, ihre Pflicht getan haben gegenüber Berlin, so muß ich doch zweierlei klarstellen: Sie haben lediglich das getan, wozu sie sich gegenüber den drei Mächten und der NATO verpflichtet haben, vertraglich und in vielen politischen Deklarationen; und zum anderen, die Bundesrepublik hat das Notwendige getan, sicherlich nicht weniger

– aber auf keinen Fall mehr. Allerdings, wenn in Bonn von der Solidarität der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Berlin die Rede ist, so mache ich bewußt eine Einschränkung, denn ich meine, wir hätten in diesen Jahren mehr Mitdenken und aktives Mithandeln von seiten der deutschen Wirtschaft bekommen müssen. Mehr jedenfalls als das, was Berlin dann wirklich erhalten hat an Investitionen und an Führungskräften. Ich will das nicht weiter ausführen, aber für einen Großteil der deutschen Wirtschaft ist der freie Teil von Berlin damals nun wirklich nur eine verlängerte Werkbank gewesen. Ich möchte nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß es gerade in dieser Zeit auch positive Beispiele in beachtlicher Zahl gab, viele kleinere, nur wenige mittlere Firmen setzten sich ein, und es gab die Berliner Schering-Aktiengesellschaft mit ihrem überzeugenden Engagement gerade in schwieriger Zeit.

Ohne Zweifel, meine Damen und Herren, war der Bau der Berliner Mauer ein Wendepunkt im internationalen Kräftespiel. Wenn auch die eigentlichen Veränderungen der Lage weltweit erst später registriert worden sind. Dazu mußte die Sowjetunion erst noch die Kuba-Krise heraufbeschwören und manches mehr. Aber dann war international eine neue Politik gefragt, auch in Berlin. Hier kam es nun verstärkt zu Auseinandersetzungen unter den großen Parteien, über Fragen, die bisher unumstritten waren. Willy Brandt war für die Bundestagswahl des Jahres 1961 der Kanzlerkandidat der SPD, und so gerieten die Berliner Parteien stärker in Gegensätze, als der Regierende Bügermeister im Bundeswahlkampf ungezügelt mit Verleumdungen überzogen wurde. Die Reibereien verstärkten sich dann, als Egon Bahr von einer Politik der kleinen Schritte sprach, und sie brachen in offene Konfrontation aus, als Willy Brandt am 17. Januar 1963 den sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow in Ostberlin sehen wollte und die Berliner CDU dem widersprach. Was immer den letzten Ausschlag gegeben hat, will ich dahingestellt sein lassen, jedenfalls, nach der Wahl vom Februar 1963 wurde die Große Koalition nicht wieder erneuert. Die Sozialdemokraten und die FDP gingen ein sozialliberales Bündnis ein. Gerade im Rückblick ist der Zerfall der Großen Koalition in Berlin verständlich, denn die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden großen Parteien waren wohl angesichts der Aufgaben, die es jetzt zu bewältigen gab, verbraucht. Die Union ging in die Opposition mit einer politischen Grundhaltung, die sicherlich konsequent wirkte, die aber falsch war. Sie hat über Jahre hinweg beharrlich alle Schritte abgelehnt, die auf Abbau von Spannungen und auf ein geregeltes Nebeneinander mit der DDR gerichtet waren – von der Passierscheinregelung bis zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin.

Wenn wir heute, 30 Jahre und mehr danach, Bilanz ziehen, dann können wir feststellen, die Geschichte des freien Berlin in jenen Jahren war letztendlich ein einziger, ein dauerhafter Erfolg. Sicherlich, es gab viel Rückschläge und so manche Fehlentscheidungen, nicht selten überwogen Zweifel, ob Berlin es schaffen würde, und die Prognosen waren nicht immer günstig. Schließlich war, das sollte nicht vergessen sein, die sowjetische Expansionspolitik keine Fiktion, sondern sehr real. Das freie Berlin aber war und blieb der Leuchttum der Freiheit und das Schaufenster der freien Welt mitten im kommunistischen Meer. Das aber ist nicht vom Himmel gefallen. Bei allem Respekt vor den drei Schutzmächten oder vor dem Beitrag der Bundesrepublik Deutschland sage ich: Das hat sich Berlin selbst erarbeitet.
John F. Kennedy hat hier vor dem Rathaus Schöneberg am 26. Juni 1963 gesagt: Ich weiß von keiner Stadt, die 18 Jahre belagert wurde und die dennoch mit ungebrochener Vitalität, mit unerschütterlicher Hoffnung und mit der gleichen Stärke und mit der gleichen Entschlossenheit lebt wie heute Westberlin. Eine Feststellung, bei der ich es für jetzt bewenden lassen möchte.

PODIUMSDISKUSSION ZUM VORTRAG

Ursula Besser, Valentin Valin, Gerald Livingston, Alexander Longolius, Klaus Schütz
Moderation: Manfed Rexin

Manfred Rexin

Herzlichen Dank, Klaus Schütz.
Meine Damen und Herren, es geht an diesem Nachmittag um das Thema: Berlin – Absicherung einer Insel. Es wird in den nächsten Stunden um jenen Zeitraum gehen, in dem es Aufgabe und Funktion der deutschen Ostpolitik war, diese Stadt in ihrer Insellage, in ihrer vorgeschobenen Position zu bewahren. Wir sprechen also in erster Linie über den Zeitraum von 18 Jahren zwischen dem Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens am 3. September 1971 und dem Fall der Mauer am 9. November 1989.

Manfred Rexin

Axel Schmidt-Gödelitz hat uns heute morgen aufgefordert, nicht zu sehr in die Details zu gehen. Das ist mit Blick auf die knappe Zeit sicher angemessen, aber es ist nicht einfach, wenn man von Berlin spricht. Denn es gibt tausend Einzelfragen, an denen sich die Geister schieden, die Gegenstand leidenschaftlicher Kontroversen waren, ob im Parlament oder in der Publizistik. Aber wen beschäftigt heute noch, daß jedem Antrittsbesuch eines sowjetischen Generalkonsuls im Abgeordnetenhaus, im Senat oder auch bei Berliner Institutionen von Wirtschaft und Publizistik ein erbärmlicher Streit um die Flaggen, um das Zeremoniell der Flaggenhissung vorausging? Wer weiß noch, warum das Hausrecht in den Passierscheinstellen auf eine besondere Weise zwischen den Senatsvertretern und den Bediensteten der DDR so sorgsam unterschieden wurde? Wer kümmert sich noch darum, daß die Westberliner Polizei auf S-Bahn-Gelände bestimmte Funktionen hatte und trotzdem dort die Bahnpolizei der DDR in Erscheinung trat? Wieso war die Öffnung des westlichen Zugangs zum Teltow-Kanal wichtig und der Ausbau der Spandauer Schleuse dann letztlich doch nicht? Warum gelang der Gebietsaustausch in Steinstücken, aber nicht am sogenannten Frohnauer Entenschnabel? Warum schrieben die Bürokraten in einem Teil der Stadt so sorgsam „Westberlin" in einem Wort und die auf der anderen Seite der Mauer immer ganz sorgsam „West-Berlin"? Solche Fragen, an die man sich heute kaum noch erinnert, beschäftigten uns in Berlin monate- und jahrelang. All das ist das Echo einer ganz fernen, weit zurückliegenden Zeit; dennoch können wir uns noch nicht so ganz von diesen Konflikten und Kontroversen lösen.

Ich will noch ein kleines Detail in ihre Erinnerung zurückrufen, ohne daß wir es im einzelnen erörtern müßten. Wenn wir vor zehn Jahren einen fremden Besucher, vielleicht auch einen Gast aus der damals noch existierenden DDR durch die Stadt geleitet hätten, entlang der Mauer, dann wären wir vielleicht auch an jenen Teil der innerstädtischen Grenze gekommen, an dem die Spree fließt, das Gewässer, das diese Stadt durcheilt. Und da hätten wir an einigen Stellen, nämlich dort, wo die Spree in ihrer ganzen Ausdehnung zum Ostteil Berlins gehörte, diese eigentümlichen Warngeräte gesehen. Einige von Ihnen werden sich dieser Instrumente noch erinnern. Sie waren, wenn ich mich recht erinnere, in neunjährigen Verhandlungen zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR vereinbart worden, nachdem von den steilen Böschungen Kinder gestürzt und ertrunken waren, ohne daß man ihnen von Westberliner Seite aus zu Hilfe kommen konnte. Man fragt sich, warum mußte das so lange dauern, bis ein solches Gerät erfunden und zum Beispiel an der Oberbaumbrücke und in der Nähe des Reichstages aufgestellt werden konnte. Derjenige, der einen Unfall miterlebte, hatte das Recht, die kleine Scheibe des Geräts einzuschlagen, einen Knopf zu betätigen; dann ertönte ein lautes Alarmsignal, das durch eine trichterförmige Tüte auf die Ostseite gestrahlt wurde, so daß die dortigen Grenzwächter mit ihren Booten mobilisiert wurden. Aber gleichzeitig signalisierte das Warnsignal das Recht derer auf westlicher Seite, die zur Stelle waren, einem Ertrinkenden zur Hilfe zu kommen. Es war der Zweck der Geräte, Konflikte in einem solchen Falle zu vermeiden. Ich glaube, es sind dann auch keine Kinder mehr an diesen gefährlichen Stellen ertrunken. Aber es dauerte eben so seine Zeit, und es beschäftigte auch die Alliierten, die vier, die letztlich alles das beaufsichtigten, was hier geschah.

Die Teilnehmer des Gespräches sind Ihnen teilweise bereits bekannt. Ich muß weder Herrn Falin noch Herrn Livingston noch Klaus Schütz vorstellen. Aber ich darf vielleicht eine kurze Bemerkung zu den beiden Gesprächspartnern machen, die Ihnen noch nicht vertraut sind: Frau Dr. Ursula Besser ist als junge Studentin an der Humboldt-Universität sehr bald nach dem Zweiten Weltkrieg der Christlich-Demokratischen Union beigetreten. In diesem Raum unserer Tagung, der Bezirksverordnetenversammlung von Schöneberg, war sie von 1961 bis 1967 Kommunalpolitikerin, Parlamentarierin der Union. Danach, in den folgenden Jahren, in dem nebengelegenen Raum tagend, Mitglied des Landesparlamentes.

Alexander Longolius hat auch in jenem Raum seine parlamentarische Tätigkeit ausgeübt. Nachdem er sich zeitweilig schon sehr intensiv mit der Deutschlandpolitik etwa im Besucherdienst des Bundeshauses, wenn ich mich recht erinnere, zu beschäftigen hatte.

Ich möchte die beiden Politiker aus Berlin um ein kurzes Statement bitten, zunächst Frau Dr. Besser. Sie hat die vielleicht nicht ganz leichte Aufgabe, deutlich zu machen, warum die Union in dieser Stadt – und nicht nur hier, sondern auch in Bonn – die Bemühungen der Deutschland- und Ostpolitik, soweit sie Berlin betrafen, sehr kritisch begleitete.

Ursula Besser

Ich bedanke mich für die Begrüßung und möchte noch zwei oder drei Sätze zu der von mir sonst voll mit getragenen Darstellung der politischen Situation in Berlin sagen, die Klaus Schütz vorgetragen hat.

Die Berliner und auch viele Deutsche, die nach der Stunde Null nach Berlin kamen, sind ganz bewußt in einer Stadt gewesen, wo sich das deutsche Schicksal sozusagen vor den Augen der Welt, bei Anwesenheit der vier Alliierten, abspielte. Damit waren Hoffnungen verbunden, und das hat die

Ursula Besser

Berliner auch sehr stark zusammengeschweißt. Ich habe es damals sehr intensiv an der Humboldt-Universität und der entstehenden Freien Universität erlebt, wobei letztere nur aus dieser Erwartung heraus zu verstehen ist.

Ein Zweites möchte ich sagen: Von der Stunde Null an, übrigens für mich als Schülerin von Haushofer ganz verständlich, hat die Sowjetunion versucht, ihre weiter gesteckten Ziele, also über Berlin und über die Elbe hinaus, zu verfolgen. Das ist mir klar und deutlich gesagt worden, weil ich zufällig aus einem Hause komme, das zu dem Bezirk gehörte, wo General Schukow seinerzeit mit seinem Stab seine Sommerresidenz hatte, nämlich in Fürstenberg an der Havel. Die haben klar und deutlich gesagt: Ihr Deutschen werdet jetzt mit den Westlichen gegen uns kämpfen, oder ihr werdet mit uns gegen die Westlichen kämpfen, bis zum Atlantik hin. Das ist also ein Hintergrund gewesen und war für das Selbstverständnis derjenigen Deutschen in dieser Stadt, die sich mit der Situation nach dem Zusammenbruch auseinanderzusetzen hatten, tatsächlich wichtig. – Herr Falin, Sie mögen gern den Kopf schütteln. Ich weiß, daß ich hier wahrscheinlich manches ausspreche, was nicht jedem von Ihnen gefällt.

Es hat meines Erachtens, kann auch gar nicht anders gewesen sein, von allen politisch tätigen Deutschen von Anfang an und bis 1989 die Bemühungen gegeben, Deutschland wieder zu einen. Darüber gibt es keine Zweifel, und ich will Ihnen deshalb auch doch einige wenige Zitate zu Gehör bringen. Am 1. März 1969 hat beispielsweise der damalige Bundeskanzler Kiesinger gegenüber dem sowjetischen Botschafter geäußert, beide Seiten sollten sich bemühen, sich in puncto Berlin praktisch näherzukommen. Es ging ihm darum, die Position Berlins zu verbessern, auch wenn das symbolische Gesten erforderte.

Nun ist hier schon angesprochen worden, welche Probleme es in der Stadt immer mit symbolischen Gesten gegeben hat. Sie sind international und in der Diplomatie ein wichtiger Gradmesser dafür, wie man miteinander umgehen will und welche Positionen man einnimmt. Aus diesem Grunde kann es überhaupt nicht unterschätzt werden, wenn man auch mittels symbolischer Gesten versuchen will, zu einer Übereinkunft in innerdeutschen Gesprächen zu kommen.

Während der Vier-Mächte-Verhandlungen und zur Zeit der sozialliberalen Koalition hat sich in den Unionsparteien immer mehr das Mißtrauen verfestigt, daß die Kompromißbereitschaft der Bundesregierung einen unvorteilhaften Einfluß auf die Westalliierten ausüben könnte. Und Sie haben ja aus dem Vortrag von Klaus Schütz erkennen können, daß die Westalliierten auch immer versuchen mußten und versucht haben zu lavieren. Diese Befürchtung ist es gewesen, die die Unionsfraktion zu ihrer Haltung auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik veranlaßt hat.- Ich möchte hier am Rande feststellen, in den ganzen Jahrzehnten ließ sich beobachten, daß eigentlich die Sowjetunion

ihre Position Schrittchen für Schrittchen ausgebaut hat; wir in Berlin müssen dies feststellen, wenn wir ehrlich sind.

Deshalb hat im September 1971 die Bundestagsfraktion der Union zwar die praktischen Maßnahmen für einen erleichterten Zugang zur Stadt und zur besseren Bewegungsfreiheit und Außenvertretung gewürdigt, aber Bedenken auf zwei Gebieten angemeldet, die vielleicht auch eher als symbolisch von Ihnen betrachtet werden mögen, es meines Erachtens aber nicht sind. Für uns war die Einrichtung eines sowjetischen Generalkonsulats auf Westberliner Boden sehr problematisch. Dieser Schritt hatte eine Zielrichtung, eine Absicht, die immer wieder und besonders bei der Sowjetunion bestand, nämlich aus Berlin eine selbständige politische Einheit zu machen. Die Union hat auch Bedenken dagegen angemeldet, daß die demonstrative Bundespräsenz in der Stadt und auch die Definition der Zusammengehörigkeit von Berlin und Bund kritisch zu betrachten seien.

Die Berliner CDU-Fraktion hatte sich übrigens am 7. September 1971 zu gemeinsamen Zielen deutscher Politik ausdrücklich bekannt und klargemacht, daß Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung, die wesentlichen Fragen, von ihr nach wie vor unterstützt werden. Sie hat sich gegen Mauer und Schießbefehl gewandt; und ich bin nach wie vor der Auffassung, daß Mauer und Schießbefehl in dieser Stadt unmenschlich waren. Die Union hat die unterzeichnete Vereinbarung bezüglich ihrer praktischen Verbesserungen in und um Berlin gewürdigt – allerdings nur in der Hoffnung darauf, daß das, was in Aussicht gestellt wurde, auch durchgesetzt werden würde. Die Verminderung der Bundespräsenz in der Stadt haben wir natürlich ausdrücklich bedauert.

Übrigens, allen Kritikern war das Vier-Mächte-Abkommen nicht eindeutig genug. Viele Regelungen ließen sich leicht im östlichen Sinn interpretieren und aufweichen, spätere Beispiele haben das auch bewiesen. Ich sage mal ein bißchen zugespitzt, daß wir mit solchen Vertragsformulierungen an der Berliner Universität bei Professor Haushofer, der ja bekanntlich ein Kritiker des NS-Regimes war und das mit dem Leben bezahlte hat, wenig Anerkennung gefunden hätten.

Das Bundesverfassungsgericht hat dann auf Antrag der CSU die Auslegung und Anwendung des Grundlagenvertrages im Zusammenhang mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in wesentlichen Punkten präzisiert, und zwar unter Verweisung auf die Art. 23 und 116, das heißt, der Artikel 7 des Grundlagenvertrages reduzierte unzulässigerweise die Ausdehnung und Regelung von Abkommen und Regelungen auf nur Berlin-West, die Anerkennung der Souveränität der DDR über Berlin-Ost war mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, und die Schutz- und Fürsorgepflicht für die Deutschen in der DDR, gemäß Grundgesetz, durfte nicht verletzt werden. Diese Gefahr bestand nach dem Grundlagenvertrag, nach den Formulierungen des Grundlagenvertrages, je nachdem, wie er nachher ausgelegt wurde.

Er ist ja in seinen Formulierungen, in seinen Wortformulierungen, nicht immer in allen vier Sprachen völlig identisch gewesen. Ich erinnere nur daran, daß wir vom Vier-Mächte-Abkommen gesprochen haben, während man auf östlicher Seite vom Vierseitigen Abkommen sprach. Daß wir auf den Begriff der „Bindungen zwischen Berlin und dem Bund" außerordentlichen Wert gelegt haben, während man auf östlicher Seite nur von „Verbindungen" redete – also, auf deutsch gesagt: Ihr könnt euch auf der Straße bewegen, aber die Bindungen, die rechtlichen Bindungen, die wir darunter zu verstehen wünschen, die wurden dort, schon in der Formulierung, nicht nur in Frage gestellt, sondern fast abgelehnt.

Im Rahmen der Ratifizierung der Ostverträge hat der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Rainer Barzel, damals zur

Berlin-Frage unter anderem festgestellt, das Berlin-Abkommen sei nicht voll befriedigend, aber besser als die von Alliierten und Deutschen in den Zeiten der offenen Spannungen um Berlin diskutierten Pläne. Der festen Beharrlichkeit derer, die streng an unseren Grundsätzen und Rechtspositionen festgehalten haben, war es zu verdanken, daß mehr an Substanz des Vier-Mächte-Status bestätigt wurde, als man zehn Jahre vorher hatte hoffen können. Das eröffnete die Hoffnung, daß es in Europa zur Entspannung kommen könnte. Ich meine in diesem Zusammenhang auch, daß wir an der Aufgabe, in Europa zur Entspannung zu kommen, vorläufig noch weiter arbeiten müssen, denn das Problem ist immer noch nicht gelöst.

1981-1983 bestand dann der Bundeskanzler Kohl nachdrücklich auf der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens. Die Schwierigkeiten ergaben sich immer wieder aus den unterschiedlichen Auslegungen und Zielsetzungen der Vertragsparteien und den nicht in jedem Detail wortidentischen Texten der verschiedenen Sprachen. Es ist üblich, daß nach Regierungswechseln die Politik weitergeht, und es ist üblich, daß man geschlossene Verträge einhält – pacta sunt servanda. Ich sage mal, vielleicht nebenbei, ich halte Parteien für Instrumente in der Politik und nicht für Glaubensinstitutionen.

Die Präzisierung der Auslegung und Anwendung des Vertragswerkes durch das Bundesverfassungsgericht war für die weitere Entwicklung bis 1989 hilfreich, wenn nicht sogar entscheidend. Die Bemühungen, die Deutschen wieder in einem Staat zusammenzuführen, war Grundinteresse deutscher Politik – ich wiederhole es noch einmal – seit Gründung der Bundesrepublik und Bestehens des Grundgesetzes. Der Streit ging um den Weg. Die Menschen in der DDR haben dann 1989 denen widersprochen, die meinten, die Wiedervereinigung sei die Lebenslüge der Deutschen, und die die Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot vielleicht auch gerne gestrichen hätten. Wir müssen

uns klar darüber sein, daß weder die Politiker noch die Regierungen die deutsche Geschichte entschieden haben, sondern beseitigt worden sind Mauer und Trennung durch die Deutschen, durch die Menschen, die auf die Straße gegangen sind und gerufen haben: Wir sind ein Volk. Und wir politisch Tätigen, die weiter für die Menschen in diesem Lande arbeiten, wir müssen dafür dankbar sein, daß wir es tun können. Wir müssen aber andererseits bescheiden genug sein, uns einzuordnen in den Gang der Geschichte, den wir nicht immer selbst entscheiden.

Manfred Rexin

Vielen Dank, Frau Dr. Besser. Alexander Longolius, in diesen 18 Jahren, über die wir sprechen, gab es zunächst ein Jahrzehnt, in dem Sozialdemokraten in Bonn und überwiegend auch in Berlin Regierungsvollmachten wahrnahmen. Und dann gab es einen achtjährigen oder – in Berlin – neunjährigen Abschnitt, in dem Sozialdemokraten in der Opposition waren. Egon Bahr hat heute darauf hingewiesen, warum es Parteiengespräche zwischen SPD und SED gab. Sie haben, wenn ich mich recht erinnere, zusammen mit dem inzwischen verstorbenen Harry Ristock, solche Gespräche innerhalb Berlins geführt, also für die Berliner Sozialdemokratie und ihre Abgeordnetenhausfraktion. Dieses Handeln ist damals gelegentlich mit dem Begriff „Nebenaußenpolitik" kritisiert worden. Können Sie zusammenfassen, warum diese zusätzliche Komponente der Deutschland- und Ostpolitik in den 80er Jahren von Sozialdemokraten begründet wurde?

Alexander Longolius

„Nebenaußenpolitik" war noch der freundlichste Begriff, den wir von den Gegnern dieser Bemühungen gehört haben. Es ging in der Tat um den Versuch, in der Situation der Opposition in einer von Spannungen besonders betroffenen Region einen sehr praktischen Beitrag zu leisten oder zumindest die Möglichkeiten zu Beiträgen auszuloten. Ich erinnere daran, daß 1981 in Berlin die Sozialdemokraten die Regierungsbeteiligung verloren haben, wodurch natürlich die Sorge in meiner Partei wuchs, daß auch das Ende der Berliner Beteiligung an entspannungspolitischen Bemühungen gekommen ist. Und natürlich war das Interesse groß, daß es keinen Bruch gibt, kein Abbrechen der Beziehungen, sondern eher ein Offenhalten unter den besonderen Berliner – und noch exakter gesagt – Westberliner Bedingungen. Es ging uns nicht darum, ich hoffe, daß Frau Dr. Besser mir diese freundschaftliche Polemik verzeiht, praktische Verbesserungen zu begrüßen, sondern sie zu erreichen. Und natürlich ergeben sich in der Diskussion um eine Kommune, auch wenn es sich um eine geteilte Kommune handelt, teilweise Probleme im Detail. Ein solches Problem hat Herr Rexin sehr plastisch in seinen Eingangsworten geschildert; diese Probleme wären vielleicht in Gesprächen auf deutscher oder internationaler Ebene untergegangen, weil sie einfach

Alexander Longolius

dort nicht die Rolle spielen konnten, die sie hier für die betroffenen Menschen sehr, sehr konkret gespielt haben.

Wir haben bei unserer Tagung einige Teilnehmer dieser Gespräche – Gerd Heimann, Herbert Häber. Sie wissen, daß es unser Interesse war, auszuloten, und hier war die Einbindung in die übergeordneten Kontakte völlig selbstverständlich und eindeutig, wie wir die Gesprächspartner auf der anderen Seite dafür interessieren können, eine Situation herbeizuführen, in der es den Westberlinern erträglicher, besser, ja gut ging. Wir wollten ihr Interesse wecken, das zu tun, was nicht ihr unmittelbar erklärtes Ziel war. Und da hatten wir schon sehr viele kleine Schritte angedacht, wobei wir uns Mühe gaben, und ich will das hier ausdrücklich betonen, unsere Rolle in keiner Weise zu überschätzen. Wir waren nicht die Exekutive; meine Beteiligung hatte etwas damit zu tun, daß ich mich plötzlich als Stellvertretender Präsident des Abgeordnetenhauses in der protokollarisch höchsten Position wiederfand, die ein Sozialdemokrat in Westberlin innehatte.

Als uns die Senatsmehrheit verlorenging, da mußten wir uns neu orientieren. Wir haben dann im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten gearbeitet, wobei wir selbstverständlich jeweils den Senat informiert haben – nach jedem Gespräch, nach jedem Kontakt. Wir haben selbstverständlich ebenso unsere Parteispitze und die drei Alliierten in Kenntnis gesetzt – sie haben je ein Protokoll bekommen. Nebenbei bemerkt, mein Gefühl war immer, daß die Protokolle bei den letzteren aufmerksamer gelesen wurden als bei meinen deutschen Partnern. Und auch die Anerkennung für unsere Bemühungen und der Dank für die Informationen sowie die sich daraus ergebenden Gespräche waren dort besonders stark. Ich hatte, dies sei mir gestattet, darüber hinaus anzumerken, jetzt Gelegenheit, die Protokolle der SED einzusehen. Und ich habe mich gefragt, warum wir die ganze Zeit zwei getrennte Protokollanten hatten. Das hätte man sehr viel einfacher haben können. Manche Identität zumindest in kleinen politischen Zielsetzungen wird jetzt klarer, als sie damals schien.

Unsere erste Sorge war, daß die Väter und Beschützer entspannungspolitischer Bemühungen im Westen, und das waren für uns die Sozialdemokraten, sich aus diesem Dialog ausklinken, weil sie aus anderen Gründen vom Wähler mit Liebesentzug bestraft worden waren. Und das wollten wir verhindern, wir wollten diesen Dialog offenhalten.

Das andere war unser Interesse im Sinne des Zitats von Hannah Arendt, welches Klaus Schütz uns hier vorgetragen hat, denn wir wollten auch aktiv teilnehmen. Wir wollten nicht zusehen, wie sich andere um unser Wohl bemühen, sondern wir wollten aktiv dazu beitragen, daß die Interessen und die Wünsche, die an uns von den Berlinern herangetragen wurden, auch von uns mit umgesetzt werden.

In diesen Jahren, in denen wir uns bemühten, haben wir festgestellt, daß die von Frau Dr. Besser zitierten Fußangeln und problematischen Übersetzungen im Verlauf dieser Kontakte eine immer geringere Rollen spielten. Ich war damals Beamter des Innerdeutschen Ministeriums; am Anfang unserer Gespräche mit der DDR wurde mir gesagt, dies sei eine illegale Behörde in Berlin, später hatte das ZK keinerlei Probleme, die Telefonvermittlung dieser illegalen Behörde zu nutzen, um mit mir in Kontakt zu kommen. Sie kennen alle noch die Probleme um die Bundespräsenz in Berlin, aber wenn unsere Gesprächsgruppe auf westlicher Seite aus dem Bundestagsabgeordneten Heimann, aus dem Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, Harry Ristock und aus dem Bundesbeamten Alexander Longolius bestand, dann hat das der Intensität der Gespräche keinerlei Abbruch getan. So gibt es eine ganze Reihe von kleinen Beispielen dafür, daß man durchaus zu Ergebnissen oder zumindest zu einer guten At-

mosphäre kommen kann, wenn man zum Dialog bereit ist. Wenn man natürlich in allen Texten nur die Fußangeln zu finden versucht und Angst hat vor dem Dialog, dann kann man nicht erfolgreich sein. Zum Dialog in einer Spannungssituation gehört immer Mut. Ich denke, das ist eine Lehre, die wir auch der nachkommenden Generation und Menschen aus anderen Regionen dieser Welt vermitteln können. Und wir müssen uns bei jenen bedanken, die zum Dialog beigetragen haben, die diesen Mut gehabt haben. Wir haben in der Teilstadt Westberlin besonders stark davon und von solchen Politikern profitiert.

Ich möchte es zunächst mit dieser Schilderung sein Bewenden haben lassen. Unser Berliner Dialog mit der SED war der Versuch eines Teils der bundesdeutschen Sozialdemokratie, mit den gegebenen Möglichkeiten, aber auch aus der ganz besonderen Verantwortung, in der wir nach dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit in dieser Stadt standen, unseren Teil dazu beizutragen, daß der Dialog fortgesetzt wird und Verbesserungen erreicht werden. Immer dann, wenn wir an einen Punkt in unseren Gesprächen kamen, an dem wir dachten, nun sei offizielles Verhandeln möglich und nötig, haben wir selbstverständlich das Thema und eine Darstellung des Sachstandes an die abgegeben, die dazu befugt waren. Wir haben uns damals, denke ich, nicht überhoben, sondern haben in dem Bereich, in dem wir Möglichkeiten hatten, diese auch genutzt.

Manfred Rexin

Vielen Dank, Alexander Longolius. Ich könnte mir denken, daß es den Wunsch gibt, Rückfragen an die Referenten zu stellen. Das können wir leider uns im Augenblick noch nicht erlauben, weil die anderen auf dem Podium auch noch wichtig sind für unsere Erörterung. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß sowohl Alexander Longolius als auch Klaus Schütz nicht bis 17.30 Uhr in diesem Kreise bleiben können, weil sie aufgrund schon langfristig getroffener Vereinbarungen um 16.30 Uhr unsere Runde verlassen müssen – das ist unvermeidlich.

Ich möchte jetzt zurückkehren zu der Ebene der Vier Mächte, die das Abkommen von 1971 abgeschlossen haben. Mr. Livingston, es war üblich in jener Zeit, wenn man von sowjetischer Berlin-Politik sprach, zu sagen, dieses Berlin habe für die Sowjetunion auch eine gewisse Hebelwirkung. Jeder Druck auf Berlin beeinflußte das Verhalten der Westmächte in Europa und vielleicht auch global. Nun möchte ich Sie fragen: Hatte diese vorgeschobene Position und die Empfindlichkeit Berlins auch eine ähnliche Hebelfunktion für die Westmächte? Was war eigentlich das Interesse der Westmächte, sich auch mit ihrer eigenen Existenz in kritischen Situationen für diese Stadt zu verbürgen? Wir wissen, daß die Franzosen, als eine der Vier Mächte, besonders penibel waren, wenn es um den Berlinstatus ging – davon wissen die, die in diesem Rathaus wirkten, zu erzählen. Es gab in diesem Gebäude die Büros der Verbindungsoffiziere der drei Westmächte; es gab im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses hinter den Abgeordneten die reservierten Plätze für die Alliierten, die bei den meisten Sitzungen auch dabei waren. Und wenn man fragte, warum ist zum Beispiel Frankreich so präzise in seiner Berlin-Politik, dann bekam man gelegentlich die spöttische Antwort, daß Berlin der einzige Ort in der Welt ist, an dem Frankreich noch eine Weltmacht darstellt. Und Frankreich legt Wert darauf, seine Kompetenzen als eine der Vier Mächte zu bewahren. Galt das auch für Briten und Amerikaner?

Gerald Livingston

Ich glaube, Herr Menudier würde nicht sagen, daß das für Frankreich galt. Mr. Rexin, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie am Anfang gesagt haben, daß man Details aus-

sparen soll, denn die Details beherrsche ich nicht. Nichtsdestoweniger möchte ich hier versuchen, Ihre Frage zu beantworten, und auch ein paar Anmerkungen zu der amerikanischen Rolle in Berlin machen.

Natürlich hatte die amerikanische, die französische und die britische Position in Berlin eine große Hebelwirkung gehabt; in zweierlei Hinsicht – und ich spreche jetzt nur für die Amerikaner: Erstens war es so, daß die Deutschen in allen Aspekten der deutschen Frage, in der deutsch-deutschen Annäherung, nichts unternehmen konnten, ohne Rücksicht auf die Reaktion der Amerikaner, Franzosen und Briten in Berlin zu nehmen. Und eben, weil die Position uns so wichtig war, wollten wir natürlich auch – und jetzt spreche ich, wie mir scheint, für alle drei – die Kontrolle ganz sicher in unseren Händen halten. Herr Longolius bemerkte, daß die Amerikaner, Engländer und Franzosen seine Protokolle genau gelesen haben, und das ist natürlich der Grund. Wir wollten letzten Endes nicht, daß die Deutschen Initiativen in ihre Hände nehmen, die die Position der drei Mächte in Berlin irgendwie tangieren, beeinträchtigen oder gar unterminieren würden.

Es gab natürlich einen anderen Aspekt der Hebelwirkung, denn die Stellung der Briten, Franzosen und Amerikaner in Berlin war selbstverständlich auch nützlich, deutsche Unterstützung für die Politik anderswo herbeizuführen. Ein kleines Beispiel aus den späten 80er Jahren sei erwähnt: Zur Zeit der Falkland-Krise hat ein Mitglied des Kabinetts von Helmut Schmidt gefragt, warum die Bundesrepublik die Engländer unterstützten, wenn Elemente der SPD, vor allem der jungen Generation, das als einen imperialistischen Krieg betrachten. Und Schmidt antwortete ganz einfach: „Vergessen Sie nicht, Herr von Dohnanyi hat die Frage gestellt, wer noch in Berlin ist."

Ich möchte mir erlauben, noch ein paar andere kurze Bemerkungen zu machen. Erstens war natürlich Berlin für die Amerikaner immer etwas Besonderes, denn die Berliner, und Klaus Schütz hat das vorhin erwähnt, sind schon vor den Westdeutschen 1948 bei der Luftbrücke amerikanische Verbündete geworden; die Westdeutschen erst 1955 mit dem NATO-Beitritt. Die Amerikaner zeigten mehr Begeisterung für Berlin als die Westdeutschen selber. Und so war für uns auch die Knappheit der Abstimmung im deutschen Bundestag für Berlin als Hauptstadt erstaunlich.

Für die amerikanische Regierung hatte Berlin schon einen sehr hohen Stellenwert vom Jahre 1948 an. Wie sie wissen, hat jeder amerikanische Präsident, von Kennedy bis Clinton, vielleicht mit Ausnahme von Carter, in Berlin einen Besuch abgestattet. Und dies war ihnen wichtig, weil nach dem Bau der Mauer hier die Konfrontation mit dem Kommunismus, mit der Sowjetunion, plastisch und medienwirksam darzustellen war. Denken Sie nur an den Auftritt Reagans – wunderbar inszeniert wie alle Reagan-Auftritte –, als er sagte: „Mr. Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ab". Das war ein Mittel, wodurch über das Fernsehen die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für die amerikanische Politik nicht nur in Berlin, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, sondern sogar weltweit mobilisiert werden konnte. Es hatte einen hohen symbolischen Wert.

Klaus Schütz erwähnte, 1948 waren die Amerikaner bereit, die militärische Macht für die Lebensfähigkeit dieser Stadt einzusetzen. Mit der Ankunft im Atomzeitalter hat sich natürlich diese Bereitschaft geändert; man war bedacht, das Risiko eines Atomkrieges zu mindern, auch im Interesse der Berliner.

Sie haben heute vormittag gehört, daß ich mit Herrn Falin über die Konfrontation in Berlin gesprochen habe. Und jetzt werde ich doch ein Detail erwähnen: In der letzten Zeit ist das Memorandum eines Gespräches aus dem September 1962 bekannt geworden – Sie werden sich vielleicht an dieses Ge-

spräch erinnern, Herr Falin, es war zwischen Chruschtschow und Morris Udall. Dieses Gespräch hatte in Washington damals großes Aufsehen und Furcht erregt, weil es so schien, als ob Chruschtschow mit einem Atomkrieg wegen Berlin drohte. Und er sagte in diesem Gespräch, daß die USA unbedingt ihre Truppen aus Berlin abziehen müssen. Die Verbindung zur Krise in Kuba – ein Jahr später – war für das Weiße Haus ganz evident. Ich betone wieder, was ich schon gesagt habe, die Verbindung zwischen dem gefährlichsten Moment des Kalten Krieges, der Krise in Kuba, und Berlin war eine sehr eindeutige.

Ich möchte abschließend dafür plädieren, daß wir doch in der Berlin-Frage die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik nicht vergessen. Klaus Schütz hat in einem Wort von dem Beitrag der Bundesrepublik gesprochen. Aber wir wissen doch, daß die Subventionen der Bundesregierung für die Lebensfähigkeit dieser Stadt unbedingt unerläßlich waren. Da haben die drei Alliierten überhaupt nichts getan, gezahlt hätten sie bestimmt nicht, im Gegenteil. Ich kann mich selber an mein schönes Leben als Besatzer in Westberlin erinnern. Sogar die Besatzungskosten aller Art für die Amerikaner, Franzosen, Engländer in dieser Stadt wurden – bis auf die Gehälter – natürlich vom Finanzministerium in Bonn gedeckt. Das war das erste Beispiel dieses Ost-West-Transfers, der ein Merkmal der heutigen deutschen Politik ist.

Manfred Rexin:

Vielen Dank, Mr. Livingston. Frau Dr. Besser hat vorhin darauf hingewiesen, daß es immer wieder in den 70er und 80er Jahren Auseinandersetzungen über das Problem der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik gab. Warum – Herr Falin – tat sich die Sowjetunion mit der Anerkennung dieser Bindungen so schwer? Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, Anfang der 70er Jahre war es in der deutschen Politik üblich geworden zu sagen, daß man, um Berlin dauerhaft zu sichern, drei Probleme, die drei „Z" in den Griff bekommen müsse: das Problem des Zugangs, des Zutritts und der Zuordnung. Der Zugang vom westlichen Bundesgebiet nach Westberlin auf den Transitwegen zu Lande und zu Wasser und in der Luft war halbwegs geregelt; Gegenstand dieses Zugangsproblems war das Transitabkommen der Staatssekretäre Bahr und Kohl. Das hat, wenn ich es recht sehe, die Alliierten in der Folgezeit nicht mehr sehr intensiv beschäftigt. Das zweite Problem war das Problem des Zutritts von Westberlin nach Ostberlin und in das umliegende Gebiet, also das Abkommen zwischen dem Senat von Berlin und der DDR-Regierung. Und das dritte war das Problem der Zuordnung; Klaus Schütz hat hier im Abgeordnetenhaus in seinen Reden oft darauf hingewiesen, daß wir sehr bewußt nicht von Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland reden, sondern von Zuordnung, wegen der besonderen Probleme.

Herrn Falin frage ich nochmals: Warum hatte die Sowjetunion auch nach dem Vier-Mächte-Abkommen Schwierigkeiten mit jener Bestimmung, die Westberlin betraf und lautete: „Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika erklären, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden?"

Was ich vorgelesen habe, ist die westdeutsche Übersetzung. Sie haben vorhin schon gehört, daß die ostdeutsche Übersetzung bekanntlich „Ver-Bindungen" an dieser Stelle lautete – verbindlich waren die englische, die russische und die französische Fassung. Herr Bräutigam könnte, wenn er hier wäre, darüber berichten, warum es ein

bißchen dauerte, bis die Dolmetscher – und er war der Vertreter des Auswärtigen Amtes in dieser Situation – sich einigen konnten über eine nicht offizielle, aber gleichsam offiziöse deutsche Übersetzung des Vier-Mächte-Abkommens, das übrigens auf westdeutscher Seite oder auf westlicher Seite „Vier-Mächte-Abkommen" hieß, auf östlicher Seite hingegen „Vierseitiges Abkommen", was wahrscheinlich sogar dem Originalbegriff etwas näher kam. Aber das lassen wir jetzt dahingestellt.

Valentin Falin

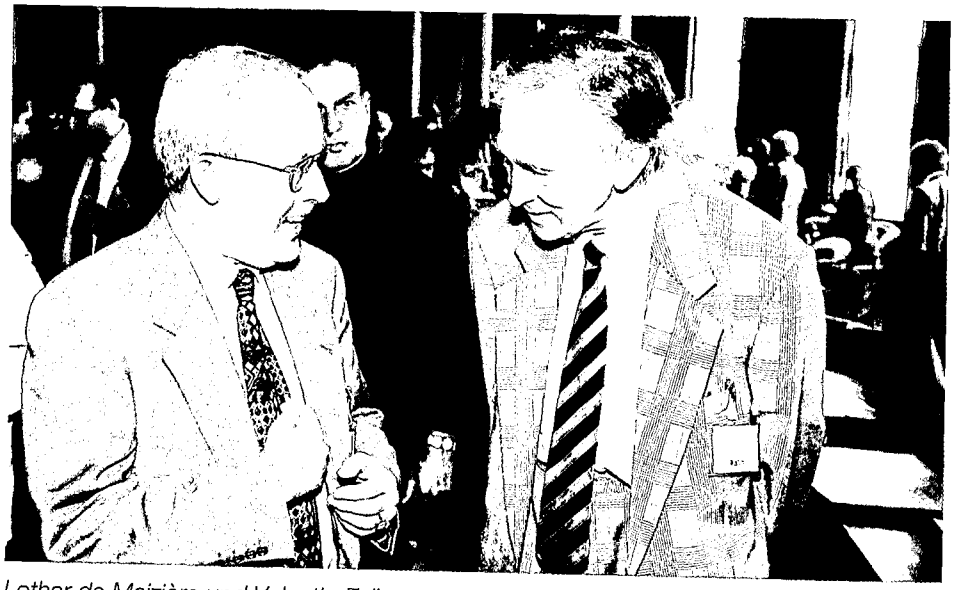
Bevor ich Ihre Frage beantworte, möchte ich drei Vorbemerkungen machen. Herr Livingston hat gesagt, die Amerikaner waren 1948 nicht bereit, Atomwaffen einzusetzen, obwohl die Briten dies vorgeschlagen hatten. Die Amerikaner haben abgelehnt, daß Atomwaffen im erwähnten Jahr eingesetzt werden, um Druck auf die Sowjetunion auszuüben.

Herr Grosser, ein bekannter Freund der Sowjetunion, hat die Bundesrepublik ein illegitimes Kind des Kalten Krieges genannt, und Westberlin ebenso. Es war nicht in den Sternen geschrieben, daß es so nach dem Kriege sein wird, daß es zur Konfrontation in dieser Stadt und auf deutschem Boden kommen wird. Die Unkosten dieser Politik wurden auf beiden Seiten – in Westberlin bzw. in Ostberlin – von der Bevölkerung getragen, und dieser Preis war wirklich zu hoch.

Die dritte Bemerkung: Ein großer armenischer Dichter hat gesagt, daß ein Märchen sich vom Leben unterscheidet, ein Leben ist länger. Was die Vergangenheit angeht, so muß man sich, soweit es möglich ist, an Tatsachen halten. Mir hat Marschall Schukow, den ich persönlich kannte, über den Sprung Richtung Atlantik nichts gesagt. Mehr noch, Stalin hat Anfang 1946, nachdem unsere Seite Dokumente über Kriegsplanungen in den Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion bekommen hatte, die die Auslöschung von 20 sowjetischen Städten, später sogar von 200, durch Atombomben vorsahen, die Direktive ausgegeben, welche bis Ende 1949 galt, unsere Truppen sollen bei einem Angriff des Westens keinen Sprung in Richtung Atlantik vollziehen, sondern sich hinter die Oder zurückziehen und diese Verteidigungslinie mit allen Mitteln aufrechterhalten. Er glaubte, es wird dann später möglich sein, eine Demarkationslinie entlang der Elbe zu schaffen. Ich persönlich habe diese Direktive 1989 veröffentlicht. – Wir müssen hier nicht überholte Tatsachen und Meinungen der Geschichtsschreibung fortsetzen oder wiederbeleben.

Jetzt zu der Frage von Manfred Rexin: Ja, es gab verschiedene Begriffe – Bindungen, Beziehungen, Verbindungen. Über Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik sprachen wir immerzu. Der Begriff Bindungen gehörte Herrn Bahr. Zum ersten Mal erwähnte er diesen Begriff Bindungen im Gespräch mit mir hier in Westberlin. Er bestand darauf, daß die Bindungen zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik so in den Dokumenten festgeschrieben wurden. Für uns war Bindungen nicht akzeptabel – wenigstens für Gromyko nicht, für Breschnew schon. Und Gromyko bestand darauf, daß der Vertragstext in der russischen Sprache das Wort Verbindungen enthält. Und das bedeutete folgendes: Der Zustand am Tage der Unterzeichnung bleibt erhalten, was die politische und juristische Präsenz der Bundesrepublik in Westberlin angeht; aber ein weiterer Ausbau dieser Präsenz wird nicht akzeptiert. Deswegen war unsere Seite gegen das Umweltamt in Westberlin, deswegen war unsere Seite gegen manche andere solcher Institutionen, die man aus der Bundesrepublik nach Berlin verlagern wollte.

Zwei Beispiele aus meiner Arbeit, die die sowjetische Haltung in der Berlin-Frage erhellen: Trotz des Widerstandes unseres Außenministeriums aufgrund gewisser interner Spielregeln war es gelungen, Bresch-



Lothar de Maizière und Valentin Falin

new zu überzeugen, die Autobahn von Berlin nach Helmstedt in einen normalen zivilisierten Zustand zu bringen. Gromyko hingegen argumentierte, daß diese Autobahn im Kriegsfall für uns gefährlich ist. Mein Argument im Gespräch mit Gromyko war dann, diese Autobahn wird im Kriegsfall in beiden Richtungen zu gebrauchen sein, von West nach Ost und umgekehrt – so waren die Gespräche zwischen Gromyko und mir. Ich sagte weiter, eine schlechte Autobahn ist Propaganda gegen den Sozialismus in der DDR, was auch die Zustimmung Gromykos in dem Projekt bewirkte.

Das zweite Beispiel: Wir haben ein Atomkraftwerk in der Nähe von Kaliningrad gebaut. Unter einer Bedingung war das von der Bundesrepublik akzeptiert, ein Teil des Stroms sollte nach Westberlin geliefert werden, um so die Lebensfähigkeit dieser Stadt zusätzlich zu sichern. Man konnte diese Stromleitung nicht abschalten, ohne internationale Verträge zu verletzen. Im letzten Moment intervenierte Gromyko, denn er meinte, es sei nicht unsere Aufgabe, die Lebensfähigkeit dieser Stadt zu sichern, es sei kein ökonomisches, sondern ein politisches Problem. Er wollte jene bestrafen, die das Projekt initiiert und zu Ende gebracht hatten. Ihm eilte Herr Genscher zu Hilfe, er war gegen dieses Projekt, weil neue Technologie an Rußland geliefert werden sollte. Hätte es diese Lieferungen gegeben, wäre es nicht zu der Katastrophe von Tschernobyl gekommen – das haben mir ganz definitiv unsere Gelehrten und Technologen gesagt. Man muß also die juristische Formel und die praktische Politik der Sowjetunion unterscheiden. Die Sowjetunion suchte nach 1971 keine Konfrontationen, keine Komplikationen in Berlin und um Berlin, hier waren wir sehr kooperativ.

Henry Kissinger und ich stimmen zum Beispiel darin überein, daß das Westberliner Abkommen, übrigens mit aktivster Beteiligung von Kenneth Rush ausgearbeitet, nicht ein Vier-Mächte-Abkommen, sondern ein Fünf-Mächte-Abkommen oder Viereinhalb-Mächte-Abkommen war, denn die Bundesrepublik war der aktivste Mitarbeiter bei der Ausarbeitung des Vertrages. Ich kann Ihnen verraten, die letzten Änderungen am Text wurden von Egon Bahr und mir besprochen. Gromyko saß inkognito in Ostberlin, und wir haben ihm berichtet, was zusätzlich gemacht werden soll, damit der Text für die bundesdeutsche Seite und für die Westberliner Seite akzeptabel ist. Das ist der Außenwelt kaum bekannt, es kostete viel Nerven.

Ein letzter Gedanke: Man darf nicht einfach sagen, die Sowjetunion suchte die Konfrontation, war kleinkariert. Es kostete uns manche Mühe, auch die DDR auf dieser Linie festzuhalten. Danke.

Manfred Rexin

Dankeschön, Herr Falin. Bevor das Auditorium eingeladen ist, sich an dem Gespräch zu beteiligen, möchte ich noch einmal eine Frage an Klaus Schütz richten. Warum taten sich die Deutschen so schwer mit einem vernünftigen, tragfähigen Kompromiß in Berlin? Ich möchte auf eine sehr dezidierte Erklärung Präsident Kennedys hinweisen, der unmittelbar nach dem Mauerbau die notwendige Flexibilität westlicher Politik forderte. Ich möchte ein anderes Dokument zitieren, das die Zeit etwa drei Monate nach dem Mauerbau beschreibt. Der britische Premierminister Hurt Macmillan hat es in seinen Memoiren mitgeteilt. Er zitierte in diesem Buch auf Seite 410 das Protokoll eines Telefongespräches, das er am 9. November 1961 führte und in dem er folgende Feststellungen traf, die offensichtlich von seinem amerikanischen Gesprächspartner, Präsident Kennedy, nicht prinzipiell bestritten oder in Frage gestellt wurden. Macmillan empfahl unter dem Eindruck der Bundestagswahl von 1961 seinem amerikanischen Gesprächspartner, er möge nun auf den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer möglichst viel Druck ausüben, um ihm, Adenauer, begreiflich zu machen, daß „die Möglichkeit eines Geschäfts besteht; daß er aber natürlich auch zu geben und nicht nur zu nehmen hat." Zugestehen sollte die Bundesregierung nach Meinung von Premierminister Macmillan in Verhandlungen mit der Sowjetunion folgende Punkte: „erstens die Oder-Neiße-Linie, worüber allgemeine Einigkeit herrscht; zweitens irgendeine Formel, die auf ein beträchtliches Maß der de-facto-Anerkennung der DDR hinausläuft; ich glaube, daß die Botschafter einer Art Formel schon sehr nahegekommen sind, selbst der deutsche Botschafter hat eine Formulierung vorgeschlagen, ... die ungefähr so lautete: Respektierung der Regeln und Vorschriften der Behörden, die Funktionen in jenem Gebiet ausüben – es handelt sich also um ein gewisses Maß an de-facto-Anerkennung zu praktischen Zwekken; drittens meine ich, muß Adenauer anerkennen, daß politische Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik aufgegeben werden müßten, daß aber die wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen sogar noch verstärkt und erweitert werden könnten; und viertens bin ich für eine Erklärung der deutschen Bundesregierung, daß sie weder die Absicht noch den Wunsch hat, Kernwaffen herzustellen."

Wenn ich das recht sehe, sind die vier Punkte der Kern dessen, was die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung dann, neun Jahre später, in die Realität umsetzte. Klaus Schütz, Sie waren in der Phase der großen Koalition Staatssekretär im Auswärtigen Amt und dann Regierender Bürgermeister: Warum taten sich denn die Deutschen so schwer, mit diesen vier Punkten klarzukommen?

Klaus Schütz

Ich habe die vier Punkte im Augenblick nicht alle präsent, aber für jeden, der sich an die damalige Zeit erinnert, ist klar, daß dies eine Memoiren-Mitteilung ist, die mit dem, was man dann mit Adenauer tatsächlich besprochen hatte, nicht so viel zu tun hat, wie es jetzt aussieht. – Es gibt übrigens interessante Memoiren-Literatur. Das genaue Gegenteil des Zitats beschreibt Franz Josef Strauß. Er war damals in der Regierungsverantwortung und wurde in der gleichen Zeit vom amerikanischen Oberkommandieren-

den gefragt, welche Stadt in der DDR mit Atombomben bombardiert werden sollte. Und er hat darüber nachgedacht. – Was übrigens in der Memoiren-Literatur steht, kümmert keinen mehr. Es wird auch sehr viel an Hoffnungen in diese Memoiren hineingelegt.

Tatsächlich war unsere Einschätzung hier in diesem Rathaus, daß es für uns von zentraler Bedeutung ist, unsere Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland so eng wie möglich zu gestalten. Es ging nicht nur darum, ob man Geld für diese oder jene Maßnahme bekommt. Es ging darum, daß wir so intensiv wie möglich in die Bundesrepublik integriert waren, daß jeder Bürger in Westberlin die klare Gewißheit hatte, daß er die gleichen Rechte wie jeder andere Bundesbürger besitzt, wenn er die Stadt verläßt, daß er in Berlin die gleichen Rechte hat, die er auch als Bürger der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen konnte.

Wir haben in der Tat in den Jahren 1961 und 1962 darüber diskutiert, ob es Möglichkeiten für praktische Kontakte gibt. Egon Bahr und ich brauchen uns nur anzusehen, um zu sagen, daß wir auch sehr verschieden Positionen dabei erörtert haben, unabhängig, ob sie Resultate brachten. Meine Einschätzung damals war, und die hat sich eigentlich im Vier-Mächte-Abkommen bestätigt, daß in Berlin insgesamt, aber in Westberlin im besonderen, nur das erfolgreich sein kann, was exakt mit der Vier-Mächte-Regelung übereinstimmte. Ich nehme ein Beispiel: Im Vier-Mächte-Abkommen gibt es die Formulierung, daß Westberlin kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist. Diese Aussage, so nackt und bloß, hat auf den ersten Blick ein kurzes Zögern bei mir hervorgerufen, bis mir dann jemand schnell mitteilte, gleiches steht in einer alliierten Anordnung und ist im Vertrag nur wiederholt. Damit war der Vorgang für mich völlig erledigt, ich brauchte überhaupt nicht nachzudenken.
Es sind viele kluge Artikel geschrieben worden, aber hier funktionierte nur das, was in den Rahmen der Drei-Mächte-Regelung für die Vier-Mächte-Stadt Berlin reinpaßte.

Für meine Begriffe haben sich in den Auseinandersetzungen letztendlich weniger die Amerikaner noch die Russen noch die Deutschen durchgesetzt, sondern die Franzosen. Die haben im Vier-Mächte-Abkommen ihre Position, die sie von Anfang an durchgehalten haben, im Grunde genommen bestätigt bekommen. Und sie hatten recht damit.

Gerald Livingston

Ich bin neugierig, ob in den Macmillan-Memoiren steht, daß Kennedy diese Nachricht weitergegeben hat. Ich kann das nicht glauben, denn nach dem Wahlerfolg von Konrad Adenauer war er überhaupt nicht bereit, solche Punkte zu akzeptieren. Und Sie wissen, das Verhältnis zwischen den USA und Bonn war nie so schlecht in den ganzen 50er Jahren wie am Anfang der Kennedy-Regierung. Kennedy hatte schon 1957 gesagt, daß die Verkettung der amerikanischen Politik mit einer Partei in Deutschland problematisch ist. Er wollte aus dieser Situation heraus, aber nach dem Wahlsieg von Adenauer 1961 war das unmöglich. Ich kann mir nicht denken, daß er diese Information von Macmillan ernst genommen hat.

Manfred Rexin

Sie findet sich im fünften von sechs Bänden der Macmillan-Memoiren, und zwar mit den Hinweis, es sei das Protokoll des Telefongespräches, das auf britischer Seite aufgenommen wurde, ohne die Reaktion des Präsidenten aufzuzeichnen. Macmillan stand in der Tradition des berühmten Memoiren-Schreibers Winston Churchill, der bekanntlich ohne Rücksicht auf irgendwelche Sperrfristen der Archive sehr früh Materialien der Diplomatie des Zweiten Weltkrieges publizierte.

Jetzt schlage ich vor, daß wir das Auditorium einbeziehen. Erste Frage, Peter Bender.

Peter Bender

Mir scheint, gedacht haben mindestens die drei Alliierten ziemlich gleich über das, was in Deutschland nötig war. Und sie dachten das aus einem sehr vernünftigen Grund: Der Stoß Chruschtschows auf Berlin war ein gefährlicher Stoß, in Berlin war kaum Spielraum. Das war unsere Achillesferse. In Verhandlungen über Deutschland, wie sie Chruschtschow im Grunde wollte, um die Zweistaatlichkeit zu bestätigen, da war Spielraum. Die Alliierten meinten, man könnte über Deutschland reden, um den Stoß auf Berlin abzufangen. Das war auch Dulles' Empfehlung an Adenauer, als er Anfang 1959 in Bonn war. Wenn man dann noch weiß, was in Adenauers Auftrag Anfang 1958 von seinem Staatssekretär Globke aufgeschrieben wurde, der sogenannte Globke-Plan, der auch als eine Anfangsüberlegung gedacht war und der mit dem beginnt, was 1989 stattfand, nämlich mit der Aufforderung einer völkerrechtlichen Anerkennung zwischen Bundesrepublik und DDR. – In der zweiten Fassung des Plans ist das später revidiert worden. Wenn man sich ansieht, was die drei Alliierten und was in Bonn ganz geheim gedacht wurde, dann passen im Grunde ja die Deutschlandpläne von SPD und FDP ein Stück dazu, dann bestand ein merkwürdiger Konsens, von dem nur niemand wußte.

Das war eine indirekte Antwort auf das, was heute morgen erörtert wurde, nämlich die Frage, ob die Mauer vermeidbar war. Ich glaube, sie war nicht vermeidbar. – Aber es ist natürlich schon ein merkwürdiger Gedanke, wenn man sich vorstellt, daß im Jahre 1959, unter dem Druck des Chruschtschow-Ultimatums, die drei Mächte und auch Bonn längst so weit waren wie zehn Jahre später, als die neue Ostpolitik begann.

Wir haben jetzt viel über Westberlin gehört, und Westberlin war auch der Gegenstand dieser Krisen und Auseinandersetzungen. Aber wir sind ja wohl alle der Ansicht, daß Berlin eine Stadt ist, und es sind eine Menge Leute hier im Raum, die in Ostberlin gelebt haben. Ich glaube, es wäre hilfreich für uns zu erfahren, wie sie diese Geschichte erlebt haben. Wir dürfen diese Jahre nicht bloß aus Westberliner Sicht betrachten.

Wortmeldung aus dem Publikum

Ich werde Herrn Benders Anregung sofort folgen! Ich bin in Ostberlin geboren und immer noch dort ansässig. Ich habe in Westberlin studiert, war dann technischer Schriftsteller, habe in Ostberlin überwintert. Wissen Sie, wir haben den Alleinvertretungsanspruch, den die Bundesrepublik erhoben hat, die Hallstein-Doktrin und später die praktizierte Politik auch als Alleinvertretungsverpflichtung empfunden. In Bonn saß das einzige frei gewählte Parlament auf deutschem Boden, welches auch die Obhutspflicht für die DDR, tausendmal beschworen in politischen Erklärungen, wahrnahm. Dann haben wir gemerkt, daß im Laufe der politischen Auseinandersetzungen – und ich habe heute auch einen Blick hinter die Kulissen getan, der mich teilweise erschreckt hat, wenn ich gesehen habe, in welcher Stärke, in welcher Intensität im Grunde die Westdeutschen und Westberliner Interessen in der bundesdeutschen Politik im Vordergrund standen –, von dieser Obhutspflicht Abstand genommen wurde. Ich möchte gerne einmal wissen, welche Anstrengungen die deutsche Politik unternommen hat, um den Gesamtberliner Status nicht aufzugeben. Das ist für mich eine Schlüsselfrage und mir für die Betrachtung meines früheren politischen Denkens wichtig.

Das Wiedervereinigungsgebot als eine Hauptforderung der Verfassung ist von der Politik, für mein Gefühl, wir haben die Zitate gehört, zur Formel reduziert worden. Herr

Bahr hat uns heute ausgeführt, daß die Schubladen leer waren. Ich frage mich: Gibt es nicht Erklärungsbedarf dafür, warum die deutsche Politik, und alle Parteien waren beteiligt und haben Verantwortung getragen, nicht dieser fundamentalen Forderung und Verpflichtung der deutschen Politik Rechnung getragen hat? – Ich habe mal einen Professor an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gefragt: Wieviele Doktorarbeiten sind wohl in Deutschland zum Thema des Zusammenschlusses der Zentralverwaltungswirtschaft und der Marktwirtschaft gechrieben worden? Er sagte: Ich fürchte, keine einzige. Ich muß sagen, ich bin enttäuscht über den ganzen Vorgang heute und hier, diese Dinge sind bisher nicht mit dem nötigen Nachdruck angesprochen worden.

Ich bin nicht das erste Mal auf einer solchen Veranstaltung. Heute wird immer von der deutschen Politik gesprochen, doch es ist die westdeutsche Politik gemeint. Natürlich hat die Bevölkerung der DDR in dem Sinne keine Politik betrieben, sie hat Politik ertragen, aber sie hat natürlich mit großer Aufmerksamkeit nach Westberlin und Bonn geschaut. Das hat hier heute gar keine Rolle gespielt. Ich würde mich freuen, wenn die Friedrich-Ebert-Stifung zu einem späteren Termin sich diesem Thema widmen würde.

Wortmeldung aus dem Publikum

Ich bin Rechtsanwalt in Berlin, geboren in Potsdam, dort zur Schule gegangen und 1971 in Bulgarien beinahe auf der Flucht erschossen worden, dann inhaftiert und 1972 im Rahmen des Häftlingsfreikaufs ausgereist. In der Folge habe ich in Westberlin Jura studiert, war 15 Jahre beim Besucherdienst des Gesamtdeutschen Instituts. Ich habe also die Fahne der Wiedervereinigung hochgehalten und bin nun aktuell befaßt mit dem Status der Alliierten. Der hat im Rahmen der Auseinandersetzung um die Mauergrundstücke seine Aktualität nicht verloren.

Ich vertrete die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Mauergrundstücksgesetz, was in Berlin

sehr kritisiert wurde. Und es geht um die Völkerrechtswidrigkeit der Enteignungen in der Anwendung des Verteidigungsgesetzes der DDR; die Entscheidung steht noch aus. Berlin hat sich ja eindeutig zum Vier-Mächte-Status bekannt. Sie sprachen auch an, daß Dr. Kohl als Oppositionsführer 1982 sich ebenfalls ganz vehement für den Vier-Mächte-Status und seine Durchsetzung in ganz Berlin ausgesprochen hat, Frau Dr. Besser. Bloß das Problem ist, Herr Dr. Kohl hat es vergessen. Aus dem Hause Kohl wird mitgeteilt, der Mauerbau war eine ordnungspolitische Maßnahme der DDR, war eine legitime Maßnahme der DDR. Man will von der Völkerrechtswidrigkeit und von der Illegalität nichts mehr wissen, weil es um Geld geht, um die Milliarde, die man in den Staatshaushalt bringen will – deshalb verneint man die Völkerrechtswidrigkeit und die Nichtigkeit dieser Aktivitäten. Also, ich würde es begrüßen, wenn Sie Herrn Dr. Kohl darauf aufmerksam machen würden, was er 1982 in seiner parlamentarischen Anfrage an den Deutschen Bundestag und auch in seiner Rede bezüglich Nico Hübner gesagt hat.

Meine Frage auch an Herrn Livingston und Herrn Falin, wer hat die Enteignungen der Mauergrundstücke in Ostberlin zu verantworten? War die DDR verantwortlich dafür, daß das Verteidigungsgesetz von 1961 angewandt wurde oder die Sowjetunion? Und was sagen die Amerikaner dazu, daß die Deutschen plötzlich nicht mehr den Vier-Mächte-Status wahrhaben wollen, wenn es ums Geld geht?

Die Berliner bleiben bei der Stange, auch wenn es Geld kostet – sie haben sich auch nachträglich zu dem Vier-Mächte-Status bekannt. Aber die Bonner eben nicht. Und das beantwortet auch Ihre Frage, warum die Bonner nicht mehrheitlich für den Umzug nach Berlin gestimmt haben.

Und vielleicht noch eine Frage an Herrn Dr. Schütz: Wenn Sie aus dem Munde eines deutschen Richters hören, die Anlegung des Todesstreifens stand im Allgemeinwohl der DDR und war damit nicht verfassungswidrig, wie reagieren Sie da? Das habe ich in einem Urteil 1994 zu hören bekommen, ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin. – Ich muß Ihnen sagen, das muß man erst mal verdauen.

Manfred Rexin

Dankeschön. Wir nehmen noch zwei Wortmeldungen, bevor wir zurückkehren auf das Podium.

Wortmeldung aus dem Publikum – der gleiche Redner wie zuvor

Entschuldigung, noch einen letzten Satz. Herr Rexin, Sie haben den Text vor Augen, und es ging um die Frage des Geltungsbereichs des Grundgesetzes; Art. 23, Absatz 1 sagt: Das Grundgesetz gilt in Groß-Berlin. Das heißt, Westberlin und Ostberlin waren Teil des Grundgesetzes.

Manfred Rexin

Die Alliierten haben das Grundgesetz 1949 nur genehmigt mit der Maßgabe, daß dieser Artikel suspendiert werde. Wir haben das sehr bedauert, denke ich, aber der berühmte Artikel, den Sie zitierten, ist von den Alliierten nicht in Kraft gesetzt worden. Und Sie wissen, warum das Verfassungsgericht, vor dem Sie jetzt kämpfen, lange Zeit keine Zuständigkeit für Westberlin haben durfte.

Christa Stark

Das paßt jetzt nun überhaupt nicht in diese erregte Debatte. Herr Bender hatte gefragt: Wie ist denn dieser Einigungsprozeß von Ostberlin aus beobachtet und empfunden worden? Dazu würde ich gerne etwas sagen.

Die KSZE-Bemühungen waren interessant und wichtig und richtig, aber sie haben in mir die Besorgnis ausgelöst, daß sich die DDR und das Regime stabilisiert und unwiderruflich wird. Für uns – oder für mich – war die Veröffentlichung des SED/SPD-Papiers im „Neuen Deutschland" eine Offenbarung. Ich sehe mich heute noch mit dem „Neuen Deutschland" sitzen, in dem man Wort für Wort die Erklärung nachlesen konnte. Wir wußten damals, daß sich eine Tür öffnete. Es wird ganz, ganz lange dauern, bis diese Tür wirklich weit offen steht, aber sie ist nicht mehr zu schließen.

Manfred Rexin

Darf ich nochmals fragen, damit wir das genau verstehen: Ihre Reaktion auf das Papier war, daß es langfristig hilfreich ist?

Christa Stark

Es ist langfristig hilfreich, es ist die Öffnung in eine zu diesem Zeitpunkt nicht zu bestimmende Entwicklung, eine Entwicklung der Öffnung.

Manfred Rexin

Ich wollte nur, daß wir das nicht mißverstehen. Sie wissen, es gibt viele Leute, die dieses Papier für ein Teufelspapier schlechthin halten.

Walter Romberg

Ich bin 1950 nach Berlin gekommen, stamme an sich aus Mecklenburg und habe die schmerzliche Trennung, die mehr und mehr sich in der Stadt realisierte, am eigenen Körper erlebt. Ich habe auch den Panzeraufmarsch am Checkpoint Charlie 1961 erlebt. Ich will das nur als Hintergrund sagen.

Es hat in Ostberlin und der DDR Leute und Gruppen gegeben, die sehr bewußt versuchten, die neue Ostpolitik der SPD, so wie wir sie verstanden haben, zu fördern und zu stützen. Dies speziell in dem Raum, aus dem ich komme, beim Bund der Evangelischen Kirchen. Wir haben 1982 sehr schnell darauf hingewirkt, daß die Ergebnisse der Palme-Kommission Leitlinien für die politischen Einschätzungen der Evangelischen Kirchen in der DDR geworden sind. Wir haben insbesondere dann zur Sicherheitspartnerschaft auch Papiere entwickelt, die im gesamtdeutschen Raum eine große Rolle gespielt haben.

Es ging uns nicht um die Destabilisierung der DDR, sondern in einem Papier heißt es sinngemäß: Wir sind der Meinung, daß der Entspannungsprozeß in Mitteleuropa nur möglich ist, wenn Stabilität auf beiden Seiten herrscht. Dies hat natürlich jetzt zu den Angriffen geführt, wie man von verschiedenen Seiten hört, auch aus der eigenen Partei, der SPD. Ich denke, die Aussage, wir hätten die DDR stabilisiert, muß man nicht akzeptieren; aber man muß sie anhören und immer wieder darauf reagieren.

Wir haben dann bis in den militärischen Bereich auch Gespräche mit SPD-Freunden aus der alten Bundesrepublik gehabt und sehr konkrete militärische Strukturierungskonzepte in die Diskussion gebracht. Auf der Seite der Nationalen Volksarmee, der Militärakademie, haben wir auf unsere Weise einen Prozeß mit befördert, wie er hier allgemein durch die Ostpolitik der SPD beschrieben worden ist. Allerdings für die meisten von uns war das Bewußtsein so, daß es um Reformen in der DDR geht; dieser plötzliche und totale Zusammenbruch war nicht unbedingt in dem Augenblick absehbar.

Zum Schluß eine Frage, die heute früh von einem griechischen Kollegen schon gestellt worden ist: Welche Rolle spielte die Ökonomie in der Ostpolitik? Es geht eigentlich nicht um die Frage nach deutschen Wirt-

schaftsinteressen, sondern – wenn man es im Sinne der gemeinsamen Sicherheit wirklich bedenkt -, ob man reflektiert, welche Interessenlage und Strukturen sie hat, wie ihre eigene Situation ist, wie sie sich selbst wahrnimmt und versucht, ökonomische Sicherheit mitzudenken. Hier ist für mich doch ein starkes Defizit der Ostpolitik. – Und dies haben wir dann auch sehr konkret zu spüren bekommen bei dem Vereinigungsprozeß, weil im Grunde das Mitdenken in den Strukturen der anderen Seite überhaupt nicht ausgeprägt war. An vielen Stellen führte es zu einem Versagen, und Fehlentwicklungen, unter denen wir heute leiden, waren die Folge.

Manfred Rexin

Herr Bahr, war es möglich, Deutschlandpolitik und Berlin-Politik in den 70er Jahren zu gestalten und gleichzeitig die Fahne der deutschen Einheit immer wieder aufzuziehen und flattern zu lassen?

Egon Bahr

Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die Bundesregierung für die Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung einen entsprechenden Ausschuß eingesetzt hat, und dieser Ausschuß ist 1958 oder 1959 aufgelöst worden, mit der Begründung, daß die Auseinanderentwicklung der beiden Systeme in beiden Teilen Deutschlands schon so weit gegangen ist, daß eine konkrete Vorbereitung der Wiedervereinigung nicht mehr möglich ist – objektiv nicht mehr möglich ist. Die sozialliberale Koalition hat dann nach ihrem Zusammentritt 1969 die Sache insofern wiederbelebt, als sie den Bericht zur Lage der Nation eingeführt hat. Sie machte damit den Versuch, durch entsprechende Institute beim Gesamtdeutschen Ministerium eine Untersuchung dessen durchzuführen, was sich in der DDR wirtschaftspolitisch vollzieht. Wohlwissend, daß man sich einen Zusammenschluß – von Anschluß oder Beitritt war überhaupt keine Rede – nicht vorstellen konnte. Und das ist der Grund, weshalb es objektiv unmöglich gewesen ist, 1990 Pläne aus der Schublade zu ziehen und zu sagen, wir machen dies so oder dies so. Die Frage des Beitritts nach Artikel 23 Grundgesetz war nicht vorgesehen. Und man muß sagen, daß die Administrationen auf beiden Seiten eine ungeheure, bewundernswerte Arbeit leisteten, als sie den Einheitsvertrag zusammengedacht, zusammengeschrieben und zusammengeschustert haben. – Ich hätte zeit meines Lebens mal in der phantastischen Position von Schäuble sein mögen, mit mir selbst zu verhandeln, denn der Krause war ja nicht wirklich ein Verhandlungsgegner oder ein Verhandlungspartner. Und dann hat sich das Konzept der Bundesrepublik, des Westens, durchgesetzt, mit den bekannten Fehleinschätzungen und den objektiven Fehlern, wie Rückgabe vor Entschädigung, die heute irreparabel geworden sind. Das ist jedenfalls ein Teil der Erklärung, ohne daß sie vollständig ist.

Zum zweiten möchte ich dem Interventen von vorhin eine kleine Tatsache in Erinnerung rufen: Es ist ja selten in der Geschichte, daß die Besiegten über die Sieger bestimmen. Das gilt sogar fürs Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht kann nicht und konnte nicht über die Sieger bestimmen; zum Beispiel darüber, daß sie bestimmte Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt und suspendiert haben, was übrigens alle Bundeskanzler des Bundesrepublik Deutschland unterschreiben mußten, daß sie das anerkennen. Das hat auch nicht nur Adenauer, Ehrhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt, sondern auch Kohl unterschrieben. Ja, so ist das. Und das ist gültig geblieben bis zur deutschen Einheit. Daraus resultiert natürlich zum Teil das, was hier eine Kontroverse gewesen ist. Die Kontroverse besteht darin, daß das Verfassungsgericht sich souverän erklärt hat: Wir sind zuständig für die Interpretation der Verfassung, es kümmert uns nicht, was die drei Mächte gesagt haben. Wenn wir nach dem

Urteil des Verfassungsgerichts gegangen wären, Frau Dr. Besser, das bekanntlich den Grundlagenvertrag für verfassungskonform erklärt hat, dann wären wir in eine schreckliche Lage gekommen. Die haben nämlich erklärt, daß die Grenze zwischen Bayern und der DDR genauso zu behandeln ist wie die zwischen Bayern und Baden-Württemberg; aber der Bundesbürger oder der DDR-Bürger, der solches versucht hätte, wäre eines anderen belehrt worden. Das Verfassungsgericht war uninteressant – in dem Falle.

Ich will nur noch mal daran erinnern, was Klaus Schütz auch vorhin schon deutlich gemacht hat, Berlin ist nicht Teil der Bundesrepublik, Großberlin nicht, Westberlin nicht. Es darf nicht vom Bund regiert werden, dies war eine Formulierung der drei Mächte mit der Einschränkung, daß Bundesrecht in Berlin nicht gilt, sondern transferiert werden muß in Berliner Recht – Überleitungsgesetz. Deshalb kamen so verrückte Sachen zustande, daß das Bundeswasserstraßengesetz nicht in Berlin angewendet werden durfte, weil es in Berlin per definitionem der drei Mächte Bundeswasserstraßen gar nicht geben konnte.

Aber ich will ausdrücklich sagen, ich bin natürlich froh, daß Frau Dr. Besser sich heute gestellt hat, obwohl viele ihrer hohen und höchsten CDU-Freunde, hierher eingeladen, sich nicht gestellt haben. Und ich will nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß natürlich auch die CDU-Regierung sich ihre Verdienste um Berlin erworben hat. Hier wurde die Mauer gebaut; und Adenauer hat entschieden, daß trotz des Baus der Mauer der Interzonenhandel mit der sowjetisch besetzten Zone nicht eingestellt wurde. Warum wohl? Um die zu belohnen? – Nein, um Berlin zu schützen.

Manfred Rexin

Wir wollen das vielleicht nicht zu sehr vertiefen, obwohl ich voll und ganz Ihr Engagement verstehen kann. Ich möchte nur daran erinnern, daß die beiden Abgeordneten Longolius und Besser, in fast jeder Sitzung des Abgeordnetenhauses am Ende den Arm gehoben haben, immer einmütig – bis die Alternative Liste kam, die wollte das dann eine Zeitlang nicht mitmachen -, wenn es darum ging, Bundesrecht in Landesrecht zu transferieren. – Es wäre nie einer in München im Landtag oder im Hamburger Landesparlament auf den Einfall gekommen, einem Bundesgesetz ausdrücklich zuzustimmen, in Berlin mußte das geschehen! Es war Teil des Vier-Mächte-Status. Ich kann verstehen, wenn Ostdeutsche das alles aus der Entfernung, diese Routinevorgänge, nicht mitbekommen haben. Aber Juristen müßten es eigentlich erlebt haben, denn das war elementarer Bestandteil der Politik dieser Stadt, es ging um die Wahrung, die Respektierung der Rechte der Vier Mächte.

Klaus Schütz

Verständnis habe ich für die Frage an mich und andere, was wir für die Menschen, die in der DDR gelebt haben, getan haben. Das ist eine Frage, das muß ich wirklich sagen, die uns die ganze Zeit bewegt hat, als wir hier gearbeitet haben. Wir haben immer aktiv darüber nachgedacht, haben aber gemerkt, es gibt bestimmte Grenzen dessen, was wir in der konkreten politischen Situation tun können – hier in Berlin oder auch, als wir Sozialdemokraten die Bundesregierung geführt haben.

Ein Stichwort hat Egon Bahr eben gegeben: Interzonenhandel. Die Bundesrepublik Deutschland hätte wirtschaftlich auch ohne den Interzonenhandel leben können. Aber es war eine politische Auseinandersetzung, die wir geführt haben. Denn nicht wegen der Mauer hat die CDU-Regierung damals den Interzonenhandel eingestellt, sondern wegen der Schwierigkeiten, die es danach gab, hat Erhard einmal diesen Handel eingestellt. Durch sozialdemokratischen Oppositionsdruck hat er die Tür für den Interzonenhandel wieder geöffnet, und dies wirklich nur, um Kontakte zu halten. Da mag man sagen, es hat nichts gebracht, vielleicht auch das System stabilisiert, aber mit solchen Aussagen kann ich auch heute noch nichts anfangen.

Und nun will ich noch etwas sagen, warum wir hier die Passierschein-Regelung gemacht und durchgesetzt haben, daß wir dieses als einen wichtigen Faktor des Vier-Mächte-Abkommens durchgesetzt haben, das haben wir nicht zur seelischen Befriedigung von Westberlinern getan. Die haben auch sonst Möglichkeiten gehabt, sich zu befriedigen, sondern das haben wir getan, weil wir meinten, es sei ein Beitrag dazu, mit den Menschen zusammenzukommen. Und es war ein ganz wichtiger Anlaß in jener Rede, die der Bundeskanzler Willy Brandt gehalten hat zur Lage der Nation. Darauf hinzuweisen, daß dieser oder jener kleine Schritt dazu geholfen hat, das ist, das gebe ich zu, nicht das große Programm für die Vereinigung von Europa oder von sonst etwas, sondern das sind unsere damals praktischen Schritte und freimütig gesagt: ich bin da weiter eigentlich stolz darauf, daß wir und was wir, klein, wie es immer gewirkt haben mag, damit erreicht haben.

Claus Arndt

Ich trete mit einiger Beklemmung an das Mikrophon, aber die doch stark juristisch gewordene Diskussion zwingt mich, noch ein paar Worte zu dem zu sagen, was der Anwalt aus Berlin gesagt hat.

An sich ist die Sache ganz furchtbar einfach. Es gab nach dem Kriege zwei Ebenen: die Ebene des deutschen Rechts und – nach der Haager Landkriegsordnung – die Ebene des Alliierten Rechts. Das Alliierte Besatzungsrecht, wie immer man es im einzelnen benannte, das blieb völkerrechtlich Besatzungsrecht bis 1990, und es überlagerte deutsches Recht so weit, wie eben die Besatzungsmächte es bestimmt hatten. Und da ist es so, daß nach deutschem Recht Berlin immer ein Land der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist. Die Alliierten waren in der Lage, Artikel 23 des Grundgesetzes mit Besatzungsrecht zu überlagern und damit faktisch außer Kraft zu setzen. Wenden wir die Haager Landkriegsordnung an, dann endet mit dem Besatzungsrecht auch die Überlagerung, und ohne jeden weiteren Akt lebt das deutsche Staatsrecht wieder voll auf, der Artikel 23 wird also uneingeschränkt wirksam. Dies gilt insbesondere für Berlin. Alle Beschränkungen, die der Bundesgesetzgebung und überhaupt dem Bundeseinfluß in Berlin entsprachen, waren überlagerndes Besatzungsrecht.

Wenn das Abgeordnetenhaus hier Bundesgesetze noch einmal verabschieden mußte, so war dieses sozusagen die Ausführung eines Besatzungsbefehls, folgte aber nicht unmittelbar kraft deutschen Rechtes. Der Beweis dafür ist darin zu sehen, daß ohne jeden weiteren Akt im Augenblick des 3. Oktober 1990 diese Verpflichtung wegfiel. Niemand hat beschlossen, daß in Zukunft das nicht mehr der Fall sein sollte, weil nach deutschem Recht Berlin immer ein Land der Bundesrepublik Deutschland war. Wenn also ein DDR-Gesetz mit dem Besatzungsrecht des Vier-Mächte-Status im Widerspruch stand, dann war es vom Besatzungsrecht überlagert. Im Augenblick des Wegfalls des Besatzungsrechts lebte dieses deutsche Recht, gesetzt von der DDR, und das gilt auch für verschiedene Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, automatisch auf.

Die Sache ist an sich relativ einfach: Solange das Besatzungsrecht das deutsche Recht suspendierte, blieb es nach der Haager Landkriegsordnung faktisch nicht durchsetzbar, blieb aber deutsches Staatsrecht oder deutsches Recht überhaupt. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag fiel das Besatzungsrecht weg. Und das klärt sowohl die Frage, die hier gestellt worden ist, als auch einige

Nuancen, die mein Freund Egon Bahr gesagt hat. Die Auffassung der Bundestagsfraktion der SPD war von dieser Sachlage geprägt, dieses war die Basis, auf der wir zum Beispiel die Verträge von Moskau und Warschau im Bundestag verabschiedeten. – Ich habe den Bericht als Buch veröffentlicht, da kann es jeder nachlesen. Es ist 1973 erschienen, als die Frage der Wiedervereinigung noch gar nicht aktuell vorlag.

Alexander Longolius

Ich würde gerne dazu eine Bemerkung machen, muß aber vorausschicken, daß ich kein Jurist bin. Ich gebe zu, daß ich damit sehr gut leben kann, und will verhindern, daß diese sicher sehr kenntnisreiche juristische Diskussion dazu führt, daß ein Skandal heute nicht mehr Skandal genannt wird. Ich akzeptiere Ihre Argumentation, stelle aber fest, daß selbst nach dem Verteidigungsgesetz der DDR diese entschädigungslose Enteignung längst hätte zurückgenommen werden müssen – das ist der eine Punkt. Wenn man sich schon auf deutsche Rechtsgrundlagen stellt und dieses Gesetz akzeptiert, dann müßte man auch das würdigen.

Das zweite aber, das scheint mir sehr viel wichtiger zu sein: Die bundesdeutsche Politik hat die Anwendung des Verteidigungsgesetzes der DDR im Osten der Stadt jedes einzelne Mal kritisiert; und nach der damaligen rechtlichen Situation war das auch völlig korrekt. Dazu gehörte natürlich auch die Kritik an den Enteignungen zum Bau der Mauer. Die Entschädigungen – es gab sie sowieso nur in wenigen Fällen – waren in Wirklichkeit keine. Ich würde diesen Teilaspekt gerne wieder dahin zurückführen, wo er hingehört. Es ist eigentlich nicht so sehr eine juristische, sondern eine moralische Frage. Die Leute, die sich dauernd DDR-kritisch aufblähten und so sehr viele Wählerstimmen gewannen, können sich an ihre Reden nicht mehr erinnern, wenn es gilt, Unrecht wiedergutzumachen, und wenn das sogar noch Geld kostet. Dieser Skandal bleibt ein Skandal, ganz egal, wie die juristische Argumentation ist.

Herr Anwalt, entschuldigen Sie, daß ich so unjuristisch argumentiere. Aber diese Position ist die, die mich immer in den Debatten motiviert hat, solange ich im Abgeordnetenhaus war. Es geht darum, den Mund aufzumachen und alles zu versuchen, um dieses juristisch vielleicht begründbare, politisch und moralisch aber skandalöse Unrecht zu beseitigen.

Manfred Rexin

Ich möchte mir erlauben, unsere beiden ausländischen Gesprächspartner und Frau Dr. Besser anzusprechen.

Mr. Livingston, in den 60er Jahren waren Sie in Berlin, Ende der 60er Jahre in der amerikanischen Botschaft in Bonn, dann im Sicherheitsrat des Weißen Hauses – wie haben Sie die deutsche Haltung zur sogenannten deutschen Frage, zur offenen deutschen Frage gesehen? Haben die Amerikaner das Gefühl gehabt, ich spitze zu, die Deutschen vergessen die deutsche Einheit und haben nur noch praktische Verbesserungen im Sinn?

Gerald Livingston

Herr Rexin, soll ich auf alle an mich gerichteten Fragen antworten oder nur auf diese eine?

Manfred Rexin

Natürlich auf alle, die hier an Sie gerichtet sind.

Gerald Livingston

Zu dieser ersten Frage: Ich muß Ihnen wirklich die Antwort geben, daß ab, ich würde

sagen, 1953, für die Öffentlichkeit in Amerika, für die praktische Politik der USA, Berlin gleich Westberlin und Deutschland gleich Westdeutschland war. Also, wir hatten wirklich keinerlei Verbindungen zu der DDR und suchten auch keine, außer vielleicht im Nachrichtenwesen. Und das galt bis 1974, als wir diplomatische Beziehungen zu Ostberlin aufnahmen. Das stand natürlich in einem starken Kontrast zu dem Interesse für die anderen Ostblockstaaten: Polen, Tschechoslowakische Republik, Ungarn, die anderen. Mit den anderen Staaten hatten wir diplomatische Beziehung schon von Anfang an. Und es ist wichtig, daß in Amerika die „Bindestrich-Amerikaner", polnische Amerikaner, tschechoslowakische Amerikaner, ungarische Amerikaner, immer dafür plädierten, die Verbindung aufrechtzuerhalten. Die Amerikaner mit deutscher Herkunft, mit Ausnahme von Professoren, wandten sich Westdeutschland zu. Das gilt für die Öffentlichkeit und für die praktische Politik.

In den Beratungen der Regierung schmunzelte man irgendwie immer, wenn man das Wort „Deutschland als Ganzes" hörte. Dieser Begriff war uns, was die alliierte Stellung in Berlin anbelangt, da komme ich wieder auf diesen Punkt von vorhin, zwar wichtig, aber für Henry Kissinger und meine Kollegen war das mehr oder weniger eine Sache der „Theologen"; Henry Kissinger hat sie immer die „Theologen der Deutschland-Politik im State Department" genannt. Was praktische Entscheidungen anbelangt, spielt das, glaube ich, kaum ein Rolle.

Nur gab es natürlich Grundlagen für die Verhandlungen 1971 mit der Sowjetunion. Da waren in Washington auf Schritt und Tritt die Juristen anzutreffen. – Es sind ohnehin viele Juristen da, aber ich bin eben Gott sei Dank keiner.

Auf die Frage der Enteignung von Mauergrundstücken kann ich nur mit den unsterblichen Worten von Herrn Höcherl kommen: „Glauben Sie etwa, daß ich mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufe? Sicherlich nicht!"

Ich plädiere auch dafür, daß wir über eine andere Angelegenheit sprechen, die eben von dem Rechtsanwalt angesprochen wurde, und sie in unsere Einschätzung der deutsch-deutschen Beziehung mit einbeziehen: Das ist dieser Freikauf so vieler ostdeutscher Bürger, auch westdeutscher Spione, der schon 1962 unter einer CDU-Regierung anfing. Ich glaube, die Zahlen waren beachtlich. Es waren eben hauptsächlich Querköpfige und Fluchtsüchtige und Dissidenten, die freigekauft wurden. Da würde ich argumentieren, daß es ein Beitrag zur Stabilisierung der DDR war. Die durch die Bundesregierung Freigekauften wurden dann in Westdeutschland in diese Verbrauchergesellschaft integriert und waren keine Dissidenten mehr. Der ganze Vorgang trug zur Stabilität der DDR bei.

Ein letzter Punkt: Im Grunde genommen war für die Amerikaner das Besatzungsrecht oder die Souveränität in Berlin sehr, sehr wichtig. Es war uns des Risikos wegen wichtig, hier doch das letzte Wort zu haben, wenn es darauf ankam. Deswegen bestanden wir immer darauf. Und jeder Bundeskanzler hat es unterschrieben. Als ich in Bonn war, war ich erstaunt, daß auch, wenn es eventuell der SPD/FDP-Koalition im Bundestag Stimmen gebracht hätte, von der sozialliberalen Regierung die Stimmen der Berliner Abgeordneten nie mitgezählt wurden – es gab durchaus Fälle, wo das den Ausschlag hätte geben können. Aber die Beachtung der Besatzungsrechte in Berlin durch alle deutschen Bundeskanzler und deutsche Regierungen war für die Haltung der Amerikaner wirklich sehr, sehr wichtig.

Manfred Rexin

Vielen Dank. Herr Falin, ich stelle ungern Fragen, in denen dieses „Was-wäre-wenn" enthalten ist. Aber in diesem Falle würde

ich doch ganz gerne mal wissen, wie die Sowjetunion sich möglicherweise bei einer stärkeren Akzentuierung des Fernziels „deutsche Einheit" in entscheidenden Situationen verhalten hätte. Es gab bekanntlich nach der Auflösung des Bundestagsausschusses noch eine gewisse Zeit den Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung, der unter der Aufsicht des jeweiligen Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen stand und erst zu Beginn der sozialliberalen Koalition seine Tätigkeit beendete. – Dieser Forschungsbeirat ist immer von der DDR als das typische Beispiel, wie sie das nannte, einer juristischen Aggression massiv angegriffen worden.

Herr Falin, angenommen, es wäre nicht nur bei dem von Herrn Bahr entworfenen und schon beschriebenen Brief zur deutschen Einheit geblieben, den Ihre Regierung entgegengenommen hat. Angenommen, es hätte über diese Staatsakte zum 17. Juni hinaus noch häufiger eine deutliche und massive Betonung der deutschen Einheit gegeben. Hätte das die bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau beeinträchtigt?

Valentin Falin

Das ist ein ganz kompliziertes und komplexes Problem, nicht nur für die Sowjetunion, heute für Rußland, sondern für alle, die die deutsche Einheit historisch behandeln. Es gibt heute viele Dokumente, die beweisen, daß die Initiative der Spaltung nie von der Sowjetunion ausging; noch mehr, Stalin hat sehr vieles getan, um der Spaltung vorzubeugen, und war bereit, große Konzessionen zu machen. Nach Stalins Tod wurde versucht, das Thema der Vereinigung der beiden Staaten zu aktivieren. Und zwar beauftragte Berija im April 1953 seine Topagenten in der Bundesrepublik und in Großbritannien zu klären, ob der Westen die Neutralität annimmt, wenn die Sowjetunion auf die DDR verzichtet. Dieser persönliche Kampf zwischen Berija und Chruschtschow hat dazu geführt, daß dies einer der Punkte der Anklage gegen Berija war – es ist bekannt, daß er bald verurteilt und hingerichtet wurde. Chruschtschow hat die Information über den 17. Juni und die Ereignisse danach, die ihm zugetragen wurden, aber sehr ernst genommen. Nachdem der Rivale ausgeschaltet war, konnte Chruschtschow manche Tatsache ausgewogener zur Kenntnis nehmen und war bereit, wiederum die Frage der deutschen Einheit so zu behandeln wie Stalin in der März-Note von 1952. Sein letzter Vorschlag war vom 15. Januar 1955: freie deutsche Wahlen in ganz Deutschland und Bildung eines gesamtdeutschen Parlaments mit einer gesamtdeutsche Regierung. Die Deutschen – so seine Absicht – sollten die gesellschaftliche Ordnung selbst gestalten; es gab, wie unter Stalin, keine Rede über die Neutralisierung Deutschlands. Deutschland sollte Mitglied der UNO werden, aber kein Mitglied der Bündnisse gegen eine Siegermacht über Deutschland. Diese Erklärung der Sowjetregierung wurde nicht beantwortet. Nachdem Deutschland Mitglied der NATO wurde, am 5. Mai 1955, wandelte sich unsere Position. Beim Treffen der Vier Mächte in Genf, hat Chruschtschow gesagt: Ab jetzt ist die Frage der deutschen Einheit die Sache der beiden deutschen Staaten; wir haben die Souveränität der DDR übergeben, die Souveränität, wenn auch eine begrenzte, hat auch die Bundesrepublik; beide Länder sollen diese Frage besprechen.

Dann kam es zu einer sehr interessanten Entwicklung. Schäfer, Finanzminister von der CSU, kam nach Berlin, um mit der DDR die Konföderation zu entwickeln. Es war so, daß man nicht glaubte, daß er kommt, obwohl das inoffiziell bekannt gemacht war; er wurde von Markus Wolf und einem Mitarbeiter unserer Botschaft in Empfang genommen. Unsere Seite, Chruschtschow meine ich, hat diese Idee der Konföderation nicht so konventionell entgegengenommen, wie man das unterstellen kann. Wir waren bereit, diesen Gedanken konstruktiv

zu bearbeiten und bewegten Ulbricht, dasselbe zu tun. Aber Ulbricht hat folgendes gemacht: Er verletzte das Wort, das Schäfer gegeben worden war, und hat den Namen des Autors dieser Idee preisgegeben, nachdem Adenauer eine sehr feindliche Position eingenommen hat. Ulbricht sagte, das ist nicht unsere Idee, das ist die Idee Ihres Finanzministers Schäfer.

Das war nicht das Ende der Konföderations-Idee. Diese Idee tauchte im nächsten Jahr, während der Verhandlungen der Außenminister in Genf, wieder auf; wurde aber nicht so seriös behandelt. Es gab diese Idee im Gespräch zwischen Chruschtschow und Eisenhower, aber wiederum nur am Rande. Dann ging alles durcheinander, ich lasse alle Details beiseite.

Moskauer Vertrag: Gromyko versuchte, diesen Vertrag als Friedensvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland zu deuten. Intern deswegen, weil er sagte: Wir brauchen keine Gespräche über die deutsche Einheit, und wir sollen die deutsche Einheit nicht in Aussicht stellen, weder direkt noch indirekt. Ich versuchte, mit ihm polemisch diese Angelegenheit zu diskutieren. Ich sagte: Ein sozialistisches Deutschland brauchen wir nicht? – Er sagte: Ein sozialistisches China ist uns genug; wir brauchen so etwas nicht in Europa. – Das war eine Position; das war eine Position, die Gromyko bis zum Ende seines Amtes als Außenminister verteidigte. Deswegen: Alle Informationen, die aus der DDR und aus anderen Richtungen und Quellen kamen und darauf zielten, daß die Frage nicht begraben ist, daß sie lebendig bleibt, daß man eine dynamische Nation nicht auf ewig spalten kann, alle Information, die besagten, die Sache der Vereinigung ist nicht begraben, wurden von ihm nicht an die Führung weitergeleitet oder mit dem Kommentar versehen, es handelte sich um feindliche Umtriebe, die verurteilt und verboten werden müssen. Die Fragen, die mit der Einheit, direkt oder indirekt, zu tun hatten, waren verboten; es war nicht erlaubt, solche Gespräche mit Vertretern der Bundesrepublik zu führen.

Gorbatschow, Schewardnadse und andere behaupten, sie hätten die deutsche Vereinigung seit 1986 im Kopf gehabt. Das ist schlicht unwahr! Ich habe Gorbatschow im

August oder September 1986 berichtet, daß die Krise in der DDR aller Wahrscheinlichkeit nach 1989 oder 1990 kommen wird. Ich habe auch auf die Krisensituationen in anderen Warschauer-Pakt-Staaten verwiesen. Und wir, so war die Prognose, werden uns dann selbst in einer komplizierten ökonomischen Lage befinden, daß wir nicht imstande sein werden, unsere Verbündeten zu unterstützen.

Ich habe ihm im Jahre 1987 berichtet, die Entwicklung in der DDR hat die Schwelle überschritten, wo das System so oder so zu heilen ist. Die Frage, wann die Republik verschwindet, ergab sich daraus. Es wurde aber von seiten der Führung nichts getan, um sich auf diese Entwicklung vorzubereiten. Im März 1987 bekam Gorbatschow zu lesen, daß die Situation in der DDR vollkommen umkippen und destabilisiert werden kann. Zu dieser Zeit hat Bundeskanzler Helmut Kohl Honecker nach Bonn als Staatsgast eingeladen; und das war ein Argument für Gorbatschow, meine Information nicht ernst zu nehmen. Erst 1989 begann man sich Gedanken zu machen, denn es wurde klar, daß es wie früher nicht weiter ging.

In dieser Zeit war meine Position folgende, sie blieb es auch bis zum Ende: Wir überwinden nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern die Spaltung Europas. Das ist eine beiderseitige Verpflichtung, der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Und wir hätten es tun können. – Jetzt haben wir, Herr de Maizière ist nicht hier, einen deutschen Staat mit zwei Nationen, früher waren es zwei deutsche Staaten in einer Nation und ein gespaltenes Europa.

Unter Gorbatschow, zum Teil auch nach Gorbatschow, wurden die vitalen Interessen der Sowjetunion und Rußlands nicht korrekt zur Kenntnis genommen und unsere Chancen keinesfalls genutzt. Unter unseren Chancen verstehe ich die Positionen Großbritanniens und Frankreichs; Thatcher und Mitterand waren bereit, mit uns sehr effizient und sehr konsequent zusammenzuarbeiten. Sie waren nicht für einen Anschluß, sondern für stufenweise Vereinigung – und Gorbatschow hat dies praktisch alles ausgeklammert. Für ihn war der Kontakt mit Helmut Kohl von primärer Bedeutung.

Manfred Rexin

Ich danke Ihnen, Herr Botschafter Falin für diese sehr interessanten historischen Reminiszenzen und Informationen. Ich darf daran erinnern, als der Konföderationsplan Ende 1956, Anfang 1957 die Menschen hierzulande zu beschäftigen begann, gab es einen sehr breiten Konsens der politischen Parteien in der Bundesrepublik, daß der Schlüssel zur Herstellung der deutschen Einheit, nicht unbedingt am Anfang des Prozesses, aber doch schließlich an einem bestimmten Punkt, in freien gesamtdeutschen Wahlen läge; daß es keine Alternative geben könne zur Wahl eines Parlamentes. Und Wahl bedeutete in diesem Falle Möglichkeit der Auswahl zwischen konkurrierenden Parteien. Und weil der Konföderationsplan, so wie Walter Ulbricht ihn nach meiner Erinnerung auf einer ZK-Tagung Anfang 1957 erläutert hatte, dieses Thema „freie Wahlen" ausklammerte, galt er als nicht glaubwürdig. Und die Geschichte hat natürlich dem Stichwort „gesamtdeutsche Wahlen", Wahlen als Schlüssel, am 18. März 1990 eine gewisse Bestätigung gegeben, denn das war der entscheidende Durchbruch letztendlich zu dem Prozeß der Vereinigung.

Wortmeldung aus dem Publikum

Vor einiger Zeit hat mir ein Mitglied der amerikanischen Botschaft in Bonn folgendes gesagt: Wir konnten die Teilung Europas nicht zusammen mit der Teilung Deutschlands überwinden, weil wir dann unserem Konkurrenten, der Sowjetunion, geholfen hätten. Es ging nicht, es ging um Exporte, Technologieverbote usw.

Dann möchte ich aber Herrn Falin noch eine Frage stellen: Wie hat die Sowjetunion darauf reagiert, als die drei Westmächte, die drei westlichen Außenminister, am 7. August 1961 der Sowjetunion signalisierten, daß sie mit Dankbarkeit jede Maßnahme, die zur Beseitigung des Flüchtlingsstroms führt, begrüßen würden?

Manfred Rexin

Wollen Sie damit zum Ausdruck bringen, der Westen habe die Sowjetunion zum Bau der Mauer eingeladen?

Wortmeldung aus dem Publikum, der gleiche Redner wie zuvor

Nein, das hat er nicht. Der Westen hat nur gesagt, daß er Verständnis dafür hat.

Valentin Falin

Ich kann nur folgendes sagen: Gewiß war 1961 aus der Sicht der DDR das Flüchtlingsproblem wichtiger als alles andere. Und dies beunruhigte die Führung unter Chruschtschow in Moskau. Aber aus der Sicht der Sowjetunion, aus der Sicht unseres Generalstabes und aus der Sicht unserer Geheimdienste war das Hauptproblem, die Trennungslinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag in eine kontrollierbare Linie umzubauen. Wir wußten praktisch alles über die Amerikaner, die Amerikaner wußten praktisch alles über unsere Truppen in der DDR, in Polen und ein bißchen noch östlicher. So waren alle Namen der Offiziere und vieler Soldaten aus Divisionen beiden Seiten bekannt. Aber es war zu damaliger Zeit wichtig, sogar von vitaler Bedeutung, diese Entwicklung zu beenden. Ich kann Sie wiederum daran erinnern, was frühere Chefs von CIA und anderen Diensten heute öffentlich zugeben: Für zwei Jahre war die ganze Infrastruktur amerikanischer Geheimarbeit im Osten gestört, man mußte praktisch die Struktur neu aufbauen. Das spielte eine ganz besondere Rolle in Vorbereitung des Kriegsschauplatzes für den Ernstfall, man darf das bitte nicht unterschätzen.

Ich zitiere, mit Erlaubnis meines amerikanischen Kollegen, andere Tatsachen: Seit 1946 haben Amerikaner aus der Luft das Territorium der Sowjetunion, Ostdeutschlands und der anderen Länder erkundet, und zwar so riskant, daß in diesen Operationen über 300 amerikanische Flieger verlorengingen. Ihre Familien erfuhren, wie sie starben, erst im Jahr 1993. Die Frage an die Amerikaner ist doch, ob diese riskanten Operationen erforderlich waren. – Ja, es war notwendig. Ohne solche Erkundungen wären doch die Pläne, auf denen die Kriegshandlungen gegen die Sowjetunion gründeten nichts wert gewesen. Die andere Frage ist die, ob die Sowjetunion die gleichen Erkundungen des amerikanischen Territoriums unternommen hat. – Nein, die Sowjetunion hat es nicht getan.

Das erklärt Ihnen wahrscheinlich etwas, wie es wirklich im Leben war, auch in bezug auf Ostdeutschland. Ich persönlich war in folgende Geschichte involviert. Wir haben im Jahre 1961/62, Kennedy war schon an der Macht, zwei amerikanische Flugzeuge über der DDR abgeschossen. Die Mannschaft des einen Flugzeuges war tot, die Mannschaft des zweiten Flugzeuges hat Verluste gehabt, ein Mann war tot, zwei schwer verwundet. Die Amerikaner haben behauptet, das war ein Irrtum; die Teams sind von der vorgeschriebenen Route abgewichen, es waren keine Erkundungsflugzeuge. – Die Generäle kamen zu mir, und ich beauftragte sie, man soll versuchen, das gefundene belichtete Filmmaterial auszuwerten. Wir bekamen so Aufnahmen unserer geheimsten Objekte auf dem Territorium der DDR. Auf Befehl von Chruschtschow sind zwei solcher Aufnahmen der amerikanischen Seite zur Verfügung gestellt worden. Keine Fragen, keine Proteste und kein Verbot, daß sich amerikanische Flugzeuge dichter als

30 Kilometer der Grenze der DDR nähern durften.

Gerald Livingston

Ich habe die Geschichte, die Herr Falin gerade erzählte, nicht gehört, aber ich würde es gar nicht ausschließen. Es ist auch wahr, daß es für die amerikanische Außenpolitik der frühen Jahre viel leichter war, eine klare Trennungslinie zu haben. Man konnte das natürlich nicht öffentlich sagen, daß man den Bau der Mauer begrüßte. Auf der anderen Seite: es erleichterte manches. Wir wissen aber auch, daß ein paar Monate vor dem Bau der Mauer, ich glaube es war Juni oder Anfang Juli, ein bekannter amerikanischer Politiker, und zwar der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Senat, Fulbright, ganz öffentlich – dem Sinn nach – gesagt hat, daß die DDR die Massenflucht nicht aushalten wird und er es verstehen würde, wenn die DDR eine Mauer baut. Daraus entstanden natürlich die Gerüchte in Westberlin, an die Sie sich, Herr Rexin, sicherlich erinnern. Die Amerikaner haben gewußt, daß die Mauer gebaut wird, und sie haben vielleicht sogar diesem Bau zugestimmt. Ich glaube, mehr Informationen und Bestätigungen dieser Gerüchte haben wir bis zum heutigen Tage nicht. Aber daß es der amerikanischen Außenpolitik dienlich war, das ist auch sicherlich wahr.

Manfred Rexin

Ich darf nur daran erinnern, daß Präsident Kennedy wenige Tage nach dem 13. August eher spontan sagte: Das ist das Ende der Berlin-Krise, so wie sie 1958 begann, so wie sie die drei erwähnten Essentials zu tangieren drohte. Und das hätte unabsehbare Konsequenzen für die Sicherheit und für den Frieden haben können. Was wir heute wissen, bilde ich mir ein, deutet darauf hin. Nach meiner Erinnerung hat Senator Fulbright übrigens nicht vom Mauerbau gesprochen, sondern gesagt, daß sie die Grenze schließen werden, daß sie den Fluchtstrom absperren und ein Recht dazu haben. Die Überlegungen, die angestellt wurden in den alliierten Stäben, zum Beispiel am Mittwoch vor dem 13. August, und da liegen ja die Berichte inzwischen veröffentlicht vor, zeigen, daß zu diesem Zeitpunkt der Westen wohl noch mit einer stärkeren Abgrenzung der Außengrenze Ostberlins rechnete, um den Fluchtstrom einzudämmen. Wissen Sie, anders ist es auch nicht zu erklären, daß der Chef des CIA in Westberlin, der Leiter des hiesigen Büros, am Freitag, dem 11., nach Kalifornien fliegt, um seinen Sommerurlaub zu beginnen. Da soll mir keiner erklären, daß er den Urlaub angetreten hätte, um dann dort sofort mobilisiert zu werden am Sonntag, den 13. August. Ich glaube, das ist ein in den Westberliner Köpfen – und neuerdings auch in den Ostberliner Köpfen – unausrottbares Vorurteil, der Westen habe vom Bau der Mauer detailliert gewußt. Ich kann nur sagen, daß er nichts wußte, er hat damit gerechnet, daß die DDR den Fluchtstrom in irgendeiner anderen Weise massiv eindämmt.

Ursula Besser

Da möchte ich doch etwas dazu sagen: Wer als Deutscher für Deutsche Politik machen soll, der kann diese Diskussion nur schwer ertragen. Warum sind denn die Menschen dort drüben geflohen? Und warum hat man denn dort nicht daran gedacht, daß man die Verhältnisse verändert, damit die Menschen zu Hause blieben, denn die haben ja alles hinter sich gelassen, als sie geflohen sind.

Aber davon abgesehen, gibt es etwas, was diese Gerüchte, von denen hier die Rede ist, unterstützt. Ich bin an den Tagen in Berlin gewesen und habe zu denen gehört, die eine ganze Reihe Menschen aufgefangen haben, von denen, die kamen: Es muß Gerüchte gegeben haben in der DDR, in den dortigen Betrieben, daß man nicht mehr sehr lange nach Westberlin kann. Und es sind interessanterweise in größeren Scharen Familien mit Kindern gekommen. Ich habe die Kinder nämlich nachher in Schularbeitszirkeln betreut, weil sie hier in die Schulen sollten. Das heißt, es hat ein Klima in der Zeit gegeben, daß der Eindruck entstand, Berlin ist bald zu.

Die Diskussion ist historisch sicher hoch interessant, aber in einer Zeit, wo wir es wieder mit ganz Deutschland und allen Menschen in Deutschland zu tun haben wollen, würde ich meinen, sollten wir das grundlegende Ziel der Deutschen nicht aus den Augen verlieren: Alle Deutschen wollten wieder in ein gemeinsames Haus. Und von daher mußten die Fäden zu allen vier Alliierten gesponnen und gehalten werden. Ich erinnere daran, daß beispielsweise die Verfassung der DDR bis 1974 auch immer von ganz Deutschland ausging – egal unter welchem Vorzeichen. Und übriggeblieben ist diese Forderung, dieser Wunsch der Deutschen nachher nur im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, bis zum Ende 1989.

Gerald Livingston

Sie haben mich vorhin gebeten, Herr Rexin, etwas über die Franzosen und Engländer zu sagen. Ich glaube, man kann schon seit den Anfängen der Ostpolitik einen Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten, den Briten und den Franzosen sehen, was deutsche Initiativen anbelangt. Amerika ist weit weg, Amerika ist eine besonders starke Macht. – Wir hatten viel weniger Angst vor einem vereinten Deutschland. Das Jahr 1990 hat unsere Position nachträglich bewiesen. Deswegen waren wir eher geneigt, in den Diskussionen mit den Franzosen und Briten den deutschen Ostpolitikern Spielraum zu lassen.

Manfred Rexin

Das erinnert mich an den bekannten Spruch vieler Seminare in den 70er und 80er Jahren, daß die Leidenschaft, mit der die Großmächte sich einsetzen für die Einheit Deutschlands proportional zur Breite der Gewässer sei, die zwischen ihnen und Deutschland liegen.

Darf ich Sie um eine sehr knappe, pointierte Schlußbemerkung bitten: Was bleibt von alledem? Was lehrt uns das? Können wir Einsichten für die künftige Gestaltung von Politik aus der behandelten Geschichte gewinnen?

Ursula Besser

Ich dachte, ich hätte mein Schlußwort schon gesagt. Also, ich will vielleicht noch eine Überlegung hinzufügen. Ich bin besorgt, daß wir uns nicht grundsätzlich mit politischen Systemen und politischen Ideen, die zum Teil ein ganzes Jahrhundert beherrschen, auseinandersetzen und sie untersuchen. Also, warum sind bestimmte Systeme für die Menschen nicht tragfähig? Es hat wenig Sinn, sich immer wieder einzelne herauszugreifen und an ihnen das System abzustrafen, denn damit weicht man eigentlich der wirklichen Aufgabe, die man politisch hat, aus.

Das zweite an der Geschichte ist, wie weit Verträge, in denen steht, daß man sich einig ist, daß wir uns nicht einig sind – das ist ja beim Vier-Mächte-Vertrag so gewesen – auf Dauer tatsächlich tragfähig sind. Inwieweit hat der konkrete Vertrag denn getragen, oder wo sind denn nun wieder die nächsten, zum Teil gravierenden Fälle entstanden, wo unsere Regelungen, die wir mühsam praktisch ersonnen haben, nicht funktionierten? Wenn ich an die Berliner Wirklichkeit denke, auch an die Toten an der Mauer, dann werde ich nachdenklich.

Internationale Verträge zu formulieren, ist eine unendlich schwierige Aufgabe. Und ich habe, nicht immer, aber manchmal, den Eindruck, bei den Formulierungen, die wir da hatten, sind artistische Fähigkeiten bewie-

sen worden. Wir müssen, wenn wir solche Verträge machen, tatsächlich bereit sein, die Kompromisse einzugehen und zu tragen, und nicht sagen, daß wir einige Dinge, unter Ausklammerung der erforderlichen Kompromißbereitschaft, über die Runden zu bringen versuchen.

Lassen Sie mich zum Schluß vielleicht noch eines sagen: Wir haben die Frage der europäischen Einigung vor uns. Eine ganz schwierige Frage! Eine Frage, an der wir dies alles beweisen werden müssen, was wir an schlauen Dingen gesagt haben. Wer sich die europäische Geschichte gründlich und umfassend zu Gemüte geführt hat, weiß, daß es tatsächlich sehr starke mentale Unterschiede gibt zwischen den Menschen östlich der Elbe und westlich der Elbe, durch die Jahrtausende hinweg ist dies so entstanden. Und nun müssen wir fertig werden mit diesen Mentalitätsunterschieden, denn nur, wenn wir ganz Europa an den Tisch bekommen, werden wir auch in ganz Europa den Frieden bekommen, den wir, denke ich, doch alle anstreben.

Manfred Rexin

Herr Falin, was bleibt?

Valentin Falin

Eine Bemerkung zu dem, was Frau Dr. Besser gesagt hat: Der Grund für diese Massenflucht im Sommer 1961 war die Erklärung von Chruschtschow nach dem Treffen mit Kennedy in Wien, daß bald ein Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen und die Kontrolle über den Grenzverkehr hergestellt wird. – Das war das Hauptmotiv für diesen gewaltigen Zuwachs von Flüchtlingen. Übrigens, Ulbricht war erschrocken über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf den Mauerbau. Er hat Chruschtschow angerufen, das kenne ich aus dem Munde von Chruschtschow, und gefragt, was er tun solle, er werde beschimpft, werde Zaunkönig August XIII. genannt. Die Antwort von Chruschtschow war, daß er glücklich sein solle, wenn man ihn so ehrt.

Gerald Livingston, Ursula Besser, Valentin Falin (v. l. n. r.)

Ein Schlußwort. – Goethe hat formuliert: Prinzipienlosigkeit führt früher oder später zum Bankrott, Prinzipienlosigkeit im Größeren und Kleineren. Wenn man Verträge schließt und die nicht hält, und nach dem Kriege wurden alle Verträge, die zwischen den drei Mächten, später vier Mächten unterzeichnet wurden, gebrochen, dann ist es sehr problematisch. Lassen wir die Historiker klären, wer was gemacht hat und warum. Es gab keine Nachkriegsordnung mehr, es gab keine Grundlage für diese Nachkriegsordnung. Ein Beispiel ist doch Berlin. Nach dem Kriege hieß es, daß Berlin zwei Funktionen hat, Berlin ist Sitz des Kontrollrates, und Berlin ist Hauptstadt der Sowjetzone. Und das wurde nie respektiert.

Entweder werden wir alle klüger, dann gibt es bessere Zeiten für uns, oder wir werden die Fehler der Vergangenheit fortsetzen, doch das werden wir teurer bezahlen als je zuvor.

Gerald Livingston

Ja, was lehrt uns das? Ich werde das wirklich mit etlichen Fragezeichen versehen. Das Losungswort beim Status quo war Anerkennen, um ihn zu überwinden. Im Grunde genommen beinhaltet es den Gedanken, daß die Stabilität einen Wert an sich hat, daß man keine vernünftige Politik, die darauf gerichtet ist, ein anderes Regime zu ändern, ein Regime, das man vielleicht verachtet, das man sogar haßt, das Leute unterdrückt; daß man dieses Regime eventuell anerkennen muß, um es zu ändern. Ich glaube, die Frage, die wir uns stellen können, ist tatsächlich, beweist die Ostpolitik wirklich, daß die Grundidee richtig war?

Und eine zweite Frage, die, glaube ich, sehr wichtig ist: War es die Annäherung, die die Ostpolitik sicherlich gebracht hat, war es die Annäherung, die den Wandel in diesen Ländern tatsächlich herbeigeführt hat? Oder waren es auch andere Faktoren?

Herr Bahr hat uns gebeten, doch nicht nur Nostalgie und Geschichte zu diskutieren, sondern auch den heutigen Stand. Die beiden letzten Fragen sind im Zusammenhang mit der Erweiterung der NATO von Bedeutung, denn die Begründung für die Erweiterung ist, daß sie die Stabilität fördert. Aber wenn man keine Grenze für die Erweiterung zieht, ist sie dann tatsächlich stabilitätsfördernd oder bringt sie Instabilität? Gelten die zwei Grundelemente – Status quo anerkennen, um sie zu ändern, und Wandel durch Annäherung – immer noch und in diesem Zusammenhang?

Manfred Rexin

Meine Damen und Herren, mir bleibt nur, mich noch mal sehr herzlich zu bedanken – bei den Teilnehmern hier auf dem Podium, bei Ihnen, die Sie sich an der Diskussion beteiligt haben, und bei Ihnen allen. Ich lade Sie zur Fortsetzung herzlich ein. Dankeschön!